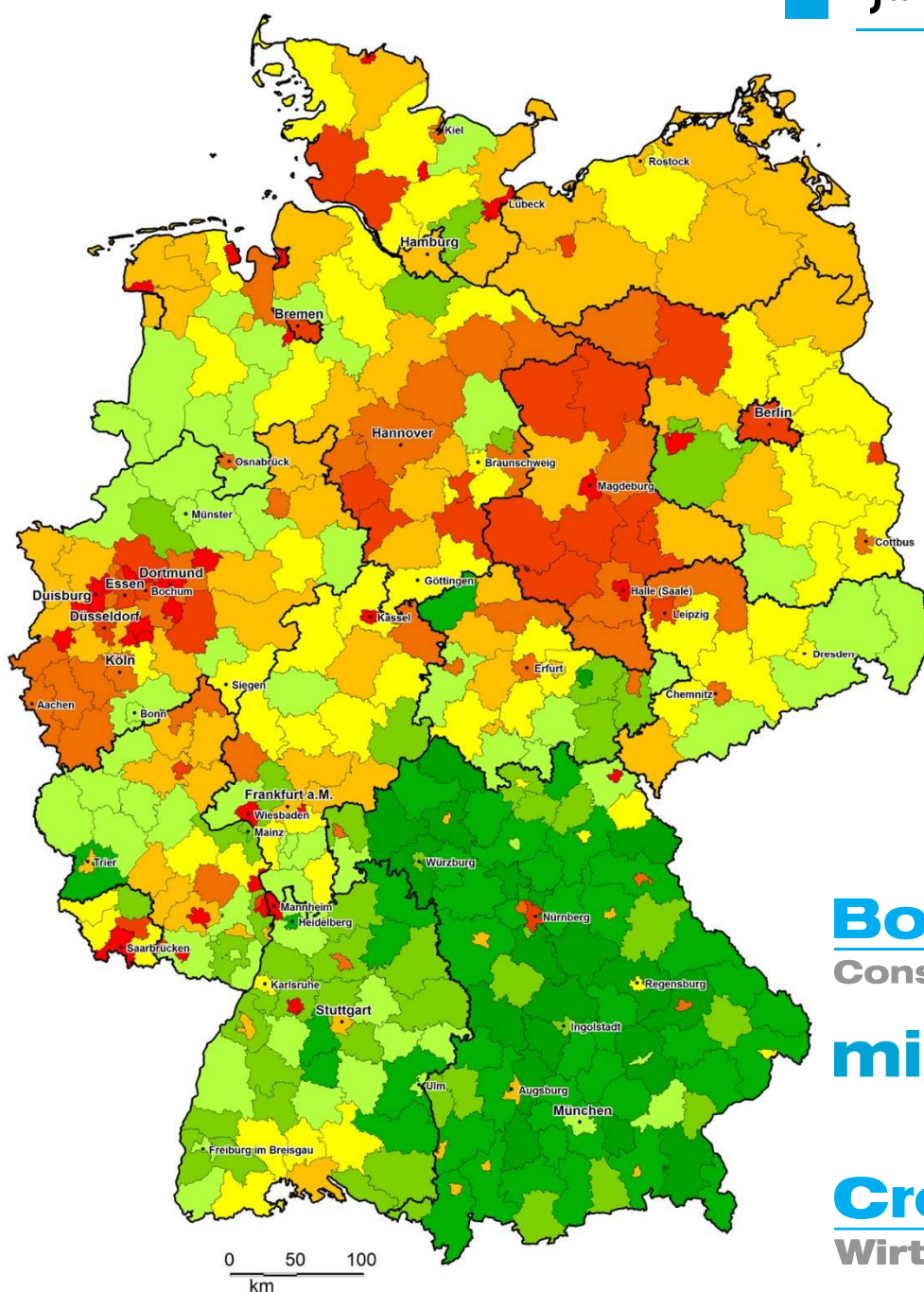


SchuldnerAtlas Deutschland

Überschuldung von Verbrauchern

■ Jahr 2018



Boniversum
Consumer Information

microm

Creditreform
Wirtschaftsforschung



INHALT

SEITE

Vorwort

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2018 erneut leicht zu

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	1
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2018 erneut zugenommen	5
1.2	Gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu	17
1.3	Ostdeutschland verbessert sich – Westdeutschland verschlechtert sich	24
1.4	Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt weiterhin – trotz Niedrigarbeitslosigkeit und Hochkonjunktur	33
2	Exkurs: Die Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland	40
3	Sonderthema: Eine sozialräumliche Strukturanalyse überschuldungsaffiner Indikatoren	49
3.1	Ansatz und Zielsetzung	49
3.2	Ausgewählte Ergebnisse	50
3.3	Deutschland: „Land der zwei Geschwindigkeiten“	58
4	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt auf „rot“	60
5	Ergebnisse kompakt	62
6	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	65
6.1	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	65
6.2	Karten	66
6.3	Tabellen und Schaubilder	68

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Daten des neuen SchuldnerAtlas Deutschland belegen, dass die Überschuldungslage privater Verbraucher in Deutschland trotz weiterhin stabiler Konjunktur angespannt bleibt. Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist zum fünften Mal in Folge angestiegen, allerdings wiederum nicht so deutlich wie im letzten und vorletzten Jahr. Die Konjunkturindizes zeigten im Jahresverlauf Ausschläge nach oben und nach unten, die Stimmungslage der Wirtschaft changierte zwischen Euphorie und Stagnationsangst. Der ifo-Geschäftsklimaindex sank seit Januar sechsmal in Folge, um dann nach einem deutlichen Anstieg im August im September und Oktober wieder zurückzugehen: „Die weltweiten Unsicherheiten bremsen die deutsche Wirtschaft aus.“

Die Liste der Imponderabilien ist lang: Der US-Präsident Donald Trump und seine „unorthodoxe“ Wirtschaftspolitik belasten die globalen Wirtschaftsbeziehungen und die Stimmung von Entscheidern und Verbrauchern. Die ungelösten Probleme eines „harten Brexit“, die Währungskrise in der Türkei sowie die offensive Schuldenpolitik der neuen Regierung in Italien bilden das globalökonomische Umfeld. Damit einher gehen steigende Ölpreise, die das Wirtschaftswachstum und die Portemonnaies der Verbraucher durch höhere Energie- und Mobilitätskosten belasten. Allerdings liegt die Arbeitslosigkeit derzeit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Zahl überschuldeter Verbraucher stieg in den letzten zwölf Monaten dennoch erneut um rund 19.000 Fälle auf rund 6,93 Millionen Überschuldungsfälle. Die Überschuldungsquote bleibt mit gleichbleibend 10,04 Prozent weiterhin über der 10-Prozent-Marke. Angesichts der Rahmenbedingungen ist für die nächsten Monate nicht davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland sinken werden. Hierzu werden sicherlich auch die weiter steigenden Immobilien- und Mietpreise beitragen, wie der Exkurs in Kapitel zwei zeigen wird. Dabei werden Mietkosten selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen. Nach einer Analyse des Immobilienverband IVD vom Oktober 2018 ist der „Mietwohnungsmarkt weiterhin angespannt“.

Zudem zeigen auch die Kernergebnisse einer „sozialräumlichen Strukturanalyse überschuldungsaffiner Indikatoren“, dass nicht nur die Höhe des Einkommens und ein fester Arbeitsplatz Einfluss auf die Überschuldungslage der Verbraucher haben. Auch andere Faktoren wie der Schulabschluss, die Struktur und Größe des sozialen (oft familiären) Zusammenhangs, die Nutzung von Konsumentenkrediten und die „Partei-Neigung“ der Verbraucher korrelieren mit ihrer Überschuldungslage. Letztlich zeigen diese Daten aber auch, dass Deutschland ein „Land der zwei Geschwindigkeiten“ ist.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.

Herzlichst

Ralf Zirbes
Creditreform
Boniversum GmbH

Rolf Küppers
microm Micromarketing-
Systeme und Consult GmbH

Michael Bretz
Creditreform
Wirtschaftsforschung

Neuss, den 13. November 2018

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6, Abs. 1f geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2018 erneut leicht zu

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen	6,93 Millionen	+ 19.000 Fälle	+ 0,3 Prozent
Überschuldungsquote	10,04 Prozent	± 0,00 Punkte	
<i>Personen mit harten Negativmerkmalen</i>	<i>4,13 Millionen</i>	<i>- 87.000 Fälle</i>	<i>- 2,1 Prozent</i>
<i>Personen mit weichen Negativmerkmalen</i>	<i>2,80 Millionen</i>	<i>+ 106.000 Fälle</i>	<i>+ 3,9 Prozent</i>
<i>Überschuldete Haushalte</i>	<i>3,46 Millionen</i>	<i>+ 11.000 Fälle</i>	<i>+ 0,3 Prozent</i>
Frauen	2,70 Millionen	+ 21.000 Fälle	+ 0,8 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>7,65 Prozent</i>	<i>+ 0,04 Punkte</i>	
Männer	4,23 Millionen	- 2.000 Fälle	- 0,04 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,55 Prozent</i>	<i>- 0,04 Punkte</i>	
bis unter 30 Jahre	1,58 Millionen	- 73.000 Fälle	- 4,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>13,47 Prozent</i>	<i>- 0,59 Punkte</i>	
30 bis 39 Jahre	1,91 Millionen	-7.000 Fälle	- 0,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>18,57 Prozent</i>	<i>- 0,36 Punkte</i>	
40 bis 49 Jahre	1,46 Millionen	- 28.000 Fälle	- 1,8 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>13,13 Prozent</i>	<i>+ 0,25 Punkte</i>	
50 bis 59 Jahre	1,17 Millionen	+ 25.000 Fälle	+ 2,2 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>8,85 Prozent</i>	<i>+ 0,04 Punkte</i>	
60 bis 69 Jahre	0,56 Millionen	+ 33.000 Fälle	+ 6,5 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>5,65 Prozent</i>	<i>+ 0,17 Punkte</i>	
ab 70 Jahre	0,26 Millionen	+ 69.000 Fälle	+ 35,6 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>2,04 Prozent</i>	<i>+ 0,54 Punkte</i>	
Gesamtschuldenvolumen*	208 Mrd. Euro	- 3 Mrd. Euro	- 1,5 Prozent

*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2017, 27.06.2018 – Der Wert für 2018 basiert auf einer Hochrechnung.

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

■ 1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland hat in den letzten zwölf Monaten zum fünften Mal in Folge zugenommen. Die Zunahme ist allerdings weniger stark als in den letzten beiden Jahren. Die Überschuldungsquote bleibt stabil, da die Bevölkerungszahl in Deutschland auch durch Zuwanderung und Migration wie in den Vorjahren zugenommen hat. Die konjunkturelle Lage in Deutschland blieb in den letzten zwölf Monaten bemerkenswert stabil, auch wenn die Rahmenbedingungen Anlass zur Sorge boten. Im Inland belastete die ungewöhnlich lange Regierungsbildung der schwarzroten Koalition und die wahlkampfgeschürte Uneinigkeit der Regierungsparteien in der Lösung zentraler politischer Themen – vom Dieselskandal bis zur Bewältigung der Fluchtkrise – das Klima in Gesellschaft und Konjunktur. Und auch die deutsche Politik verunsicherte Bürger und Wirtschaft durch eine für deutsche Verhältnisse extrem lange Regierungsbildung. Der „neue“ Politikstil von AfD und ihren Anhängern belastet das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Sachsen und auch Deutschlands. Zudem hat sich die weltpolitische Lage durch die unkalkulierbare und oft irrationale Handelspolitik der Trump-Administration von Freihandel zu Protektionismus gewandelt. Der Handelsstreit mit China und der Europäischen Union um Strafzölle droht in einen globalen Handelskrieg mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft und Verbraucher zu münden.

Alles in allem haben sich die konjunkturellen Vorzeichen für die deutsche und globale Wirtschaft deutlich verändert. Waren die deutschen Unternehmen im Oktober letzten Jahres noch „in bester Stimmung“, titelt die aktuelle Herbst-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vom Oktober 2018 mit der Überschrift: „Die Luft wird dünner“. Die Industrie, und hierbei besonders Großunternehmen, spüren, dass das „weltwirtschaftliche Klima rauer“ geworden ist, so die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsweisen Ende September. Merklich steigende Energie- und Mobilitätskosten belasten bereits zudem Wirtschaft und Verbraucher. Der Ölpreis stieg binnen Jahresfrist von 57

Die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt 2018 weiter zu ...

... die Überschuldungsquote bleibt konstant

Belastungen: ungewöhnlich lange Regierungsbildung und „wahlkampfgeschürte Uneinigkeit“

Die deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen „Hochkonjunktur und Handelskrieg“

Deutsche Wirtschaft: „Die Luft wird dünner“

Steigende Energie- und Mobilitätskosten belasten zunehmend Wirtschaft und Verbraucher

Herbst 2018: Korrektur der „BIP“-Prognosen

auf zwischenzeitlich 86 US-Dollar um rund die Hälfte. Das Rezessionsrisiko für die deutsche Wirtschaft lag zwar nach Angaben des IMK-Konjunkturindikator im Jahresverlauf weiterhin auf niedrigem Niveau, dennoch sank der ifo Geschäftsklimaindex im Jahresverlauf siebenmal.¹ Entsprechend nahm das Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres (+ 0,4 Prozent; + 0,5 Prozent) nur vergleichsweise geringfügig zu. Die führenden Wirtschaftsinstitute erwarten in der aktuellen Herbstprognose für das laufende Jahr nur noch einen Anstieg des „BIP“ von 1,7 Prozent, nachdem sie im Frühjahr noch einen Anstieg von 2,2 Prozent erwartet hatten. Und auch für 2019 wurde die Prognose von 2,0 auf 1,9 Prozent nach unten korrigiert.

Konjunkturelle Rahmen- bedingungen zeigen sich weiterhin positiv

Die vergleichsweise stabile Entwicklung der Überschuldungszahlen zeigt aber, dass der aktuelle Negativtrend in Wirtschaft und Konjunktur offensichtlich noch nicht bei den Verbrauchern angekommen ist. Die meisten Verbraucher in Deutschland profitierten weiterhin von stabilen und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So blieb die Einkommenssituation der Verbraucher dank der vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse des letzten und auch des laufenden Jahres stabil, auch wenn die Inflationsrate ebenfalls zulegte. Zudem blieb auch der Arbeitsmarkt in den letzten zwölf Monaten weitgehend verlässlich positiv. Hierbei gilt weiterhin: Ein fester Arbeitsplatz bildet die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko bei den meisten Verbrauchern gering zu halten. Das „Arbeitsmarktbarometer“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigte trotz kleiner Dämpfer, dass sich der „Arbeitsmarktaufschwung fortsetzt“ (Oktober 2018). Dies zeigt auch die offizielle Arbeitslosenstatistik. Im Oktober 2018 lag die Arbeitslosenquote bei nur noch 4,9 Prozent (30. Oktober 2018: 2,204 Millionen Arbeitslose; - 184.900 im Vergleich zum Vorjahr).

Fortsetzung des „Arbeitsmarktaufschwungs“

¹ IMK, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Zudem ganz aktuell: „Die Stimmung unter den deutschen Firmenchefs trübt sich weiter ein. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Oktober auf 102,8 Punkte gefallen, nach 103,7 Punkten im September. Die Unternehmen waren weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Auch der Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate nahm ab. Die weltweiten Unsicherheiten bremsen die deutsche Wirtschaft aus.“ Vgl. ifo Geschäftsklima Deutschland, Oktober 2018: ifo Geschäftsklimaindex sinkt.

Hierbei bleibt auffällig, dass die Zahl der Arbeitslosen trotz Zuwanderung weiter abgenommen hat. Im Gegenteil: Die deutsche Wirtschaft klagt weiterhin über das „Top-Risiko Fachkräftemangel“ und plädiert für „qualifizierte Zuwanderung“². Jedenfalls lassen auch die aktuellen Überschuldungsdaten keinen Rückschluss darauf zu, dass der Anstieg der Überschuldungszahlen mit der Zunahme der Flüchtlinge ursächlich in Verbindung steht. Allerdings führte der erneute Anstieg der Gesamtbevölkerung dazu, dass die Überschuldungsquote 2018 stabil geblieben ist.

Trotz nur leichtem Anstieg der Überschuldungsfälle zeigen sich auch in diesem Jahr bedenkliche Trends: Wie bereits im Vorjahr verzeichnen mehr Kreise und Städte Anstiege (218 von 401) als Rückgänge der Überschuldungsquoten (183 von 401). Zudem gewinnt das Phänomen „Altersüberschuldung“ weiter und stärker als in den Vorjahren an Bedeutung. Die Zahl älterer überschuldeter Verbraucher (über 50 Jahre) hat deutlich zugenommen. Die Zahl jüngerer überschuldeter Verbraucher (unter 50 Jahre) hat fast ebenso deutlich abgenommen. Erfreulich: Den stärksten Rückgang zeigt die Gruppe der unter 30-Jährigen. Die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 39-jährigen Verbraucher weisen weiterhin trotz leichtem Rückgang die höchsten Überschuldungsquoten auf. Weiterhin sind Männer deutlich häufiger überschuldet als Frauen. Allerdings beruht in diesem Jahr die Zunahme fast ausschließlich auf Überschuldungsfällen von Frauen. Dabei hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Überschuldungsauslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ wiederum merklich an Bedeutung gewonnen.

Trotz einem weiteren Anstieg der Überschuldungsfälle zeigt die aktuelle Auswertung einen leichten Positivtrend: Erstmals seit dem Jahr 2008 ist die Zahl der Überschuldungsfälle mit so genannter „hoher Überschuldungsintensität“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) zurückgegangen. Hingegen ist die Zahl der Überschuldungsfälle mit geringer Intensität (vereinfacht: nachhal-

Zahl der Arbeitslosen nimmt trotz Zuwanderung weiter ab

Überschuldungsentwicklung zeigt „Licht und Schatten“

„Überschuldung wird älter“

Überschuldung von Frauen nimmt zu

„Unwirtschaftliche Haushaltsführung“ gewinnt an Bedeutung

Leichter Positivtrend: „Harte Überschuldung“ ist erstmals seit 2008 rückläufig ...

² Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2018, Mai 2018, Aufschwung auf dem Prüfstand, S. 43.

**... aber: Die „weiche
Überschuldung“ nimmt
merklich zu**

**Überschuldungsampel
bleibt für viele Verbraucher
auf „rot“**

**Exkurs: Die Bedeutung
steigender Miet- und
Immobilienpreise für die
Überschuldungsentwicklung
in Deutschland**

**Sonderthema:
„Eine sozialräumliche
Strukturanalyse überschul-
dungsaffiner Indikatoren“**

tige Zahlungsstörungen) zum zweiten Mal in Folge angestiegen. Offensichtlich spiegelt sich im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ zeitversetzt auch der Rückgang der Privatinsolvenzverfahren und zugleich die überaus positive Entwicklung des Arbeitsmarktes. Zugleich zeigen sich im vergleichsweise deutlichen Anstieg der „weichen Überschuldung“ offensichtlich die Folgen einer zunehmenden Konsumverschuldung, die sich durch fast alle Altersgruppen zieht.

Alles in allem ist davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland auch in der näheren Zukunft weiter steigen werden. Für viele Verbraucher bleibt die Überschuldungsampel auch in den nächsten zwölf Monaten „rot“. Hierfür spricht auch, dass das Preisniveau für Mietwohnungen und Eigenheime in den letzten Jahren vor allem in den Städten und Ballungszentren deutlich zugenommen hat. Die so genannte „Mietbelastungsquote“ vieler Verbraucher steigt. Wohnen ist in deutschen Großstädten in vielen Fällen zum Armutsrisiko, in jedem Fall zum Überschuldungsrisiko geworden, wie Kapitel 2 zeigen wird. Dies fällt oft nicht auf, da Mietkosten selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen werden, denn die Nichtzahlung von Mietkosten hat für den Mieter meist drastische Folgen.

Das aktuelle Sonderthema zeigt ausgewählte Ergebnisse einer „sozialräumlichen Strukturanalyse überschuldungsaffiner Indikatoren“, die auf der Raumebene der 299 Wahlbezirke die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland untersucht. Die Überschuldungsquoten fungieren dabei im Abgleich mit anderen sozioökonomischen oder soziokulturellen Kennziffern wie der Einkommenslage, der formalen Schulbildung oder der Wohnlage als Sozial-Indikatoren. Die Daten zeigen, dass in Deutschland letztlich nicht nur eine Teilung oder Konkurrenz zwischen Süd und Nord oder zwischen West und Ost vorliegt, sondern zwischen schwachen und starken sowie zwischen schnellen und langsamen Regionen. Deutschland ist ein „Land der zwei Geschwindigkeiten“ – nach Datenlage bis auf Weiteres.

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2018 erneut zugenommen

Zum fünften Mal in Folge ist die Zahl überschuldeter Privatpersonen seit 2014 in Deutschland angestiegen. Die Überschuldungsquote bleibt 2018 nahezu konstant, da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat.³ Zum Stichtag 1. Oktober 2018 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 19.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 0,3 Prozent). In den Vorjahren nahm die Zahl überschuldeter Personen noch deutlicher zu: 2017 um rund 65.000 Fälle (+ 0,9 Prozent), 2016 um 131.000 Fälle (+ 1,9 Prozent). Der letzte Rückgang wurde 2013 gemessen (- 10.000 Überschuldungsfälle; - 0,2 Prozent).

2018: 6,93 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (+ 19.000 Personen)

2018: Anstieg geringer als im Vorjahr

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2015 bis 2018

■	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,10 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 19.

Die aktuelle Überschuldungsquote für Deutschland verbleibt damit zum dritten Mal hintereinander seit 2008 über der 10-Prozent-Marke. Die Quote liegt aber weiterhin deutlich unter den Höchstwerten der Jahre 2005 bis 2007. 2018 können nach überschlägigen Berechnungen rund 3,46 Millionen Haushalte als überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört gelten (2017: 3,45 Millionen; 2004: 3,10 Millionen). Die Überschuldungszahlen nahmen im Jahresverlauf wie in den Vorjahren kontinuierlich zu, wie die regelmäßigen Zwischenstandsanalysen zeigen.

2018: 3,46 Millionen Haushalte sind überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

Auch 2018 kontinuierlicher Anstieg der Schuldnerzahlen im Jahresverlauf

³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 347, 14.09.2018: Bevölkerung in Deutschland: 82,8 Millionen zum Jahresende 2017.

***Erstmals seit 2006:
Harte Überschuldung nimmt
ab, weiche Überschuldung
nimmt zu***

***Erklärungen durch
zeitversetzte Analysen
der Hauptüber-
schuldungsauslöser***

***2008 / 2017: Ökonomische
Auslöser verlieren
an Bedeutung***

***Die Auslöser „Erkrankung,
Sucht, Unfall“ sowie
„unwirtschaftliche Haushalts-
führung“ gewinnen weiter
an Bedeutung***

Auffällig: Erstmals seit 2006 beruht der Anstieg der Überschuldungsfälle ausschließlich auf einer (deutlichen) Zunahme der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen). Die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte) ist in fast gleicher Weise zurückgegangen (s. Kapitel 1.2). Eine ähnliche Konstellation hat es seit der getrennten Ausweisung von harten und weichen Merkmalen im Jahr 2006 noch nicht gegeben. Bis 2016 waren die „harten“ Überschuldungsfälle seit 2012 / 2013 kontinuierlich gestiegen, die „weichen“ Überschuldungsfälle durchgehend gesunken. Im letzten Jahr war die Zahl beider Merkmale gestiegen.

Die Gründe für diesen auf den ersten Blick gegensätzlichen Trend sind vielfältig und vor dem Hintergrund meist zeitversetzter Wirkungsketten einzuordnen. Die Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse, die seit 2008 kontinuierlich vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, zeigt, dass vorwiegend ökonomische Auslöser wie Arbeitslosigkeit (Anteil 2018: 20 Prozent; Abweichung 2008 / 2018: - 31 Prozent der Fälle) und gescheiterte Selbstständigkeit (8 Prozent; 2008 / 2018: - 13 Prozent der Fälle) langfristig an Bedeutung verloren haben. Auf Grund der in den letzten Jahren insgesamt stabilen Konjunktur in Deutschland haben sich ihre Anteile als Hauptüberschuldungsgründe deutlich verringert. Dies gilt trotz kleiner Schwankungen mit temporären Anstiegen. In einer Gesamtsicht korrelieren diese Auslöser stärker mit einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (s. Kapitel 6.3: Tabelle 20).

Zugleich hat sich der Trend der Vorjahre bei den Überschuldungsauslösern Erkrankung, Sucht, Unfall (Anteil 2018: 16 Prozent; Abweichung 2008 / 2018: + 44 Prozent der Fälle) sowie unwirtschaftliche Haushaltsführung (Anteil 2018: 13 Prozent; Abweichung 2008 / 2017: + 32 Prozent der Fälle) verstärkt. Beide Ursachen verzeichnen merkbare Anstiege als Auslöser für Überschuldungsfälle. Dabei bildet insbesondere der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“, in vielen Fällen „schleichend“, den Einstieg in eine Überschuldungs-

spirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Zusammengenommen erklären beide Befunde den aktuellen Basistrend. Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korrespondiert zudem mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Privatinsolvenzen. Da sich der Rückgang der harten Überschuldung aber besonders bei jüngeren Verbrauchern abbildet, ist davon auszugehen, dass es diesen schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden. Umgekehrt gehörten gerade jüngere Verbraucher zu der Gruppe, die von „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ bzw. „unangemessenem Konsumverhalten“ betroffen sind (s. Kapitel 6.3: Abbildungen 37 bis 39).

Generell gilt: Fälle mit hoher Überschuldungsintensität sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und oft auch mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Allerdings weisen auch viele überschuldete Personen in jüngerem Alter harte Merkmale auf, deren Schuldenvolumen noch nicht den Umfang aufweisen wie bei älteren Überschuldungsfällen. Hingegen sind Fälle mit geringer Überschuldungsintensität mit eher niedrigeren Schuldensummen verbunden. Sie bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Bei vielen Verbrauchern hat zudem oft Konsumverschuldung zu nachhaltigen Zahlungsstörungen geführt, wie bereits 2012 bei einem ähnlich starken Anstieg der weichen Überschuldung festgestellt werden konnte. Diese wurden häufig auch durch so genannten „Nachholkonsum“ hervorgerufen, der sich aus der Verunsicherung im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der beginnenden Niedrigzinsphase entfaltete. Aber auch der Anstieg des Überschuldungsauslösers „Erkrankung, Sucht, Unfall“ zeigt, dass auch die zunehmende „Arbeitsverdichtung“ in vielen Berufen, also der Zunahme der pro Zeiteinheit zu leistenden Menge an Arbeit, zu Krankheit und in Folge zu zusätzlichen finanziellen Belastungen resp. Engpässen führt.

Letzteres spiegelt sich offensichtlich besonders deutlich in der Überschuldungsentwicklung von Frauen in Deutschland. Männer stellen zwar weiterhin die meisten Überschuldungsfälle, der Anteil an Frauen hat in den

Jüngere Verbraucher sind stärker von „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ betroffen

Nachhaltige Zahlungsstörungen bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“

„Arbeitsverdichtung“ führt oft zu Krankheit und in Folge zu finanziellen Engpässen und Überschuldung

Männliche Überschuldung stagniert – weibliche Überschuldung nimmt zu

Der aktuelle Anstieg der Zahl der Überschuldungsfälle ist auf die Neuüberschuldung von Frauen zurückzuführen

2017 / 2018

Männer: - 2.000 Fälle

Frauen: + 21.000 Fälle

2017 / 2018

Männer: - 0,04 Prozent

Frauen: + 0,8 Prozent

letzten Jahren aber deutlich zugenommen. Nicht zuletzt, da besonders alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen sind und oft auch im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen. So betrug die Überschuldungsquote von Alleinerziehenden bei einer überschlägigen Analyse 2013 rund 38 Prozent.⁴ Und auch in diesem Jahr bestätigt sich der Trend der letzten Jahre. Der aktuelle Anstieg der Zahl der Überschuldungsfälle ist ausschließlich auf die Neuüberschuldung von Frauen zurückzuführen. Frauen verursachten in diesem Jahr rund 21.000 neue Überschuldungsfälle (+ 0,8 Prozent). Bei Männern ging die Zahl um knapp 2.000 Fälle zurück (- 0,04 Prozent). Zudem wiesen Männer in diesem Jahr einen stärkeren Rückgang der harten Überschuldungsfälle (- 2,2 Prozent; - 58.000 Fälle) als auch einen geringeren Anstieg der weichen Überschuldungsfälle auf (+ 3,6 Prozent; + 57.000 Fälle). Bei Frauen lagen die entsprechenden Zahlen merklich darunter (harte Fälle: - 28.000 Fälle; - 1,8 Prozent; weiche Fälle: + 49.000 Fälle; + 4,6 Prozent).

Tab. 2.: Überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2015 bis 2018

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2015	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 21 bis 23.

Überschuldungsquoten 2018

Männer: 12,55 Prozent

Frauen: 7,65 Prozent

In diesem Jahr sind insgesamt rund 4,23 Millionen überschuldete Personen männlichen und rund 2,70 Millionen weiblichen Geschlechts. Damit können in diesem Jahr rund 7,65 Prozent der Frauen in Deutschland über 18 Jahre (2017: 7,61 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Die aktuelle Überschuldungsquote bei Männern ist rückläufig und liegt bei 12,55 Prozent (2017: 12,59 Prozent). Die weibliche Überschuldungsquote ist seit 2004 von 6,09 Prozent bis 2018 um 1,55 Punkte gestiegen (+ 609.000

⁴ Bei weiblichen Alleinerziehenden lag die Überschuldungsquote bei rund 39 Prozent, bei männlichen Alleinerziehenden bei etwa 30 Prozent. Vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2013, S. 31ff.

Fälle), die der überschuldeten Männer im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 1,00 Punkte gesunken (- 215.000 Fälle).

Die Erklärungsmuster für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener. Sie sind zudem auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten (mäßigen) Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen.⁵ Frauen übernehmen hingegen zunehmend im Rahmen veränderter Rollenbilder gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende. Frauen leiden zudem deutlich stärker unter so genanntem „Schuldenstress“, der oft auch in positiven Sinne mit Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung einhergeht.

Die aktuelle Analyse zeigt zudem einen weiteren Trend: Einerseits geht die Überschuldung bei den jüngeren Personengruppen merklich zurück. Andererseits gewinnt das Phänomen Altersüberschuldung, wie bereits in den letzten Jahren, weiter an Bedeutung. Auf der positiven Seite nahm die Zahl jüngerer Personen (unter 30 Jahre), die in einer Überschuldungspirale stecken, in diesem Jahr überdurchschnittlich deutlich ab (1,58 Millionen; - 73.000 Fälle). Der Rückgang ist wiederum stärker ausgeprägt als in den letzten vier Jahren (- 4,4 Prozent; 2017: - 0,4 Prozent; 2016: - 1,7 Prozent; 2015: - 3,4 Prozent). Die Überschuldungsquote verringerte

Erklärungen für die unterschiedlichen Überschuldungsmuster

Stabiler Basistrend: „Junge Überschuldung“ nimmt ab – Altersüberschuldung nimmt zu

Die Zahl junger überschuldeter Personen nimmt deutlich ab (- 73.000 Fälle)

⁵ Die höhere Risikobereitschaft von Männern zeigen auch aktuelle Studien: So befragten Wissenschaftler um den Bonner Ökonomen Armin Falk weltweit rund 80.000 Menschen in fast 80 Ländern, die 90 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Eines der wichtigsten Ergebnisse: „Durchschnittsmänner sind länderübergreifend risikobereiter als Frauen.“ Dies erklärt für die Forscher, warum Männer häufiger die berufliche Selbständigkeit wählen – und auch, warum Männer durch die übertriebene Form der Risiko-Neigung die Finanzkrise verursacht haben. Vgl. Süddeutsche Online, 18.10.2018, Warum Männer die Finanzkrise ausgelöst haben; zudem DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 18/2018, Risikobereitschaft und weitere Faktoren korrelieren mit Umverteilungspräferenzen, S. 393-399. Und auch eine andere Untersuchung zeigt, dass Frauen weniger bereit sind, finanzielle Risiken einzugehen. Drei Viertel der Frauen einer Untersuchung mit rund 9.000 befragten Menschen lehnen demnach jegliche finanziellen Risiken ab, aber nur knapp zwei Drittel der Männer. Eine Folge: Die per se vorsichtigeren Frauen legen das Geld der Familie noch seltener in Wertpapiere oder Fonds an als Männer. Gerade mal 15 Prozent der Frauen stecken ihr Kapital in Fonds, Anleihen, Aktien oder Zertifikate. Unter Männern sind es 22 Prozent. Und wenn Frauen am Kapitalmarkt investieren, legen sie das Geld eher breiter an – eher in Fonds als in einzelne Aktien. So haben 11 Prozent der befragten Frauen das Kapital ihres Haushalts in Fonds angelegt, nur 7 Prozent in Aktien und vier Prozent in Anleihen. Vgl. ZEW, 22.05.2018, Anlageverhalten am Kapitalmarkt – Bei ähnlicher Risikobereitschaft macht das Geschlecht kaum Unterschiede; Handelsblatt Online, 17.05.2018, Frauen hassen das Risiko noch mehr als Männer.

Unter 30 Jahre: Fälle mit hoher Überschuldungsintensität gehen zurück

Positiventwicklung korrespondiert mit der Entwicklung der Jugenderwerbslosenquote

sich merklich und beträgt bei den unter 30-Jährigen nunmehr 13,47 Prozent (- 0,59 Punkte). Erfreulich: Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht wie im Vorjahr ausschließlich auf einer Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 81.000 Fälle). Allerdings nahm die Zahl überschuldeter Personen mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 8.000 Fälle) zum zweiten Mal in Folge wieder zu. Die insgesamt besonders positive Entwicklung bei den jüngeren Überschuldeten korrespondiert mit der Entwicklung der Jugenderwerbslosenquote in Deutschland, die sich weiter verringert hat. 2017 betrug diese nur noch 6,4 Prozent, nach 7,1 Prozent im Jahr 2016. Sie bleibt damit auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der 1990er Jahre. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen lag im Oktober 2018 bei 4,3 Prozent.⁶

Tab. 3.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2015 bis 2018

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
Abw. 2017/18	- 0,59	- 0,36	+ 0,25	+ 0,04	+ 0,17	+ 0,54	± 0,00
Abw. 2013/18	- 2,23	+ 0,44	+ 1,55	+ 0,24	+ 0,96	+ 1,15	+ 0,23

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 24 bis 25.

Altersüberschuldung nimmt deutlich zu

Die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote steigen in den beiden ältesten Personengruppen 2018 überdurchschnittlich an. So hat die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren mit rund 35 Prozent überdurchschnittlich zugenommen. Die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe nahm ebenfalls deutlich zu (2,04 Prozent; + 0,54 Punkte), verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Im Mehrjahresvergleich 2013 / 2018 ist der Anstieg mit 138 Prozent ebenfalls deutlich über-

⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen), Oktober 2018. Zudem: Als Jugenderwerbslose gelten 15- bis 24-Jährige, die nicht erwerbstätig sind, aber aktiv nach einer Arbeit suchen und für diese sofort zur Verfügung stehen würden. In anderen EU-Staaten liegen die entsprechenden Werte trotz Rückgängen deutlich darüber: Griechenland: 42,8 Prozent, Spanien: 39,4 Prozent; Italien: 36,9 Prozent; Frankreich: 23,6 Prozent; Portugal: 23,0 Prozent. Und auch in Belgien (19, Prozent), im Vereinigten Königreich (11,7 Prozent) oder in den Niederlanden (8,8 Prozent) liegen die Werte noch deutlich über den Werten in Deutschland. Quelle: Destatis.

durchschnittlich, allerdings von vergleichsweise niedrigem Niveau aus. Die Gesamtzahl aller überschuldeter Personen hat sich im gleichen Zeitraum „nur“ um rund fünf Prozent erhöht. Rund 263.000 Menschen ab 70 Jahren müssen in Deutschland in diesem Jahr als überschuldet eingestuft werden (+ 69.000 Fälle). Die nächstjüngere Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen zählt aktuell rund 556.000 Überschuldungsfälle (+ 33.000 Fälle; + 6,5 Prozent). Damit liegt der Anstieg in dieser Altersgruppe ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt. Die Zunahme in der ältesten Personengruppe ist wie bereits im Vorjahr auf einem etwa gleichstarken Anstieg der Fälle mit hoher (vereinfacht: „juristische Sachverhalte“) und mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zurückzuführen. Bei den 60- bis 69-Jährigen nahm die Zahl „weicher“ Überschuldungsfälle hingegen deutlich stärker zu als die der „harten“ Überschuldungsfälle.

Überschuldungsfälle 2018
60 bis 69 Jahre: 556.000 Fälle
(+ 33.000 Fälle)
ab 70 Jahre: 263.000 Fälle
(+ 69.000 Fälle)

Große Teile dieser Altersgruppen gehen einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nach und arbeiten häufig im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. So zeigen auch die aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl geringfügig Beschäftigter (2003 bis 2018: + 30 Prozent), insbesondere im Alter von über 60 Jahren, deutlich angestiegen ist (+ 66 Prozent) – im Vergleich zum letzten Jahr alleine um rund 5 Prozentpunkte. Diese Entwicklung spiegelt sich nochmals deutlicher bei „im Nebenjob geringfügig Beschäftigter“. Hier betrug der Anstieg seit 2003 rund 560 Prozent.⁷

Erwerbstätigkeit im
Rentenalter nimmt
deutlich zu

Die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen weist weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten auf – bei allerdings in diesem Jahr leicht rückläufigem Trend (1,91 Millionen; - 7.000 Fälle). Der Rückgang beruht allerdings ausschließlich auf einer Abnahme der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (- 12.000 Fälle), Fälle mit hoher Überschuldungsintensität nehmen hingegen zu (+ 5.000 Fälle). Die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen

Negativ-Spitzenreiter
bleiben weiterhin
die 30- bis 39-Jährigen

⁷ Vgl. auch Bundesagentur für Arbeit, Mai 2018, Arbeitsmarkt kompakt, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit geringfügig entlohntem Nebenjob sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 318, 27.08.2018: Anteil der Normalarbeitsverhältnisse blieb 2017 stabil.

bleibt damit als besonders wirtschaftsaktive Altersgruppe auf Rang eins des Überschuldungsrankings nach Alter. Ihre Überschuldungsquote sank und beträgt „nur noch“ 18,57 Prozent (- 0,36 Punkte). Dies auch, da die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe wiederum überdurchschnittlich zugenommen hat. Dennoch weist fast jeder fünfte der 30- bis 39-Jährigen in Deutschland zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf.

40- bis 49-Jährige: Anstieg der Überschuldungsquote trotz Rückgang der Überschuldungsfälle

Wie auch die beiden jüngsten Altersgruppen zeigen in diesem Jahr die 40- bis 49-Jährigen (1,46 Millionen) einen (merklichen) Rückgang der Überschuldungsfälle auf (- 28.000 Fälle). Die Überschuldungsquote stieg allerdings aus demographischen Gründen zum fünften Mal in Folge (13,13 Prozent; + 0,25 Punkte), da sich die entsprechende Bevölkerungszahl weiter verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einem deutlichen Rückgang der Fälle mit juristischer Dimension (- 41.000 Fälle). Die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen nahm in dieser Altersgruppe hingegen erstmals seit Jahren wieder zu (+ 13.000 Fälle). Bei der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen zeigt sich hingegen wiederum ein Anstieg der Zahl Überschuldeter (1,17 Millionen; + 25.000 Fälle), wobei auch hier die Zahl der Fälle mit juristischer Dimension abnimmt (- 18.000 Fälle) und die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen vergleichsweise deutlich anstieg (+ 43.000 Fälle). Dank ebenfalls zunehmender Population stieg die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe nur leicht von 8,80 auf 8,85 Prozent.

50- bis 59-Jährige: Anstieg von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote

Eine Analyse des Schuldenvolumens zeigt, dass dieses bei älteren überschuldeten Personen weiterhin deutlich höher liegt als bei jüngeren Personen. Ältere Überschuldete konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich häufig schon länger in einem Überschuldungsprozess. Die Spannweite der Schuldenvolumina reichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes⁸ in der letzten Überschuldungsstatistik für das Jahr 2017 vom Juni 2018 von rund 52.200 Euro je

Durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall geht weiter zurück

⁸ Hinweis: Die genannten Daten basieren auf einer Hoch- und Umrechnung und können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund 5 Jahre versetzt (Beispiel: Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).

erfasstem Überschuldungsfall bei den 65 bis 70-Jährigen (- 1.910 Euro) bis hin zu rund 8.300 Euro bei den unter 25-Jährigen (- 780 Euro). Die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall ist demnach weiter gesunken.⁹ 2017 lag der Wert bei etwa 30.540 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 1.070 Euro; - 3,4 Prozent). Seit 2006 hat sich der entsprechende Wert von rund 36.900 Euro auf nunmehr rund 30.000 Euro verringert (Hochrechnung; - 19 Prozent). Im Langzeitvergleich hat sich das Schuldenvolumen nur bei den älteren (ab 70 Jahre) und bei den jüngsten Personengruppen erhöht. Die Schuldenvolumina aller anderen Altersgruppen gingen hingegen deutlich zurück.

Das mittlere Schuldenvolumen hat sich nur bei den ab 70-Jährigen und bei den unter 25-Jährigen erhöht

Tab. 4.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2015 bis 2018 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

■ Jahr	Schuldenvolumen nach Werten nach Statistischem Bundesamt	
	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
2015	34.400 €	231 Mrd. €
2016	31.600 €	217 Mrd. €
2017	30.500 €	211 Mrd. €
2018	30.000 €	208 Mrd. €

Eine Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 22.

Es ist trotz der Anstiege der Überschuldungszahlen in den letzten drei Jahren von einem merklichen Rückgang des Gesamtschuldenvolumens für ganz Deutschland auszugehen. Dieser Trend ergibt sich durch den Rückgang der durchschnittlichen individuellen Schuldenvolumina. Das nach überschlägigen Hochrechnungen erwartbare Gesamtschuldenvolumen liegt 2018 bei etwa 208 Milliarden Euro (- 1,5 Prozent). Im Langzeitvergleich verringerte es sich seit 2006 (265 Milliarden Euro) um rund 22 Prozent. Dabei gilt weiterhin: Männliche Überschuldete weisen laut Statistischem Bundesamt eine höhere (mittlere) Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2018: 34.300 Euro; - 2 Prozent) auf als Frauen (25.100 Euro; - 1 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 9.300 Euro zu 2006; - 27 Prozent) deutlich stärker zurückgegangen als bei den

Erwartetes Gesamtschuldenvolumen 2018: 208 Milliarden Euro

Männer haben weiterhin deutlich höhere Verbindlichkeiten als Frauen

⁹ Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z. B. auch für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

Frauen erhalten im Mittel noch immer geringere Löhne als Männer

Jüngere entkommen schneller einer Überschuldungsspirale

Altersüberschuldung führt oft in die Altersarmut oder wird von dieser begleitet

männlichen Überschuldeten in Deutschland (- 5.000 Euro zu 2006; - 13 Prozent).¹⁰

Offensichtlich korrespondiert die unterschiedliche Höhe der Einkünfte bei Männern und Frauen mit den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Schuldenvolumina. So zeigt eine Langzeit-Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom März 2018, dass Frauen im Mittel noch immer geringere Löhne als Männer erhalten. Zwar hat sich demnach die „mittlere Lohnlücke“, der Gender Pay Gap, von Vollzeitbeschäftigten in den letzten drei Jahrzehnten deutlich reduziert. Ende der 1980er Jahre lag diese Lücke bei knapp 27 Prozent und hat sich demnach auf etwa 16 Prozent im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 verringert. Allerdings steigt der Gender Pay Gap mit dem Alter deutlich an und ist zudem größer bei weiblichen Gering- und Spitzenverdienern sowie bei Beschäftigten mit Kindern.¹¹

Auch die aktuellen Daten zeigen, dass es jüngeren Überschuldeten offensichtlich weiterhin schneller gelingt, einer Überschuldungsspirale (wieder) zu entkommen. Die Überschuldung jüngerer Menschen hat in der Regel noch nicht die Intensität erreicht wie bei älteren Personengruppen. So liegen die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten. Zudem bestätigen auch die aktuellen Daten den Doppeltrend zur Altersarmut und Altersüberschuldung, auch wenn wie in den Vorjahren vor monokausalen Rückschlüssen gewarnt werden muss. Altersarmut ist eine Folge verschiedener Entwick-

¹⁰ Im Jahr 2017 lagen die durchschnittlichen Schulden einer überschuldeten Person, die die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hatte, bei 30.170 Euro. Das war das 28-Fache des durchschnittlichen monatlichen Einkommens dieses Personenkreises (1.072 Euro). Die durchschnittlichen Schulden waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf Ebene der Bundesländer mit Werten zwischen 22.025 Euro und 37.518 Euro vergleichsweise weit gestreut. In Rheinland-Pfalz lagen die durchschnittlichen Schulden demnach am höchsten, das durchschnittliche Monatseinkommen lag bei 1.073 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern lagen die Schulden am anderen Ende der Skala bei 22.025 Euro und das Einkommen bei 956 Euro. Vgl. zur amtlichen Überschuldungsstatistik: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 233, 27.06.2018: Überschuldete durchschnittlich mit dem 28-Fachen ihres Monatseinkommens belastet.

¹¹ „Dies deutet auf weiterhin bestehende Schwierigkeiten für Frauen hin, aus dem Niedriglohnssektor aufzusteigen und insbesondere Positionen im Top-Segment zu besetzen. Zudem legen die deskriptiven Befunde negative Auswirkungen der ungleichen Aufteilung der Sorgearbeit auf die Lohnentwicklung nahe.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2018, Gender Pay Gap besonders groß bei niedrigen und hohen Löhnen, S. 173-179, zudem SZ-Online, 15.03.2018, Wen die Lohnlücke besonders hart trifft. Zudem haben nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben Frauen einen um 53 Prozent geringeren eigenen Rentenanspruch als Männer. Vgl. DGB, September 2018: DGB Verteilungsbericht 2018, Löhne, Mieten, Steuern – Schieflage beseitigen.

lungen, die zuallererst vor dem Hintergrund der Rentenreformen der letzten zwanzig Jahre zu sehen sind.¹² So ist die deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit im Rentenalter ein Indiz dafür, dass das Leistungsniveau der Rentenversicherung offensichtlich bei vielen älteren Verbrauchern nicht mehr ausreicht. Sie sind auf zusätzliche Geldeinnahmen angewiesen, um den gewohnten Lebensstandard für Wohnung und Konsum halten zu können. Eine aktuelle Analyse der „Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigte, dass ein bedeutender Teil der befragten Personen neben „sozialen Motiven“ auch finanzielle Gründe für die Erwerbsarbeit im Alter anführte. Sieben von zehn befragten Frauen gaben an (70 Prozent), das „Geld zu brauchen“ – bei den Männern waren dies 53 Prozent, die angaben, auf einen Hinzuverdienst zur Altersrente angewiesen zu sein.¹³

Und auch eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom September 2018 zeigt, dass mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bald in Ruhestand gehen werden („Baby-Boomer“), nicht genug Rente bekommen wird, um ihren bisherigen Lebensstandard zu halten. Demnach ist bei 58 Prozent der rentennahen Jahrgänge der aktuelle Konsum größer als die erworbenen Rentenanwartschaften.¹⁴ Zudem zeigte eine Studie von Ende letzten Jahres, dass die finanziellen Reserven vieler Verbraucher begrenzt sind. Demnach verfügt die Mehrheit

Ältere Menschen sind auf zusätzliche Geldeinnahmen angewiesen, um den gewohnten Lebensstandard für Wohnung und Konsum halten zu können

IAB-Studie: Viele ältere Personen sind auf eine Erwerbsarbeit im Alter angewiesen

Auch viele künftige Rentner haben nicht genug Rente, um ihren Lebensstandard halten zu können

¹² Die Rentenreformen zielten demnach fast durchweg auf eine Reduktion des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente, um den Beitragssatz zu stabilisieren. Zudem führen die Änderungen der Erwerbsbiografien jüngerer Geburtsjahrgänge, die Zunahme so genannter unsteter Erwerbsbiografien, das Anwachsen des Niedriglohnssektors und eine Zunahme der versicherungsfreien Beschäftigung mit geringem Entgelt zu einer prekären Einkommenslage im Alter.

¹³ Vgl. IAB-Kurzbericht (24/2018): Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente. Soziale Motive überwiegen, aber auch Geld ist wichtig. Die genannten Prozentangaben sind summierte Werte der Antworten „trifft völlig zu & trifft eher zu“. Die Studie beruht auf den Angaben von rund tausend Männern und Frauen im Alter von 58 bis 69 Jahren, die seit maximal drei Jahren eine Altersrente erhalten.

¹⁴ Der Präsident des DIW, Marcel Fratzscher, fordert vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Studie, dass sich die künftigen Diskussionen, also nicht nur um Altersarmut drehen sollten, sondern darum, wie Menschen auch im Alter ihren Lebensstandard sichern können: „Ein genauerer Blick zeigt [...], dass bestimmte Gruppen von diesen Einschnitten ihres Lebensstandards deutlich stärker betroffen sind. So werden 70 Prozent aller Frauen, die kurz vor der Rente stehen, ihren Lebensstandard nicht halten können – bei den Männern liegt der Anteil „nur“ bei 48 Prozent. Besonders stark sind Mütter betroffen, weil viele von ihnen auf weniger Beitragsjahre kommen und dadurch geringere Anwartschaften erwerben konnten – trotz Mütterrente. Dabei muss betont werden, dass die Betrachtung hier den Haushalten gilt, also berücksichtigt wird, wenn Frauen in einer Partnerschaft leben und möglicherweise von der Rente ihres Partners profitieren. Auch Haushalte mit einer Person und (frühere) Alleinerziehende werden im Alter weniger Rente erhalten, als sie derzeit für Konsum und Wohnen ausgeben – was ohnehin schon nicht viel ist.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 37/2018, Rentennahe Jahrgänge haben große Lücke in der Sicherung des Lebensstandards, S. 809-818.

30 Prozent der Haushalte in Deutschland können nur kurze Zeit ihr aktuelles Konsumniveau aus ihren Vermögen sichern

Die Sicherung des Lebensstandards wird angesichts deutlich steigender Wohn- und Mietkosten erkennbar schwieriger

der Haushalte in Deutschland „nur über eine sehr eingeschränkte private Absicherung in Form von Vermögen“. So können „[...] 30 Prozent der Haushalte maximal wenige Wochen oder Monate ihr aktuelles Konsumniveau aus ihren Vermögen sichern. Diese Haushalte verfügen über kein nennenswertes Vermögen oder sind sogar verschuldet. Der Medianwert, der alle Haushalte in zwei gleich große Hälften teilt, liegt bei knapp zwei Jahren. 10 Prozent der Haushalte können mindestens knapp 13 Jahre und 5 Prozent sogar über 21 Jahre ihren aktuellen Konsum sichern. Die Konsumsicherung im Osten liegt deutlich unter der im Westen. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen zeigt sich zwar ein Anstieg der Konsumsicherung mit dem Alter, allerdings verbleiben in allen Altersklassen mindestens 20 Prozent der Haushalte, die gar nicht oder nur sehr kurz ihr aktuelles Konsumniveau durch Verbrauch ihres Vermögens sichern könnten. Insbesondere Alleinerziehende sind auf ihr laufendes Einkommen angewiesen.“¹⁵

Alleine diese Zahlen zeigen, dass auch das Problem der Altersüberschuldung in Zukunft eher zu- als abnehmen wird. Zudem wird sich die Sicherung des Lebensstandards angesichts deutlich steigender Wohn- und Mietkosten erkennbar schwieriger gestalten. Die so genannten „Mietbelastungsquoten“, gerade auch für ältere Menschen, steigen, wie der Exkurs in Kapitel 2 zeigen wird.

¹⁵ Vgl. WSI-Report 37-2017, November 2017, Verteilungsbericht 2017, Wie lange reicht das Vermögen bei Einkommensausfall (WSI, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung).

1.2 Gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu

Die aktuellen Daten zur Überschuldungsintensität zeigen einen neuen Trend: Erstmals seit 2006 beruht der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität. Ihre Zahl nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 106.000 Fälle zu (+ 3,9 Prozent), während die Zahl der Fälle mit juristischen Sachverhalten um rund 87.000 Fälle abnahm (- 2,1 Prozent). Dieser Sachverhalt spiegelt sich sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland (s. auch Kapitel 1.3).

Dieser Befund hat zunächst trotz Anstieg der Überschuldungsfälle eine positive Komponente: So sind offensichtlich 87.000 Verbraucher in Deutschland einer meist dauerhaften Überschuldungsspirale entkommen (- 2,1 Prozent). Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korreliert mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen und derjenigen Personen, die sich in den letzten Jahren durch ein Privatinsolvenzverfahren aus der Überschuldung befreien konnten. Zudem ist davon auszugehen, und dies betrifft den größeren Teil der Fälle, dass der Rückgang der harten Überschuldung besonders von jüngeren Verbrauchern getragen wird, da es diesen, wie bereits beschrieben, schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden. Allerdings verbleiben weiterhin rund 4,13 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2018: + 735.000 Fälle; + 22 Prozent).¹⁶

Erstmals seit 2006 / 2007 Anstieg der „weichen“ Überschuldung bei gleichzeitigem Rückgang der „harten“ Überschuldung

Rund 87.000 Verbraucher sind 2018 der Überschuldungsfälle entkommen

4,13 Millionen Verbraucher bleiben in einer dauerhaften Überschuldungsspirale

¹⁶ „Von den circa 260.000 Beratungsfällen, die im Jahr 2017 von Schuldnerberatungsstellen in Deutschland abgeschlossen wurden, konnte in jedem fünften Fall (20 Prozent) eine außergerichtliche Regulierung der Schuldsituation erreicht werden. [...] Im Falle einer außergerichtlichen Regulierung gelingt es dem Schuldner, unterstützt oder vertreten durch eine Schuldnerberatungsstelle, sich mit den Gläubigern auf einen Modus der Schuldbereinigung zu einigen. Dies kann in Form einer Stundung, Reduzierung oder dem gänzlichen Fallenlassen der Forderungen geschehen. Hierdurch wird der für beide Seiten häufig aufwändige Gang vor Gericht vermieden. In gut der Hälfte der beendeten Beratungsverfahren erfolgte im Jahr 2017 eine gerichtliche Regulierung der Schulden. Dabei dominierten mit 44 Prozent die Verbraucherinsolvenzverfahren. Im Zuge eines Regelinsolvenzverfahrens, welches bei Selbstständigen zur Anwendung kommt, wurden 6 Prozent der Fälle abgeschlossen und 2 Prozent wurden anhand eines gerichtlichen Schuldbereinigungsplans geregelt.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 188, 29.05.2018: Jede fünfte Schuldnerberatung außergerichtlich erfolgreich.

Weitere 106.000 Verbraucher sind auf dem Weg in eine Überschuldungskrise

Als Kehrseite der Positiventwicklung weisen in diesem Jahr weitere 106.000 Verbraucher nachhaltige Zahlungsstörungen auf (+ 3,9 Prozent) und sind möglicherweise auf dem Weg in eine Überschuldungskrise. Sie waren in den letzten zwölf Monaten offensichtlich nicht in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und eine Überschuldung zu vermeiden. Im letzten Jahr war der Anstieg mit rund 13.000 Überschuldungsfällen noch deutlich geringer (+ 0,5 Prozent). Alles in allem zeigen derzeit 2,8 Millionen Verbraucher in Deutschland nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftritt. Dies sind allerdings rund 990.000 Fälle weniger noch als im Jahr 2006 (- 26 Prozent).

Tab. 5.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2015 bis 2018

■ Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abweichung
2015	3,95 Mio.	+ 57.000	2,77 Mio.	- 13.000
2016	4,17 Mio.	+ 220.000	2,68 Mio.	- 89.000
2017	4,22 Mio.	+ 53.000	2,69 Mio.	+ 12.000
2018	4,13 Mio.	- 87.000	2,80 Mio.	+ 106.000
Abw. 2006 / 2018	+ 21,6%	+ 735.000	- 26,1%	- 990.000

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabellen 26 / 27.

Trend zur strukturellen Überschuldung schwächt sich erstmals ab

Die aktuellen Daten zeigen zweierlei: Erstens konnte zum ersten Mal seit 2008 der markante Trend zur Überschuldungsverhärtung und strukturellen Überschuldung durchbrochen werden. Die Zahl der harten Überschuldungsfälle ging seinerzeit allerdings nur vergleichsweise gering zurück (2007 / 2008: - 14.000 Fälle; - 0,4 Prozent) und war Ausdruck der etwa 2005 einsetzenden konjunkturellen Boomphase, die dann durch die Finanz- und Wirtschaftskrise (vorübergehend) beendet wurde.¹⁷ In diesem Jahr kann der Rückgang der harten Überschuldungsfälle auch zu Teilen durch die etwa seit 2010 andauernde Hochkonjunktur erklärt werden, die es in diesem Jahr überdurchschnittlich vielen überschuldeten

¹⁷ Der SchuldnerAtlas Deutschland 2008 fasste seinerzeit zusammen (S. 1): „Die Überschuldungssituation von Verbrauchern in Deutschland hat sich seit dem Vorjahr aufgrund der bis ins Frühjahr 2008 stabilen Konjunktursituation spürbar entspannt. Die Schuldnerquoten sind mit einem zeitlichen Versatz von rund zwei Jahren insbesondere durch die Entspannung auf dem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt gesunken, da die Arbeitslosigkeit zwischen Februar 2005 (5,2 Millionen Arbeitslose – Quote 11,7 Prozent) und Oktober 2008 (3,0 Millionen – 7,2 Prozent) um über vier Prozentpunkte abgenommen hat.“

Personen ermöglicht hat, dem „Schuldturm“ zu entkommen. Diese Personen entstammen in diesem Jahr überwiegend der im letzten Jahr mit Hilfe der microm Geo-Milieus® definierten „Mittelschicht“ der Gesellschaft in Deutschland, wie die entsprechenden Analysen zeigen. Diese verfügen in der Regel über größere (finanzielle wie soziale) Ressourcen, um sich eher als Mitglieder der unteren sozialen Schichten aus einer Überschuldungslage befreien zu können.

**Positivtrend betrifft
überwiegend Personen
der Mittelschicht**

Angesichts der ökonomischen Rahmenbedingungen ist aber zu befürchten, dass dieser Positivtrend nicht lange anhalten wird. Dafür spricht auch der überdeutliche Anstieg der weichen Überschuldungsfälle. Offensichtlich hat sich der zwischenzeitlich abgeschwächte Trend zur Konsumverschuldung wiederbelebt, wie bereits im Vorjahr befürchtet werden musste. Die Fälle mit geringer Überschuldungsintensität hatten bis 2011 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit deutlich zurückgehender Konsumneigung einen (vorläufigen) Tiefstand erreicht und waren dann bis 2013 wieder, auch in Folge von „Nachholkonsum“, angestiegen. Danach war ihre Zahl bis Ende 2016 kontinuierlich zurückgegangen, um dann erstmals im letzten Jahr wieder anzusteigen.¹⁸

**Positivtrend:
Nur von kurzer Dauer?**

Der aktuell deutliche Anstieg der „weichen Überschuldung“ korrespondiert, wie zu schlussfolgern ist, mit einer Zunahme der Konsumverschuldung. Konsumklima und private Konsumausgaben lagen in den letzten zwölf Monaten auf hohem resp. höchstem Niveau. Der starke Anstieg weicher Überschuldungsfälle korreliert auffälliger Weise mit der Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Verbraucher. Laut Statistischen Bundesamt stiegen diese 2017 um 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (in jeweiligen Preisen): „Dies ist der größte Zuwachs seit 1994. Preisbereinigt nahmen die privaten Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 1,9

**Konsumklima und
-neigung bleiben auf hohem
Niveau**

**2017: „stärkste Zunahme der
privaten Konsumausgaben
seit 1994“**

¹⁸ Generell gilt: Die individuelle Überschuldungsentwicklung vollzieht sich nicht sprunghaft, sondern zeitlich versetzt über mittlere Zeiträume. So zeigen sich im (weiteren) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität einerseits die Folgewirkungen der deutlichen Zunahme von Privatkonsum und Konsumverschuldung der Jahre 2011 / 2012. Viele Verbraucher hatten die seinerzeit bereits positiven ökonomischen Rahmenbedingungen genutzt, um vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche zu realisieren oder (entgangenen) Konsum nachzuholen. Andererseits hat sich offensichtlich die ökonomische Lage vieler überschuldeter Personen verschärft, die auf Grund einer prekären Einkommenslage und eines hohen Armutrisikos auch ein erhöhtes Überschuldungsrisiko aufweisen.

Online-Handel boomt

Prozent zu. Insgesamt beliefen sich die privaten Konsumausgaben in Deutschland im Jahr 2017 auf 1,735 Milliarden Euro.¹⁹ Hierzu hat sicherlich auch der Boom des Online-Handels beigetragen.²⁰ Für 2018 können nach überschlägigen Hochrechnungen rund 1,77 Billionen Euro erwartet werden.

Wechselhafte Sparneigung

Negative Sparquote bei einkommensschwachen Haushalten

Bereits 2017 hatte das Konsum- und Geschäftsklima in Deutschland neue Bestwerte erreicht, nachdem sich Konsumneigung und auch die kreditbasierte Anschaffungsbereitschaft der deutschen Verbraucher 2015 / 2016 zumindest temporär abgeschwächt hatten. Zudem zeigte sich auch die Sparneigung der Verbraucher in den letzten Jahren eher wechselhaft – derzeit nimmt sie wieder zu.²¹ Nach aktuellen Berechnungen des DIW lag die Sparquote privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 bei rund 17,5 Prozent. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte konnten demnach rund 38 Prozent ihres Einkommens ansparen (ca. 2.700 Euro pro Monat), hingegen hatten die ärmsten zehn Prozent der Haushalte eine „negative Sparquote“ von rund minus 24 Prozent, d.h. sie verschulden sich um rund 200 Euro pro Monat.²²

Im Jahresverlauf blieb das Konsumklima trotz ungünstiger Rahmenbedingungen auf hohem Niveau – alles in allem gute Voraussetzungen und Ausdruck der hohen „Konsumbereitschaft“ der deutschen Verbraucher. Dies

¹⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 094, 14.03.2018: Im Jahr 2017 stärkste Zunahme der privaten Konsumausgaben seit 1994.

²⁰ Das Internet als Vertriebsweg für Waren aller Art wächst nach Angaben des Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bevh) kräftig. Die Verbraucher in Deutschland kauften 2017 Waren für 58,5 Milliarden Euro im Internet (+ 11 Prozent). Damit entfiel jeder achte Euro des gesamten Einzelhandels-Umsatzes auf den Handel im Internet. Für 2018 wird mit einem Wachstum von etwa 10 Prozent gerechnet. Dazu kamen 2017 noch einmal rund 3,7 Milliarden Euro im klassischen Versandhandel ohne Internet sowie knapp 16 Milliarden Euro für Dienstleistungen wie Bahn- und Flugtickets, Konzertkarten oder Reisen, so dass insgesamt mehr als 78 Milliarden Euro im sogenannten interaktiven Handel umgesetzt wurden. „Als starker Wachstumstreiber des Handels insgesamt legt der Online-Handel für das 3. Quartal 2018 mit einem Plus um 11,6 Prozent im Vergleich zum 3. Quartal 2017 zu. Kumuliert erhöhte sich der E-Commerce-Umsatz seit Jahresbeginn im Vergleich mit den ersten 9 Monaten 2017 um 11,3 Prozent.“ Vgl. bevh-Pressemitteilung, 09.10.2018, Online-Handel legt im 3. Quartal 2018 mit einem Plus von 11,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu.

²¹ Die Sparquote hatte Anfang 2013 einen Tiefpunkt erreicht (8,81 Prozent), um dann wieder sukzessive anzusteigen. Im letzten Quartal 2016 lag sie bei 9,81 Prozent – derzeit liegt sie bei 10,31 Prozent (2. Quartal 2018). Quelle: Destatis.

²² „Unter den Haushalten gibt es jedoch große Abweichungen vom Durchschnitt, die stark vom Erwerbsstatus und somit vom Einkommen sowie vom Alter beeinflusst sind. So hat beispielsweise unter den 20 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen etwa die Hälfte eine negative Sparquote – das heißt, sie verschulden sich. Selbst wenn man etwa Studentinnen und Studenten, die in diese Gruppe fallen, ihre Schulden im späteren Berufsleben aber in der Regel abtragen können, ausklammert, verbleiben viele Haushalte, denen es nicht gelingt, regelmäßig zu sparen.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2018, Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab, S. 181-193.

zeigen auch die Analysen zum Konsumklima für den Monat Oktober 2018, nachdem der entsprechende Index im Jahresverlauf temporäre Einbußen verzeichnete. Nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung vom Oktober 2018 behauptet sich der „Teilindikator Anschaffungsneigung und [...] bestätigt damit sein exzellentes Niveau. Die Verbraucher sind damit weiter in einer ausgesprochenen Konsumlaune. Offenbar unbeeindruckt von externen Risiken, wie Handelskonflikt und Brexit, sind die Konsumenten bereit, ihr Geld auszugeben.“²³

2018: Verbraucher sind „weiter in einer ausgesprochenen Konsumlaune“

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der bereits seit 2011 überwiegend positiven und dynamischen Wirtschaftsentwicklung einzuordnen. Seit spätestens 2010 ist die Lage der deutschen Wirtschaft allen Befürchtungen und geopolitischen Beeinträchtigungen zum Trotz fast durchgängig als sehr positiv zu bewerten. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland hatte sich 2017 deutlich um 2,2 Prozent erhöht (preisbereinigt, nach 1,9 Prozent im Jahr 2016). Für 2018 wird allerdings derzeit von der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ nur noch ein Anstieg des BIP von 1,7 Prozent erwartet, nachdem im Frühjahr noch von einem Anstieg von 2,2 Prozent ausgegangen worden war. Der private Konsum bleibt dabei nach Einschätzung der so genannten „Wirtschaftsweisen“ „[...] weiter der Motor des Aufschwungs“, nachdem er bereits „im ersten Halbjahr 2018 im Gefolge kräftiger Einkommenszuwächse deutlich ausgeweitet worden“ war.²⁴ Zudem besitzen die Menschen in Deutschland trotz Niedrigzinsen so hohe Geldvermögen wie nie zuvor. Das Vermögen privater Haushalte summierte sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank Ende des zweiten Quartals 2018 in

Bruttoinlandsprodukt erreichte 2017 ein Plus von 2,2 Prozent

Privater Konsum bleibt der „Motor des Aufschwungs“

²³ „Denn das Sparen ist nach wie vor keine attraktive Alternative; aktuell ist die Sparneigung sogar noch einmal gesunken. Die Angst vor Jobverlust bleibt gering und damit die Planungssicherheit hoch. Das kurbelt den Konsum – und hier vor allem größere Anschaffungen – an.“ Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2018: Konsumklima bleibt stabil, zudem: GfK-Konsumklima, September 2018: Konsumklima im Sommerhoch.

²⁴ Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose schreibt dazu in ihrem Herbstgutachten von Anfang Oktober 2018: „Maßgeblich hierfür waren der starke Beschäftigungsaufbau sowie erhebliche Lohnsteigerungen. Hinzu kamen eine Verschiebung der Eckwerte im Einkommensteuertarif, eine Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie die Anhebung des Kindergelds. Zudem wurden die Beitragssätze in der Renten- und Krankenversicherung gesenkt. Darüber hinaus befindet sich die Neigung, große Anschaffungen zu tätigen, auf einem sehr hohen Niveau. Getragen wird die hohe Dynamik beim privaten Konsum auch weiter von der günstigen Lage am Arbeitsmarkt. Zwar dürfte sich der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Jahren verlangsamen, allerdings wird der Anstieg der Effektivverdienste je Beschäftigten hoch bleiben.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), 27.09.2018, Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2018: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer.

**1. Quartal 2018: Private
Geldvermögen steigen auf
5,88 Billionen Euro**

**Seit 1991 Anstieg der
Realeinkommen, aber mehr
Menschen beziehen ein
Niedrigeinkommen**

**Überschuldungsgefährdung
und Einkommenshöhe
korrelieren**

Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen auf den Rekordwert von knapp 5,88 Billionen Euro (+ 210 Milliarden Euro; + 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal).

Allerdings zeigen vertiefende Analysen, dass die Realeinkommen der Verbraucher in Deutschland seit 1991 zwar in Summe gestiegen sind, aber mehr Menschen nur ein Niedrigeinkommen beziehen. Folglich hat bei gleichzeitiger Wohlstandsvermehrung die Zahl einkommensschwacher resp. armutsgefährdeter Menschen in Deutschland weiter merklich zugenommen. Im Jahr 2015 waren rund 17 Prozent der Bevölkerung von Einkommensarmut bedroht und damit weitaus mehr als in den 1990er Jahren mit etwa elf Prozent.²⁵ Alles in allem zeigen auch diese Analysen, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter geschlossen hat, sondern eher weiter auseinandergeht.

Zudem zeigt sich, dass sich die beiden zu Grunde liegenden Prozesse einer Polarisierung von Einkommen (zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen) und der Überschuldungsquoten spiegeln. Sie können als zwei (komplementäre) Seiten einer Medaille verstanden werden, wie auch die aktuellen Zahlen belegen können. Diese Entwicklung hat sich auch in diesem Jahr weiter verstärkt, wie die Analysen der Überschuldungsentwicklung nach Sinus-Geo-Milieus® bereits in den vergangenen Jahren belegen konnten. Der aktuelle Spreizungswert zwischen der niedrigsten und höchsten Überschuldungsquote (13,08 Punkte; + 0,01 Punkte) erreicht 2018 trotz nur leichtem Anstieg einen neuen

²⁵ Zwischen 1991 und 2015 sind die verfügbaren bedarfsgewichteten Einkommen der Personen in privaten Haushalten in Deutschland real im Durchschnitt um 15 Prozent gestiegen. 80 Prozent der Einkommensgruppen hatten dabei reale Einkommenssteigerungen. Allerdings haben die unteren zehn Prozent der Einkommensgruppen real in den letzten Jahren verloren. Die Zunahme der Durchschnittseinkommen liegt in einer deutlichen Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen begründet. Gleichzeitig haben diese Beschäftigten von steigenden Löhnen und höheren Tarifabschlüssen, vor allem in den letzten zwei Jahren, profitiert. Der Verlust der unteren Einkommensgruppen ist durch drei Faktoren zu begründen: Erstens hat Deutschland im europäischen Vergleich einen der größten Niedriglohnsektoren. Dieser Bereich hat zwar in den letzten Jahren nicht weiter zugenommen, hatte aber in der langen Frist eine große Bedeutung. Zweitens hat die Zahl älterer Menschen deutlich zugenommen, deren Alterseinkommen üblicherweise geringer ausfallen als die Erwerbseinkommen. Drittens hat zudem die Zahl der Migranten in Deutschland zugenommen. Ihre Zahl ist zwischen 2007 bis 2015 um rund ein Drittel gestiegen. Dabei erzielen Migranten in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft in der Regel niedrige Einkommen. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 21/2018, Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, S. 449-460.

Höchstwert (seit 2010). Der entsprechende Spreizungswert auf Kreisebene, also zwischen der geringsten und der höchsten Überschuldungsquote nach Städten und Landkreisen, nimmt ebenfalls und zugleich nochmals deutlicher zu (17,37 Punkte; + 0,35 Punkte). Auch er erreicht einen neuen Höchstwert. Zudem ist auch der Anteil derjenigen Verbraucher, die in Räumen mit hoher und sehr hoher Überschuldung (Überschuldungsquote liegt über 12 Prozent) leben, mit 2,56 Millionen Menschen weiter gestiegen. Der Wert liegt nunmehr auf den mittlerweile höchsten Stand seit 2007.

Auch 2018 neuer Höchstwert für Spreizung zwischen niedrigster und höchster Überschuldungsquote

Für die „mittleren Schichten“ der Gesellschaft zeigt sich in diesem Jahr allerdings eine leicht positive Entwicklung.²⁶ Demnach hat die Überschuldung der zur Mittelschicht gehörenden Milieus erstmals seit 2015 wieder leicht abgenommen, auch wenn die Überschuldungsquote angestiegen und der Langzeittrend seit 2010 negativer ist als in der Gruppe der „Nicht-Mittelschichten“. Die spezifische Überschuldungsquote in der Mittelschicht beträgt 2018 11,02 Prozent (+ 0,03 Punkte) und liegt weiterhin mehr als zwei Punkte über dem rechnerischen Wert für die „Nicht-Mittelschicht“ (8,75 Prozent). Damit gehören 4,34 Millionen überschuldete Personen der Mittelschicht an (- 40.000 Fälle). Die restlichen 2,59 Millionen überschuldeten Verbraucher rekrutieren sich aus den übrigen zusammengefassten Milieus (+ 59.000 Fälle). Diese neuen Überschuldungsfälle verteilen sich auf die „gesellschaftlichen Leitmilieus“ (+ 45.000 Fälle) und die so genannten „Prekären“ (+ 14.000 Fälle).

Überschuldung in der „Mittelschicht“ nimmt erstmals seit 2015 wieder ab

²⁶ Hierzu werden die Überschuldungsdaten mit Hilfe der Sinus-Geo-Milieus® grob in zwei Schichten – die Mittelschicht und die „Nicht-Mittelschicht“ – unterteilt. Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2017, S. 17. Auch die aktuellen Daten belegen, dass Überschuldung nicht allein ein Problem der unteren sozialen Schichten oder nur sozial benachteiligter Personengruppen ist. Nach Analyse der (aggregierten) Sinus-Geo-Milieus® zeigt sich, dass Überschuldung in allen Schichten der Gesellschaft zu finden ist. Einen Schwerpunkt bilden in jedem Falle die „mittleren Schichten“ der Gesellschaft, da sie derzeit rund 62,6 Prozent der Überschuldungsfälle stellen (- 0,7 Punkte). Die so genannten Prekären stellen derzeit mehr als 11,3 Prozent (+ 0,2 Punkte) der überschuldeten Verbraucher in Deutschland. 26,1 Prozent der derzeitigen Überschuldungsfälle stellen die „gesellschaftlichen Leitmilieus“ (+ 0,6 Prozent).

1.3 Ostdeutschland verbessert sich – Westdeutschland verschlechtert sich

Bevölkerungsentwicklung beeinflusst Überschuldungsquoten

Der aktuelle Negativtrend der Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2018 stärker in West- als in Ostdeutschland. Dies gilt, auch wenn die Überschuldungsquote in Westdeutschland konstant geblieben ist. In Ostdeutschland ist sie zudem nur leicht zurückgegangen. Der Grund: In Westdeutschland zeigt die zu Grunde liegende Bevölkerungszahl, insbesondere durch Zuwanderung, einen merklichen Aufwärtstrend. Hingegen ist die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland in ähnlicher Weise zurückgegangen. Hierdurch bleibt die Überschuldungsquote in Westdeutschland nahezu gleich, in Ostdeutschland nimmt sie weniger stark ab.

Tab. 6.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2015 bis 2018

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42

Alte Bundesländer, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten.
Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 26 und 28.

5,82 Mio. Fälle im Westen – 1,11 Mio. Fälle im Osten

Überschuldungsquote im Osten weiterhin höher als im Westen

Insgesamt sind 2018 im Osten Deutschlands rund 1,11 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten – rund 8.000 Überschuldungsfälle weniger als noch 2017. In den letzten beiden Jahren nahm die Zahl der Überschuldungsfälle noch zu (2017: + 3.000 Fälle / 2016: + 15.000 Fälle). Im Westen sind aktuell rund 5,82 Millionen Personen überschuldet, d.h. rund 27.000 Fälle mehr als noch im letzten Jahr. 2017 betrug der Anstieg noch 61.000 Fälle (2016: + 116.000 Fälle). Die westdeutsche Überschuldungsquote veränderte sich nur minimal auf 9,98 Prozent (+ 0,002 Punkte) und verbleibt wiederum knapp unter der 10-Prozent-Marke. Die ostdeutsche Überschuldungsquote verringerte sich zum zweiten Mal in Folge von 10,42 auf 10,40 Prozent, bleibt aber seit 2014 oberhalb der 10-Prozent-Marke.

Der aktuelle Entwicklungstrend wird durch die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in Ost und West verstärkt. Im Westen Deutschlands erhöhte sich im Jahresverlauf die Zahl von Personen über 18 Jahren um rund 258.000 Menschen (+ 0,45 Prozent; 2017: + 738.000), im Osten nahm sie um rund 51.000 Personen über 18 Jahren ab (- 0,48 Prozent).²⁷ Wäre die Bevölkerung in einer theoretischen Betrachtung nicht in genanntem Maße angestiegen resp. gesunken, lägen die Überschuldungsquoten in Westdeutschland derzeit bei 10,02 Prozent, in Ostdeutschland bei (nur) 10,35 Prozent.

In einer Gesamtsicht hat sich der Grundtrend in Ost- und Westdeutschland umgekehrt: Die Zahl der Überschuldungsfälle ging im Osten zurück (- 8.000 Fälle), im Westen stieg sie weiter an (+ 27.000 Fälle). Bei einer Betrachtung der Überschuldungsintensität zeigt sich aber ein ähnliches Grundmuster: Sowohl in Ost wie in West ist die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität zurückgegangen, die mit geringer Überschuldungsintensität ist angestiegen. Dabei ist der Rückgang der harten Überschuldung im Westen (- 1,9 Prozent) schwächer ausgeprägt als im Osten (- 2,9 Prozent; 2017: + 0,9 Prozent). Und der Anstieg der weichen Überschuldung liegt im Westen (+ 4,1 Prozent; 2017: + 0,7 Prozent) höher als im Osten (+ 2,9 Prozent; 2016: - 0,8 Prozent). Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Dabei nahm die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Westen zum zweiten Mal in Folge zu, während sie im Osten erstmals seit 2012 zunimmt. Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt stabil: Im Langzeitvergleich zwischen 2006 und 2018 hat sich die Zahl der Überschuldungsfälle im Westen um „nur“ rund 82.000 Überschuldungsfälle (- 1,4 Prozent), im Osten deutlich stärker um

**Bevölkerung nimmt
in West zu, in Ost ab**

**Überschuldungsfälle in Ost
2017/18: - 8.000 Fälle**

**Überschuldungsfälle in West
2017/18: + 27.000 Fälle**

**Fälle mit hoher
Überschuldungsintensität
gehen in Ost und West
zurück ...**

**... Fälle mit geringer
Überschuldungsintensität
steigen in Ost und West an**

²⁷ „Im Jahr 2017 nahm nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) die Gesamtbevölkerung Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 270.700 Personen (+ 0,3 Prozent) zu und lag zum 31.12.2017 bei 82,8 Millionen. [...] Im Jahr 2017 ist die steigende Einwohnerzahl ausschließlich darauf zurückzuführen, dass 405.000 Personen mehr zuwanderten als abwanderten (Wanderungsüberschuss 2016: + 500.000 Personen). Gleichzeitig starben 147.000 Personen mehr als geboren wurden (Geburtendefizit 2016: - 119.000 Personen). Infolgedessen fiel das Bevölkerungswachstum insgesamt geringer aus als in den beiden Vorjahren (2016: + 346.000 oder + 0,4 Prozent; 2015: + 978.000 oder + 1,2 Prozent).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 347, 14.09.2018: 82,8 Millionen zum Jahresende.

**Überschuldungstrend ist
in Ostdeutschland positiver
als im Westen**

174.000 Überschuldungsfälle (- 13,5 Prozent) verringert.

Dies erklärt auch, warum die ostdeutschen Bundesländer Thüringen seit 2007 und Sachsen (seit 2004) im Länder-Ranking weiterhin auf den Plätzen drei und vier verbleiben, wobei Thüringen seit 2013 Rang drei einnimmt. Wie im Vorjahr weisen zudem drei von fünf ostdeutschen Bundesländern Rückgänge der Überschuldungsquoten auf. In Thüringen und in Sachsen-Anhalt stieg die Überschuldungsquote dennoch durch die Abnahme der Bevölkerung. Im Westen weisen fünf von 11 Bundesländern Rückgänge der Überschuldungsquoten auf. Allerdings zeigen – bis auf Berlin – alle anderen westdeutschen Bundesländer (zum Teil nur leichte) Anstiege der Überschuldungsfälle auf.

**Zwei Trends:
Die Überschuldung
entwickelt sich in
Ostdeutschland positiver
als im Westen, aber ...**

Zweierlei lässt sich in diesem Jahr für die aktuelle Entwicklung festhalten: Erstens ist die Überschuldungslage in Ostdeutschland wie in den Vorjahren positiver als in Westdeutschland. Waren in den Vorjahren die Anstiegstrends durchweg geringer als im Westen, geht die Zahl der Überschuldungsfälle im Osten 2018 erstmals seit 2013 wieder zurück. Durch demografische Effekte ist die Veränderung der Überschuldungsquoten im Westen positiver, im Osten negativer ausgeprägt. Zudem, und dies ist ebenfalls eine gute Nachricht, haben sich offensichtlich rund 87.000 Verbraucher aus der „harten“ Überschuldung“ in Ost- (- 20.000 Fälle) wie in Westdeutschland (- 67.000 Fälle) befreien können.²⁸ Möglicherweise hat die bereits seit Jahren andauernde Hochkonjunktur und der starke Arbeitsmarkt in Deutschland wieder mehr Verbraucher in die Lage versetzt, einen ökonomischen Neustart zu beginnen. Hierzu hat sicherlich auch ein (temporärer) Konsumverzicht resp. eine größere Kaufzurückhaltung beigetragen, wie dies in der Vergangenheit für Ostdeutschland belegt werden konnte.²⁹ Möglicherweise spielen bei dieser Entwick-

²⁸ Hierzu trägt sicherlich bei, dass nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Vorjahr die durchschnittliche Schuldenhöhe von überschuldeten Personen in den östlichen Bundesländern (25.700 Euro) deutlich unter dem Niveau im Westen Deutschlands (36.600 Euro) lag. Eine vergleichbare Differenz der Schuldenhöhe zeigte sich auch beim Vergleich von ländlichen Räumen (24.900 Euro) und von Großstädten (34.800 Euro).

²⁹ Diese These konnte Dr. Rudolf Martens (Der Paritätische Gesamtverband, Berlin) im SchuldnerAtlas Deutschland 2015 nochmals belegen. Hierbei zeigte sich, dass „sich einerseits die Konsummuster der Verbraucher in Ost und West (besonders

lung auch die vergleichsweise höheren Renten ostdeutscher Ehepaare eine Rolle. So gehen Ostdeutsche früher als Westdeutsche in die „abschlagsfreie Rente“ wie auch in die „Rente mit Abschlägen“, wie eine Analyse des ifo Instituts Dresden vom Oktober 2018 zeigt. In Ostdeutschland sind demnach häufiger „zwei Rentenbezieher mit hohen Bezügen in einem Haushalt“ zu finden. Ihre Zahl hat sich seit 2014 nach Einführung der „Rente ab 63“ offensichtlich merklich erhöht.³⁰

Allerdings ist zweitens, und dies ist die weniger gute Nachricht, die Zahl der Fälle mit überwiegend nachhaltigen Zahlungsstörungen sowohl in Ost- wie in Westdeutschland wieder merklich gestiegen. Möglicherweise hat hierzu genau das positive Konsumklima beigetragen, dass auf der anderen Seite Ausdruck der guten Wirtschaftslage und auch Voraussetzung für den Entschuldungsprozess der in diesem Jahr aus der Überschuldungstatistik entlassenen Verbraucher ist. Rund 106.000 Verbrauchern stehen möglicherweise am Beginn einer Überschuldungsspirale, da sie nachhaltige Zahlungsstörungen aufweisen. Diese Tatsache wird in näherer Zukunft dazu führen, dass die Zahl überschuldeter Verbraucher in Ost und West weiter steigen wird, wenn es diesen Verbrauchern nicht gelingt, Ausgabenvorsicht zu zeigen und weitere Schulden zu vermeiden.

Die Grundstruktur der Überschuldungsentwicklung hat sich auch 2018 wenig geändert: Der Süden Deutschlands (Süd-Osten vor Süd-Westen) liegt im Überschuldungsranking vor Norden und Osten (Norden vor Nord-Osten). Das Schlusslicht bildet seit 2008 der Westen, wo auch in diesem Jahr der höchste Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote gemessen werden konnte. Das Ruhrgebiet bleibt weiterhin mit seinen zum Teil

... in West- wie in Ostdeutschland hat die Anzahl nachhaltiger Zahlungsstörungen deutlich zugenommen

Belastung für die nächsten Jahre?

Weiterhin konstante räumliche Grundstruktur der Überschuldungsentwicklung

bei jungen Verbrauchern und in urbanen Räumen) annähern. Andererseits unterscheiden sich die Problemlösungsmuster zwischen Ost und West, da im Osten Deutschlands, insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum, gezielt Konsumverzicht zum Schuldenabbau und zur Überschuldungsprävention einsetzen.“ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 52ff.

³⁰ Vgl. Ifo-Institut, 26.10.2016, Pressemitteilung: Ostdeutsche gehen früher in Rente als Westdeutsche: „Die Erklärung für den höheren Anteil bei der Rente mit 63 sind die ostspezifischen Erwerbsbiographien: In der DDR war es üblich, frühzeitig ins Erwerbsleben zu starten, so dass in Ostdeutschland ein höherer Anteil an Personen die Voraussetzungen hierfür aufweist. Dass außerdem in Ostdeutschland auch häufiger die frühzeitigere Rente mit Abschlägen in Kauf genommen wird, hat wohl eher mit den höheren Rentenansprüchen der Frauen im Osten zu tun: Eine Rente mit Abschlägen kann man sich eher leisten, wenn zwei Rentenbezieher mit hohen Bezügen in einem Haushalt leben.“

**Der Westen bleibt
das „Sorgenkind“**

**Das Ruhrgebiet:
Ein „Brennpunkt“
sozialer Problemlagen**

**Das Grundmuster:
Süden vor Norden
vor Osten vor Westen**

**Im Westen
seit 2008 die höchste
Überschuldungsquote**

**Sechs Bundesländer zeigen
2018 eine Zunahme
von Überschuldungsquote
und -fällen**

noch altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen ein „Brennpunkt“ sozialer Problemlagen. Hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohe soziale Transferleistungen bilden hier eine prekäre Gemengelage, die die Regionen um das Ruhrgebiet zum eigentlichen „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung machen – Tendenz weiter zunehmend. Die Überschuldungsquoten sind in vielen Städten im Ruhrgebiet sowohl im Jahres- als auch im Langzeitvergleich zum Teil deutlich angestiegen.³¹

Die Überschuldung weist im westlichen Bereich Deutschlands (PL-Zone 4 und 5) seit 2008 die höchsten Quoten und im Mehrjahresvergleich die stärkste Zunahme auf (2018: 11,44 Prozent; + 10.000 Fälle; 2004 / 2018: + 0,84 Punkte). Danach folgt der Nord-Osten (PL-Zone 0 und 1) mit einem Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote (2018: 10,84 Prozent; - 9.000 Fälle; - 0,34 Punkte). Auf Rang drei folgt der Norden (PL-Zone 2 und 3) mit einem aktuell wie auch langfristig negativen Trend (2018: 10,67 Prozent; + 5.000 Fälle; + 0,22 Punkte). Letzteres gilt auch für den Süd-Westen (2018: 9,28 Prozent; + 9.000 Fälle; + 0,61 Punkte) – auf niedrigerem Niveau, allerdings mit stärkerem Anstieg in der Langzeitperspektive. Der Süd-Osten (PL-Zone 8 und 9) verbleibt weiterhin (wie der Süd-Westen) deutlich unterhalb des Bundeswertes (2018: 7,63 Prozent; + 4.000 Fälle; + 0,12 Punkte)

Auch 2018 zeigt die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern einen uneinheitlichen Trend, der auch auf die Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme zurückzuführen ist. So weisen zwar jeweils sechs Bundesländer einen Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote auf. Zugleich weisen sechs Bundesländer einen Rückgang der Quote, aber nur vier einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf. Drei Bundesländer zeigen keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Ein Bundesland (Baden-Württemberg) zeigt eine unveränderte Überschuldungsquote und eine

³¹ Beispiele: Herne (18,06 Prozent; + 0,21 Punkte; 2004 / 18: + 5,21 Punkte), Duisburg (17,20 Prozent; + 0,12 Punkte; 2004 / 18: + 2,63 Punkte), Hagen (16,34 Prozent; 0,47 Punkte; 2004 / 18: + 2,87 Punkte), Dortmund (14,44 Prozent; + 0,007 Punkte; 2004 / 18: + 1,68 Punkte), Gelsenkirchen (17,88 Prozent; + 0,11 Punkte; 2004 / 18: + 3,76 Punkte), Bochum (12,60 Prozent; + 0,14 Punkte; 2004 / 18: + 2,47 Punkte) oder auch Essen (13,96 Prozent; + 0,20 Punkte; 2004 / 18: + 1,71 Punkte).

Zunahme der Überschuldungsfälle. Bayern (7,43 Prozent; - 0,04 Punkte; + 2.000 Fälle) und Baden-Württemberg (8,31 Prozent; + 0,00; + 5.000) führen weiterhin fast traditionell das Ranking der Bundesländer an. Thüringen (9,30 Prozent; + 0,05; ± 0) verbleibt seit 2013 auf Rang drei. Sachsen (9,92 Prozent; - 0,05; - 3.000) weist erstmals seit 2011 einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf und verbleibt auf Rang 4. Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (13,94 Prozent; - 0,03; ± 0), gefolgt von Sachsen-Anhalt (12,73 Prozent; + 0,01; - 2.000) und Berlin (12,42 Prozent; - 0,20; - 2.000) – letzteres durch Bevölkerungszunahme mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote.

Ganz vorne bleiben Bayern vor Baden-Württemberg vor Thüringen

Schlusslichter sind Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen

Tab. 7.: Ranking: Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2016 bis 2018

■ Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw. *)		Überschuldungsfälle **)			Abw.	
	2016	2017	2018	17 / 18	04 / 18	2016	2017	2018	17 / 18	04 / 18
Bayern	7,35%	7,47%	7,43%	- 0,04	+ 0,24	0,78	0,80	0,80	+ 2.000	+ 84.000
Baden-Württemberg	8,34%	8,31%	8,31%	± 0,00	+ 0,81	0,74	0,75	0,76	+ 5.000	+ 115.000
Thüringen	9,24%	9,25%	9,30%	+ 0,05	- 0,71	0,17	0,17	0,17	± 0	- 29.000
Sachsen	9,89%	9,97%	9,92%	- 0,05	+ 0,97	0,34	0,35	0,34	- 3.000	+ 15.000
Brandenburg	10,14%	10,02%	9,94%	- 0,08	- 1,26	0,21	0,21	0,21	- 2.000	- 29.000
Hessen	10,07%	9,99%	10,04%	+ 0,06	+ 0,47	0,51	0,51	0,52	+ 5.000	+ 44.000
Rheinland-Pfalz	10,11%	10,09%	10,10%	+ 0,01	- 0,03	0,34	0,34	0,34	+ 1.000	+ 13.000
Niedersachsen	10,42%	10,32%	10,34%	+ 0,01	+ 0,21	0,68	0,68	0,68	+ 2.000	+ 34.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,57%	10,50%	10,53%	+ 0,03	- 0,97	0,14	0,14	0,14	± 0	- 21.000
Hamburg	10,61%	10,61%	10,62%	+ 0,01	- 0,25	0,16	0,16	0,16	+ 2.000	+ 3.000
Schleswig-Holstein	10,98%	10,94%	10,90%	- 0,05	+ 0,08	0,26	0,26	0,26	+ 1.000	+ 16.000
Saarland	11,31%	11,25%	11,36%	+ 0,10	+ 0,31	0,10	0,10	0,10	+ 1.000	± 0
Nordrhein-Westfalen	11,66%	11,63%	11,69%	+ 0,06	+ 1,02	1,72	1,73	1,74	+ 10.000	+ 185.000
Berlin	12,74%	12,63%	12,42%	- 0,20	- 1,60	0,37	0,37	0,37	- 2.000	- 26.000
Sachsen-Anhalt	12,74%	12,71%	12,73%	+ 0,01	+ 0,51	0,25	0,25	0,24	- 2.000	- 16.000
Bremen	14,01%	13,97%	13,94%	- 0,03	+ 0,59	0,08	0,08	0,08	± 0	+ 6.000
Deutschland	10,06%	10,04%	10,04%	± 0,00	+ 0,30	6,85	6,91	6,93	+ 19.000	+ 393.000

Abweichung in Prozentpunkten / **) Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Zudem tauschte Brandenburg (9,94 Prozent; - 0,08; - 2.000) wieder den Platz mit Hessen und rutschte auf Rang fünf. Rheinland-Pfalz (10,10 Prozent; + 0,01; + 1.000) verbleibt im Ranking auf Rang 7. Den stärksten Anstieg der Überschuldungsquote verzeichnet das Saarland (11,36 Prozent; + 0,10; + 1.000). Die stärksten

**Höchste Anstiege der Überschuldungsfälle 2018:
NRW, Baden-Württemberg
und Hessen**

**2004 / 2018: Die stärksten
Rückgänge der Überschul-
dungszahlen zeigen
ostdeutsche Bundesländer**

**Höchste Anstiege der Über-
schuldungsfälle 2004 / 2018:
NRW, Baden-Württemberg
und Bayern**

**2018: Mainz bleibt die
Landeshauptstadt
mit der niedrigsten
Überschuldungsquote**

**Das „Schlusslicht“ bleibt
weiterhin Wiesbaden**

**Stuttgart zeigt 2018 den
positivsten Trend**

Zunahmen an Überschuldungsfällen verzeichnen die Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen (11,69 Prozent; + 0,06; + 10.000) und Baden-Württemberg sowie Hessen auf (10,04 Prozent; + 0,06; + 5.000). Auffällig: Die deutlichen Anstiege der Überschuldungsfälle in den Vorjahren in Bayern haben sich wieder auf „Normalniveau“ eingepegelt (+ 2.000; 2016 / 2017: + 22.000).

Im Langzeitvergleich 2004 / 2018 weisen die mit Abstand stärksten Zunahmen von Überschuldungsfällen Nordrhein-Westfalen (+ 185.000 Fälle), Baden-Württemberg (+ 115.000) und Bayern (+ 84.000) auf. Danach folgt Hessen (+ 44.000). NRW nimmt weiterhin den viertletzten, Bayern sowie Baden-Württemberg die beiden ersten Plätze im Überschuldungsranking der Bundesländer ein. Die stärksten (absoluten) Rückgänge zeigen Brandenburg, Thüringen (jeweils - 29.000), vor Berlin (- 26.000), Mecklenburg-Vorpommern (- 21.000) und Sachsen-Anhalt (- 16.000). Hingegen weist der Freistaat Sachsen im Langzeitvergleich einen Anstieg der Überschuldungsfälle auf (+ 15.000).

Die Analyse der 16 Landeshauptstädte zeigt in diesem Jahr in fünf Landeshauptstädten Verschlechterungen der Überschuldungsquoten (Vorjahr: drei). Mainz (Rheinland-Pfalz) verbleibt mit einem leichten Anstieg der Überschuldungsfälle auf Rang 1 (7,87 Prozent; - 0,03 Punkte; + 100 Fälle), gefolgt von der Landeshauptstadt München, die erstmals seit 2013 wieder einen (eher geringen) Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote zeigt (8,82 Prozent; - 0,10; - 200). Wiesbaden, die Landeshauptstadt von Hessen, bleibt auch in diesem Jahr das Schlusslicht im Ranking der Landeshauptstädte, in diesem Jahr wiederum mit einem deutlichen Anstieg von Quote und Fällen (17,02 Prozent; + 0,36; + 1.000). Und auch im Langzeitvergleich nimmt die Überschuldung in Wiesbaden überdeutlich zu (2004 / 2018: + 4,26; + 10.000). Wie im Vorjahr zeigt die Stadt Stuttgart die positivste Entwicklung, hier nahmen Überschuldungsfälle und -quote nochmals deutlich ab (10,14 Prozent; - 0,35; - 1.600). Der Trend bleibt im Langzeitvergleich allerdings negativ (2004 / 2018: + 1,86; + 12.600). In der Hansestadt Hamburg nimmt die Zahl der Überschuldungsfälle hingegen weiter merklich zu,

während die Überschuldungsquote durch eine deutliche Bevölkerungszunahme nur minimal zunimmt (10,62 Prozent; + 0,01; + 1.600). Die Analyse der Überschuldungslage nach Landeshauptstädten zeigt in einer Gesamtsicht eine wieder zunehmende Polarisierung. Der Abstandswert zwischen der niedrigsten (Mainz) und der höchsten Überschuldungsquote (Wiesbaden) steigt merklich auf den höchsten Wert seit 2004 (9,15 Punkte; + 0,39).³²

**Landeshauptstädte: Wieder
„zunehmende Polarisierung“**

Die auch 2018 negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch bei der Aufteilung nach Gewinnern und Verlierern der insgesamt 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Demnach verzeichnen in diesem Jahr 218 Kreise und kreisfreie Städte einen Anstieg der Überschuldungsquote (54 Prozent; Vorjahr: 52 Prozent). Hingegen weisen immerhin 183 Städte und Landkreise verbesserte Werte auf (46 Prozent; Vorjahr: 48 Prozent). Zudem zeigt sich, dass die Überschuldung eher in Landkreisen (8,96 Prozent; + 0,01 Punkte) zugenommen hat als in Stadtkreisen (11,16 Prozent; - 0,01) und in den kreisfreien Städten (12,21 Prozent; - 0,03). Stadtkreise weisen zudem im Langzeitvergleich die stärkste Zunahme der Überschuldungsquoten (2004 / 2018: + 1,08) auf, vor den Landkreisen (+ 0,27) und den kreisfreien Städten (+ 0,17).

**Anstieg der
Überschuldungsquoten:
218 von 401 Kreisen
und Städten
(54 Prozent; + 2 Punkte)**

Zehn Landkreise, wie im Vorjahr angeführt von den Landkreisen Eichstätt (3,85 Prozent; + 0,08 Punkte), Erlangen-Höchstadt (4,99 Prozent; ± 0,00) und Schweinfurt (5,12 Prozent; ± 0,06), führen das Ranking mit Überschuldungsquoten von deutlich unter sechs Prozent an. Eichstätt weist als Erstplatzierter (und einer Arbeitslosenquote von nur rund 1,3 Prozent im September 2018) einen Anstieg der Überschuldungsquote auf. Schlusslichter des Rankings bilden die Städte Bremerhaven (21,22 Prozent; + 0,42), Wuppertal (18,42 Prozent; + 0,04) sowie Pirmasens (18,35 Prozent; + 0,12). Alle drei weisen eine Zunahme der Überschuldungsquoten auf.

**Führende bleiben auch 2018
die Landkreise Eichstätt,
Erlangen-Höchstadt
und Schweinfurt**

**Schlusslichter bleiben
auch 2018: Bremerhaven,
Wuppertal und Pirmasens**

Die Städte Bamberg (8,12 Prozent; - 0,40 Punkte), Regensburg (9,52 Prozent; - 0,38) und – wie bereits im

³² Die entsprechenden Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 30 bis 36.

***Gewinner 2017 / 2018:
Bamberg, Regensburg
und Stuttgart***

Vorjahr – Stuttgart (10,14 Prozent; - 0,35) zählen zu den diesjährigen „Gewinnern“. Stuttgart verbesserte sich im Gesamtranking nochmals um 23 Plätze auf Rang 242 (von 401). Stuttgart und Regensburg weisen allerdings im Langzeitvergleich 2004 / 2018 weiterhin überdurchschnittliche Anstiege der Überschuldungsquoten auf (+ 1,86 resp. + 1,11 Punkte). Zu den „Verlierern“ zählen die Städte Trier (10,52 Prozent; + 0,57), Hagen (16,34 Prozent; + 0,47) sowie der Landkreis Lüchow-Dannenberg (11,98 Prozent; + 0,44). Die Stadt Hagen gehört (wie auch die meisten „Verlierer“) zu denjenigen Städten, die im Langzeitvergleich zum Teil überdurchschnittliche Anstiege der Überschuldungsquoten aufweisen.

***Verlierer 2004 / 2018 wie im
Vorjahr: Herne, Wiesbaden
und Pforzheim***

So zeigen wie bereits seit 2016 die Städte Herne (18,06 Prozent; zu 2004: + 5,31 Punkte), Wiesbaden (17,02 Prozent; + 4,26) sowie der Stadtkreis Pforzheim (14,80 Prozent; + 3,93) im Langzeitvergleich 2004 / 2018 die höchsten Anstiege der Überschuldungsquoten. Danach folgt die Stadt Gelsenkirchen (17,88 Prozent; + 3,76), die wie Herne zu den Kernstädten des Ruhrgebiets zählt. Die stärksten Langzeit-Verbesserungen zeigen wie bereits seit 2016 drei ostdeutsche Städte: Erfurt (11,19 Prozent; - 3,51), Weimar (10,74 Prozent; - 3,46) und Frankfurt an der Oder (12,61 Prozent; - 2,66).

***Gewinner 2004 / 2018 wie im
Vorjahr: Erfurt, Weimar
und Frankfurt (Oder)***

***Schlusslichter des Groß-
stadt-Rankings sind auch
2018 Duisburg, Dortmund
und Essen***

Bei einer Betrachtung der Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahren sind auf den drei letzten Plätzen wiederum drei Ruhrgebietsstädte zu finden: Duisburg (17,20 Prozent; + 0,11 Punkte), Dortmund (14,44 Prozent; + 0,01) und Essen (13,96 Prozent; + 0,20). Alle drei Städte weisen auch in diesem Jahr einen weiteren Anstieg der Überschuldungsquote auf.

1.4 Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt weiterhin – trotz Niedrigarbeitslosigkeit und Hochkonjunktur

Die konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft blieb in den ersten zehn Monaten des Jahres 2018 trotz zahlreicher negativer global-ökonomischer Einflüsse erstaunlich stabil, erreichte aber keine neuen Bestwerte wie Vorjahr. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank im Monatsbericht vom Oktober 2018 ist die „konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland [...] zwar grundsätzlich nach wie vor intakt“. Sie rechnet damit, dass nach einer „Wachstumspause“ im Sommerquartal „im laufenden Vierteljahr wieder mit einer deutlichen Expansion der Wirtschaftsleistung zu rechnen ist“. Das Bruttoinlandsprodukt hatte 2017 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes deutlich zugenommen, war aber „nur verhalten“ ins neue Jahr gestartet (BIP 1. Quartal: + 0,4 Prozent | 2. Quartal: + 0,5 Prozent).

Im Gegenteil: Die Konjunkturstimmung in der deutschen Wirtschaft trübt sich zunehmend ein. Mitte Oktober stellte der ZEW-Index eine „erhebliche Verschlechterung der Erwartungen“ fest: „Ein schlechterer Wert wurde zuletzt im August 2012 gemessen.“ Zudem hatte sich der ifo-Geschäftsklimaindex im Jahresverlauf siebenmal verschlechtert und erreichte keinen „neuen Rekordwert“, wie noch im Oktober 2017. Die Gründe für die Stimmungseintrübung sind vielfältig: Sie reichen vom sich verschärfenden Handelskonflikt zwischen den USA und China, der zunehmenden Wahrscheinlichkeit eines „harten Brexit“, in Folge steigenden Rohstoff- und Ölpreisen, bis hin zu den Währungs- und Wirtschaftskrisen in der Türkei sowie in Argentinien mit ihren negativen Folgewirkungen auf die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft. Zudem belastet auch die als instabiler wahrgenommene Situation der Regierungskoalition in Berlin die Konjunkturschätzungen der Wirtschaft.

Die vergleichsweise stabile Entwicklung der Überschuldungszahlen zeigt aber, dass der aktuelle konjunkturelle Negativtrend offensichtlich noch nicht bei den Verbrauchern angekommen ist. Die meisten Verbraucher in Deutschland konnten sich in den letzten zwölf Monaten

2018: Die deutsche Wirtschaft in der Hochkonjunktur – allerdings ohne neue Bestwerte

Konjunktur entwickelt sich 2018 „verhalten“

Die Gründe: Der Handelskonflikt zwischen den USA und China, „harter Brexit“, steigende Rohstoffpreise

Der „Negativtrend“ ist noch nicht bei allen Verbrauchern angekommen

**2018: Weitere Verbesserung
der Einkommenssituation ...**

**... aber Inflation und
Energiepreise ziehen
weiter an**

**Ein fester Arbeitsplatz ist
eine wichtige Grundlage, um
das Überschuldungsrisiko
gering zu halten**

über weiterhin stabile und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen freuen. Dies zeigt alleine die Entwicklung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben, die laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent auf 1,74 Billionen Euro (2016: 1,67 Billionen Euro) gestiegen sind. Für 2018 können rund 1,77 Billionen Euro erwartet werden. Die deutschen Verbraucher sind nach Angaben der GfK-Konsumklimastudie für Oktober 2018 „in einer ausgesprochenen Konsumlaune“.³³ Der private Konsum bleibt nach Einschätzung der „Wirtschaftsweisen“ in Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2018 „[...] weiter der Motor des Aufschwungs“.³⁴ Zudem bildeten die vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse der letzten Jahre die wichtigste Grundlage für eine weitere Verbesserung der Einkommenssituation der Verbraucher (Tarifverdienste 1. Quartal 2018: + 2,5 Prozent).³⁵ Dies gilt, auch wenn die Verbraucherpreise in Deutschland bereits seit Ende 2016 durch wieder ansteigende Energiepreise merklich angezogen haben.

Außerdem – und für die Überschuldungsentwicklung weiterhin sehr wichtig – blieb die Lage am deutschen Arbeitsmarkt auch 2018 deutlich positiv. Die Arbeitslosenzahl sank Ende Oktober 2018 mit 4,9 Prozent erstmals seit der Wiedervereinigung unter die Fünf-Prozent-Marke (2.203.851 Arbeitslose; - 184.860 im Vergleich zum Vorjahr). Die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen sind für die meisten Verbraucher in jedem Fall wichtige Grundlagen für fast durchgehend optimistische Konjunkturerwartungen und bilden zugleich die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko für die

³³ Die weiterhin hohe Konsumneigung der privaten Verbraucher zeigen auch die Analysen zum Konsumklima für den Monat Oktober 2018, nachdem der entsprechende Index im Jahresverlauf temporäre Einbußen verzeichnete. Der Teilindikator Anschaffungsneigung „[...] behauptet und bestätigt damit sein exzellentes Niveau. Die Verbraucher sind damit weiter in einer ausgesprochenen Konsumlaune. Offenbar unbeeindruckt von externen Risiken, wie Handelskonflikt und Brexit, sind die Konsumenten bereit, ihr Geld auszugeben. Denn das Sparen ist nach wie vor keine attraktive Alternative; aktuell ist die Sparneigung sogar noch einmal gesunken. Die Angst vor Jobverlust bleibt gering und damit die Planungssicherheit hoch. Das kurbelt den Konsum – und hier vor allem größere Anschaffungen – an.“ Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2018: Konsumklima bleibt stabil, zudem: GfK-Konsumklima, September 2018: Konsumklima im Sommerhoch.

³⁴ Für laufende Jahr prognostiziert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag Ende Oktober beim privaten Konsum allerdings nur noch einen Zuwachs von 1,4 Prozent Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2018, Die Luft wird dünner.

³⁵ Zum Vergleich: 2. Quartal 2018: + 2,0 Prozent; Gesamtjahr 2017: + 2,3 Prozent; 2016: + 2,0 Prozent; 2015: + 2,1 Prozent - Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 471, 21.12.2017: Tarifverdienste 2017: + 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 187, 29.05.2018: Tarifverdienste im 1. Quartal 2018: + 2,5 Prozent zum Vorjahresquartal sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 321, 29.08.2018: Tarifverdienste im 2. Quartal 2018: + 2,0 Prozent zum Vorjahresquartal.

meisten Verbraucher gering zu halten. Zudem zeigen die aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der so genannten Unterbeschäftigten weiter gesunken ist. So hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen von 2016 auf 2017 von 999.000 auf etwa 900.800 Personen um rund 9 Prozent verringert. Im Oktober 2018 lag die Zahl bei nur noch 776.000 Langzeitarbeitslosen in Deutschland – 2008 hatte sie noch 1,33 Millionen betragen (- 42 Prozent; - 551.000 Personen). Die Zahl der Unterbeschäftigten (ohne Kurzarbeit) lag Ende Oktober 2018 bei rund 3,14 Millionen (Oktober 2017: 3,37 Millionen; - 7 Prozent).³⁶ Die aktuelle Herbstanalyse des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) vom Oktober 2018 geht davon aus, dass die Beschäftigung auch 2019 weiter wachsen wird. Demnach werden für 2019 rund 500.000 neue Stellen erwartet, nach 580.000 in diesem Jahr. Zudem bestätigt der Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit von Ende September eine positive Grundtendenz und spricht von einer „kräftig einsetzenden Herbstbelebung.“³⁷

Trotz des vergleichsweise geringen Anstiegs der Überschuldungszahlen und zahlreicher positiver Faktoren bleibt auch in diesem Jahr festzuhalten, dass sich viele Indikatoren zur Einordnung des Überschuldungsrisikos nicht verbessert, sondern zum Teil verschlechtert haben: So hat zunächst die Zahl atypisch beschäftigter Personen³⁸ nach Daten des Statistischen Bundesamtes

**Arbeitslosigkeit sinkt 2018
auf den niedrigsten Wert seit
der Wiedervereinigung**

**Langzeitarbeitslosigkeit und
„Unterbeschäftigung“ gehen
ebenfalls zurück**

**2019: Beschäftigung nimmt
auch weiter zu**

**Atypische Beschäftigung
hat erneut zugenommen**

³⁶ Generell muss bei der Bewertung der offiziellen Arbeitslosenstatistik bedacht werden, dass sie nicht alle Personen berücksichtigt, die im engeren Sinne ohne (bezahlte) Arbeit sind. Berücksichtigt werden auch die von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Personen in „Unterbeschäftigung“ und diejenigen, die als „stille Reserve“ bezeichnet werden.

³⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2018, Kräftig einsetzende Herbstbelebung. Zudem: „Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland bleibt aufwärtsgerichtet, verliert aber an Dynamik. Für die kommenden Monate sind die Signale widersprüchlich. Auf der einen Seite konnten die Auftragseingänge zuletzt wieder zulegen, auf der anderen Seite trüben sich die Geschäftserwartungen aufgrund zunehmender Unsicherheiten ein. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Der kräftige Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzt sich fort. Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf einem hohen Niveau, hat zuletzt aber etwas nachgegeben. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind von September auf Oktober saisonbereinigt erneut gesunken. Die Vorjahreswerte werden in erheblichem Umfang unterschritten, in der Grundsicherung stärker als in der Arbeitslosenversicherung. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit geht deutlich zurück.“ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Oktober 2018, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nehmen weiter ab.

³⁸ Der Begriff der atypischen Beschäftigung umfasst nach Definition des Statistischen Bundesamtes „ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis in geringfügiger Beschäftigung, Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit), befristeter Beschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung bis zu 20 Stunden in der Woche.“ Das Normalarbeitsverhältnis als statistischer Gegenbegriff erstreckt sich damit definitorisch auf den Bereich der unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden, mit unmittelbarem Einsatz im Betrieb des Arbeitgebers (ohne Leiharbeit). Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstä-

**Die Zahl der Zeitarbeitnehmer
nimmt deutlich zu**

auch 2017 bei insgesamt weiter steigender Erwerbstätigkeit weiter zugenommen. Ihre Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 63.000 Personen (+ 0,6 Prozent; 2016: + 121.000; + 1,6 Prozent; 2015: + 28.000; + 0,4 Prozent) auf nunmehr 7,72 Millionen atypisch Beschäftigte. Dabei gingen die Zahl Teilzeitbeschäftigter (um 19.000 auf 4,79 Millionen; - 0,4 Prozent) und die Zahl befristet Beschäftigter ebenfalls leicht zurück (- 105.000 auf 2,55 Millionen; - 4,0 Prozent). Hingegen nahm die Zahl an Zeitarbeitnehmern binnen Jahresfrist deutlich zu (+ 195.000; + 27 Prozent).³⁹

**Jeder zwölfte Verbraucher ist
„mehrfach beschäftigt“**

Eine Studie der Bundesagentur für Arbeit vom Mai 2018 zeigt zudem die Größenordnung derjenigen Personen, die neben ihrer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung einen „Minijob“ als Nebenjob ausüben wollen oder aus finanziellem Mangel müssen. Demnach übte Mitte 2017 „rund jeder zwölfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich zu seiner Hauptbeschäftigung einen Minijob als Nebenjob aus.“⁴⁰ Rund 3,3 Millionen hatten in Deutschland 2017 mehr als nur eine Arbeitsstelle – sie waren „mehrfachbeschäftigt“: Mehrfachbeschäftigung tritt dabei in unterschiedlichen Kombinationen auf. So können unter anderem mehrere so-

tigen war von 1991 (12,8 Prozent) nahezu kontinuierlich auf seinen bislang höchsten Wert in den Jahren 2007 und 2010 (jeweils 22,6 Prozent) gestiegen. Aktuell liegt er bei 20,8 Prozent nach 20,7 Prozent im Jahr 2016. 2010 war ein Höchststand von 7,95 Millionen atypisch Beschäftigter erreicht worden.

Unter prekärer Beschäftigung werden nach Definition des Statistischen Bundesamts „Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und/oder geringfügige Beschäftigung“ subsumiert. Beschäftigungsverhältnisse werden als prekär bezeichnet, wenn sie nicht geeignet sind, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und deren soziale Sicherung zu gewährleisten. Die „Prekaritätsrisiken“ atypischer Beschäftigungsformen liegen nachvollziehbar auf der Hand: ein unzureichendes Einkommen, eine mangelnde soziale Sicherung und geringere Beschäftigungsstabilität und -fähigkeit.

³⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernerwerbstätige nach einzelnen Erwerbsformen, Ergebnisse des Mikrozensus, Tabellarische Darstellung vom 21.10.2018, Teilauswertung ohne Selbständige. Die Daten für Zeitarbeitnehmer sind erst ab 2006 verfügbar. Vgl. zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 318, 27.08.2018: Anteil der Normalarbeitsverhältnisse blieb 2017 stabil: „Frauen sind mit 30,5 Prozent nach wie vor wesentlich öfter atypisch beschäftigt als Männer (12,2 Prozent). Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte (6,9 Prozent), Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden (12,9 Prozent), geringfügig Beschäftigte (5,9 Prozent) sowie Beschäftigte in Zeitarbeit (2,5 Prozent). Die einzelnen Erwerbsformen der atypisch Beschäftigten lassen sich nicht zur Gesamtzahl der atypisch Beschäftigten aufsummieren, da sich die Gruppen überschneiden.“

⁴⁰ „Im Juni 2017 gab es bundesweit 2,7 Millionen Beschäftigte, die neben ihrem sozialversicherungspflichtigen Hauptjob zusätzlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgingen. Gegenüber 2003 ist ihre Zahl um 190 Prozent bzw. 1,8 Millionen Personen gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 19 Prozent bzw. 5,2 Millionen Personen auf 32,2 Millionen erhöht. Entsprechend hat sich der Anteil der hier betrachteten Gruppe von Mehrfachbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.“ – „Bei der Verbreitung von Mehrfachbeschäftigung in der hier betrachteten Form gibt es einerseits ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle, andererseits aber auch ein Süd-Nord-Gefälle.“ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Mai 2018, Arbeitsmarkt kompakt, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit geringfügig entlohntem Nebenjob.

zialversicherungsspflichtige Teilzeitbeschäftigungen miteinander kombiniert werden, genauso wie es möglich ist, gleichzeitig mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse auszuüben. Mehrfachbeschäftigung kann als eine spezielle Form prekärer Beschäftigung beschrieben werden. Sie ist in den meisten Fällen Ausdruck von Einkommensarmut, die die Betroffenen durch verschiedene, oft hintereinander organisierte (offizielle wie auch inoffizielle) Arbeitsverhältnisse zu verringern versuchen.⁴¹

**Mehrfachbeschäftigung
als spezielle Form
prekärer Beschäftigung**

Prekäre Beschäftigung und damit oft verbundene Einkommensarmut bleiben dabei gerade bei den Menschen konzentriert, die ohnehin als überdurchschnittlich überschuldungsaffin gelten können. Hierzu gehören Frauen, junge und insbesondere ältere Menschen, deren Überschuldungsquoten seit geraumer Zeit deutlich angestiegen sind.⁴² Nach einer neueren Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, leben rund 12 Prozent der Erwerbsbevölkerung oder gut vier Millionen Menschen in Deutschland dauerhaft in prekären Umständen. Sie leben demnach in einer gesellschaftlichen „Zwischenzone“. Das heißt: Sie besitzen einen „Job ohne Perspektive“, ein zu geringes Einkommen, eine mangelhafte soziale Absicherung und das über einen längeren Zeitraum, d.h. über mehrere Jahre.⁴³

**12 Prozent der
Erwerbsbevölkerung in
Deutschland lebt dauerhaft
in „prekären Verhältnissen“**

Daneben steigen für die Verbraucher in Deutschland bereits seit geraumer Zeit die Energiekosten, also die Kosten für Strom und auch für Mobilität. Eine Analyse der wohnungsnahen Kosten zeigt, dass die Energiepreise für Mobilität und Heizen in den letzten Monaten

**Energie- und Mobilitäts-
kosten steigen deutlich**

⁴¹ Eine aktuelle Analyse der „Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zeigte, dass sieben von zehn befragten Frauen angaben (70 Prozent), das „Geld zu brauchen“ – bei den Männern waren dies 53 Prozent, die angaben, auf einen Hinzuverdienst zur Altersrente angewiesen zu sein. Vgl. Kapitel 1.1.

⁴² Dies zeigt auch die fortgeführte Analyse der Erwerbstätigkeit nach Alter. So hat die Zahl (ausschließlich) geringfügig Beschäftigter, insbesondere bei älteren Menschen, weiter zugenommen. Der Zuwachs in der Gesamtgruppe (Gesamtzahl März 2018: 4,82 Millionen) der „ausschließlich geringfügig Beschäftigten“ betrug zwischen 2003 und (März) 2018 rund 1,7 Prozent. In der zusammengefassten Altersgruppe der über 65-Jährigen betrug der Anstieg allerdings rund 100 Prozent (über 60 Jahre: + 54 Prozent). Und bei den Jüngeren (unter 30 Jahre) nahm der entsprechende Anteil nur um 2,5 Prozent zu, bei den mittelalten Personen (30 bis 60 Jahre) um rund 19 Prozent ab. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen - Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Altersgruppen, gemittelte Jahreswerte, Quartalswerte, Juni 2003 bis März 2018 (neue Berechnungsgrundlagen). Bei den Analysen nach den nur „im Nebenjob geringfügig Beschäftigten nach Altersgruppen“ ist die Entwicklung der zusätzlichen Beschäftigung älterer Menschen noch deutlicher.

⁴³ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (09-2018), Existiert ein verfestigtes „Prekariat“? Prekäre Beschäftigung, ihre Gestalt und Bedeutung im Lebenslauf und die Konsequenzen für die Strukturierung sozialer Ungleichheit, Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 085, September 2018.

Höhere Heizkosten führen zu einer höheren „Mietbelastung“

die „Preistreiber“ des Verbraucherpreis-Index waren.⁴⁴ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich in Deutschland der Preisauftrieb deutlich verstärkt. Die Inflation erreichte zudem im Oktober 2018 das höchste Niveau seit zehn Jahren (+ 2,5 Prozent). Dies war die „höchste Steigerungsrate seit September 2008“.⁴⁵ Zudem wird sich die Sicherung des Lebensstandards angesichts deutlich steigender Wohn- und Mietkosten erkennbar schwieriger gestalten. Die „Mietbelastungsquoten“, gerade auch für ältere Menschen, steigen, wie der Exkurs in Kapitel 2 zeigen wird.⁴⁶

Fazit: Die Zahl überschuldeter Verbraucher wird kurz- und mittelfristig weiter steigen

Alles in allem ist für die nächsten Monate davon auszugehen, dass das Überschuldungsrisiko für die deutschen Verbraucher und somit auch die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland kurz- und mittelfristig weiter steigen werden. Der aktuelle Anstieg der Überschuldungsfälle beruht ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität. Wie die Entwicklung in der Vergangenheit gezeigt hat, ist es wahrscheinlich, dass zeitversetzt weitere zusätzliche „harte“ Überschuldungsfälle in die Statistik des SchuldnerAtlas Deutschland aufgenommen werden müssen. Vertiefende Analysen haben immer wieder gezeigt, dass die Entwicklung von Überschuldungsfällen,

⁴⁴ Dabei unterscheiden sich die Heizkosten der deutschen Verbraucher oft sehr stark. Während manche Verbraucher, die mit Erdgas heizen, in einer 70-Quadratmeter-Wohnung nur rund 520 Euro pro Jahr zahlen, müssen andere bis zu 1.110 Euro rechnen. Für den deutlichen Anstieg der Heizölpreise gibt es vielfältige, sich oft verstärkende Gründe: Rückgang der Öllieferungen aus dem Iran (aus „vorausseilendem Gehorsam“, bereits vor Beginn der zweiten Runde der US-Sanktionen im November 2018), Produktionskürzungen der Petro-Staaten, Einschränkungen der Binnenschifffahrt in Deutschland auf Grund niedriger Pegelstände wegen des außergewöhnlich trockenen Sommers, Lieferungen per LKW erhöhten Frachtkosten, starker Nachfrageanstieg nach Versuch der Ölheizungsbesitzer, die im Sommer „steigenden Ölpreise auszusitzen“, in Bayern explodierte eine Erdölraffinerie. Vgl. Süddeutsche Zeitung Online, 12.10.2018, Heizkosten, Der Winter wird richtig teuer.

⁴⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 418, 30.10.2018: Verbraucherpreise im Oktober 2018 voraussichtlich um 2,5 Prozent höher als im Oktober 2017. Im September 2008 stiegen die Verbraucherpreise um 2,8 Prozent.

„Maßgeblich beeinflusst wurde die Inflationsrate – wie in den Vormonaten – durch den Preisanstieg bei Energieprodukten. Die Energiepreise lagen im September 2018 um 7,7 Prozent höher als im September 2017. Die Teuerungsrate für Energie hat sich damit erneut erhöht (August 2018: + 6,9 Prozent). – „Im September 2018 waren insbesondere leichtes Heizöl (+ 35,6 Prozent) und Kraftstoffe (+ 13,0 Prozent) teurer als ein Jahr zuvor. Den starken Preisanstiegen bei Mineralölprodukten standen vergleichsweise moderate Preisentwicklungen bei anderen Energieprodukten gegenüber (zum Beispiel Umlagen von Zentralheizung und Fernwärme: + 2,4 Prozent; Strom: + 0,9 Prozent; Gas: - 1,5 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Preise für Energie hätte die Inflationsrate im September 2018 bei + 1,6 Prozent gelegen.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 392, 12.10.2018: Juli 2018: Verbraucherpreise September 2018: + 2,3 Prozent gegenüber September 2017 / Starke Preisanstiege bei Mineralölprodukten sorgen für höchste Inflationsrate seit knapp 7 Jahren.

⁴⁶ So zeigen Analysen, dass etwa 40 Prozent aller Haushalte in Deutschland mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen. Und fast 20 Prozent der Haushalte weisen eine Mietbelastungsquote von 40 Prozent und mehr auf, d.h. sie müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete zahlen. Da die im Verteilungsbericht verwendeten Daten aus dem Jahr 2014 stammen, dürfte sich dieses Problem inzwischen noch deutlich verschärft haben. Vgl. DGB, September 2018: DGB-Verteilungsbericht 2018, Löhne, Mieten, Steuern – Schiefelage beseitigen.

Konsumklima und privaten Konsumausgaben meist „Hand in Hand“ gehen.⁴⁷ Angesichts der globalpolitischen Lage und zunehmenden konjunkturellen Eintrübungstendenzen ist davon auszugehen, dass die seit 2012 andauernde konjunkturelle Boomphase der deutschen Wirtschaft ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Gemeinschaftsdiagnose der „Wirtschaftsweisen“ von Ende September trug jedenfalls den (prognostischen) Titel: „Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer“. Zudem mahnten die Autoren, dass sich die derzeitige Verschuldung der Verbraucher in Deutschland angesichts der finanzpolitischen Rahmenbedingungen als zu hoch erweisen könnte: „Auch das Niveau der privaten Verschuldung könnte sich als problematisch erweisen, wenn die Finanzierungskosten in der Zukunft wie zu erwarten wieder spürbar steigen.“⁴⁸

Die Entwicklung von Konsumklima, privaten Konsumausgaben und Überschuldung gehen „Hand in Hand“

*„Wirtschaftsweisen“:
„Das Niveau der privaten Verschuldung könnte sich als problematisch erweisen“*

⁴⁷ So hat nach Angaben des Bankenfachverbands resp. der Deutschen Bundesbank die Höhe der Konsumentenkredite (2017: 238 Milliarden Euro; + 2,9 Prozent) wieder merklich zugenommen. Allerdings zeigen wiederum die aktuellen umfragegestützten Daten des Bankenfachverband e.V. (Oktober 2018), dass in diesem Jahr weiterhin viele vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche mit Hilfe von Konsumkrediten realisiert werden. Allerdings ist der Trend zum vierten Mal in Folge leicht rückläufig. Sowohl Finanzierungen (32 Prozent; - 4 Punkte) als auch die Nutzung von Ratenkrediten (24 Prozent; - 3 Punkte) haben weiter abgenommen. Berücksichtigt man bei der Entwicklung der Ratenkredite allerdings die Zahlen der Deutschen Bundesbank, so ist allerdings das Volumen der Ratenkredite von 160,5 Milliarden im Jahr 2016 auf 168,9 Milliarden Euro im Jahr 2017 (Jahreswerte) wiederum um rund fünf Prozent gestiegen. Und auch für 2018 ist der Ausblick optimistisch: „Im ersten Halbjahr haben die Kreditbanken ihre Finanzierungen weiter ausgebaut. Sie vergaben neue Kredite im Wert von 77,3 Milliarden Euro an Verbraucher und Unternehmen. Das waren 4,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Grund ist vor allem der Zuwachs an Kfz-Krediten.“ Pressemitteilung des Bankenfachverbands zu den Halbjahreszahlen 2018 vom 22.08.2018.

⁴⁸ „In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Gesamtverschuldung in den vergangenen Jahren zwar kaum gestiegen, der Schuldenstand der öffentlichen Hand hat aber in der Großen Rezession stark zugenommen. Dadurch ist im Fall einer Rezession der finanzpolitische Spielraum für konjunkturstimulierende Maßnahmen eingeschränkt. Würde in einer Rezession sogar die staatliche Solvenz in Frage gestellt werden, müsste die Finanzpolitik im Abschwung konsolidieren, um das Vertrauen der Anleger wiederzugewinnen, und würde dadurch die Krise noch verstärken. Auch das Niveau der privaten Verschuldung könnte sich als problematisch erweisen, wenn die Finanzierungskosten in der Zukunft wie zu erwarten wieder spürbar steigen.“ Vgl. DIW, 27.09.2018, Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2018: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer, S. 22.

■ 2 Exkurs: Die Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland

Das Thema Miet- und Immobilienpreise ist in aller Munde

*Aktuelle Schlüsselbegriffe:
„Mietpreisbremse“ /
„Baukindergeld“*

*Einkommen und Wohnkosten
haben sich „entkoppelt“*

Das Thema Miet- und Immobilienpreise ist in Deutschland seit geraumer Zeit in aller Munde. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über zu hohe Mietpreise, steigende Kaufpreise für Immobilien und über eine Zunahme der Wohnungsnot berichtet wird. Das Thema steigender Miet- und Immobilienpreise und die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum sind zum Wahlkampfthema geworden. Die Begriffe „Mietpreisbremse“ und „Baukindergeld“ sind Gemeingut geworden. Auch der „große Wohnungsgipfel“, den die Bundesregierung im September 2018 im Kanzleramt anberaumt hatte, zeigt die zunehmende Bedeutung dieses Themenfeldes bei Verbrauchern, in Gesellschaft und Politik.⁴⁹

Der Grund: Das Preisniveau für Mietwohnungen und Eigenheime hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, vor allem in den Städten und Ballungszentren. Zudem hat sich die Entwicklung von Einkommen und Wohnkosten in vielen strukturstarken Regionen entkoppelt. Während die Kaufkraft nur noch langsam steigt, legen die Kosten für Mieten und Immobilien in vielen Regionen Deutschlands deutlich zu. Nach einer Untersuchung des Internetportals Immobilienscout 24 liegt der Wohnkostenanteil pro Haushalt in 36 von 418 deutschen Städten und Landkreisen schon bei durchschnittlich 20 Prozent und mehr. Berücksichtigt man zudem die Nebenkosten in Höhe von 10 bis 15 Prozent, wird in diesen Regionen etwa ein Drittel des Haushaltseinkommens nur für den Bereich „Wohnen“ bezahlt.⁵⁰ Die

⁴⁹ Für Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, sind die Mietpreise der „Sprengstoff der Gesellschaft“: „Die Mietpreise sind heute das, was früher die Brotpreise waren. Eine Maurerfamilie in Berlin musste vor zweihundert Jahren mehr als 72 Prozent des Familieneinkommens für Ernährung ausgeben, davon die Hälfte für Brot. Noch vor fünfzig, sechzig Jahren gab ein deutscher Haushalt etwa die Hälfte seines Budgets für Lebensmittel aus; heute sind es zwölf Prozent. Nahrungsmittel sind unglaublich billig geworden. Die Wohnungsmiete dagegen ist zum Teil unglaublich teuer geworden. Für Miete gibt ein Durchschnittshaushalt in Deutschland etwa doppelt so viel Geld aus wie für Ernährung, oft noch sehr viel mehr. Die Miete frisst die Familieneinkommen auf. Die Mietpreise werden damit zum Sprengstoff der Gesellschaft. Weil gut 53 Prozent der Menschen hierzulande zur Miete wohnen, ergibt sich daraus die ungeheuer große Bedeutung des Mietrechts – und des Gipfels der Bundesregierung zur Wohnungsnot.“ Vgl. Süddeutsche Online, 20.09.2018, Wohnen, Mietpreise sind der Sprengstoff der Gesellschaft.

⁵⁰ Anmerkung: Diese Berechnungen beziehen nur die Daten zu Neuvermietungen ein, sie gelten daher nur diejenigen Verbraucher, die umziehen wollen oder müssen. Wer einen alten, günstigen und unbefristeten Mietvertrag oder seine Immobilie in günstigeren Zeiten erworben hat, lebt demnach deutlich günstiger. Wer weniger

Wohnkosten liegen für viele Haushalte am oberen Rand der so genannten Mietbelastungsquote. Eine Mietbelastungsquote oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens gilt bei Immobilienexperten, Wohnraumforschern und Sozialwissenschaftlern als problematisch, weil dann nur noch relativ wenig Geld zur sonstigen Lebensführung zur Verfügung bleibt, insbesondere bei Menschen mit kleineren Einkommen. Bereits im Jahr 2013 reichten die Mietbelastungsquoten in Deutschland nach einer Analyse des DIW von 17,8 Prozent bei den obersten zehn Prozent der Einkommen bis hin zu 37,6 Prozent der untersten zehn Prozent der Einkommen. Den Höchstwert erreichten alleinstehende Arbeitslose mit 37,6 Prozent, gefolgt von alleinerziehenden Arbeitslosen (39,4 Prozent). Es ist davon auszugehen, dass diese Werte aktuell deutlich höher liegen.⁵¹

**„Mietbelastungsquote“
erreichte bereits 2013 rund
38 Prozent**

Die Analysen zeigen, dass Wohnen in Süddeutschland besonders teuer ist. So liegen Bayern und Baden-Württemberg vorne, wenn man sich den Anstieg der Kosten zwischen 2013 und 2018 ansieht. Aber auch in mittelgroßen Städten in ganz Deutschland zieht das Preisniveau seit Jahren deutlich an. Zudem zeigen weitere Studien, dass die Höhe der Kreditsummen bei Erstfinanzierungen beim Kauf von Immobilien weiter steigen und für Normalverdiener und vor allem für junge Familien kaum mehr zu finanzieren sind. Dennoch sind Immobilienkäufer jünger als vor zehn Jahren. Das Durchschnittsalter eines Immobilienkäufers lag 2007 bei rund 50 Jahren, 2017 bei nur noch 41 Jahren.⁵²

**Wohnen ist in
Süddeutschland
besonders teuer**

**Die Höhe der Kreditsummen
bei Erstfinanzierungen beim
Kauf von Immobilien steigen
weiter**

verdient als der Durchschnitt, zahlt dagegen möglicherweise einen deutlich höheren Anteil seines Einkommens für seine Wohnung.

⁵¹ Jüngere Personen (bis 24 Jahre: 28,2 Prozent) waren deutlich stärker belastet als „mittelalte“ Personen (45 bis 54 Jahre: 22,2 Prozent) oder auch ältere Personen (über 75 Jahre: 23,3 Prozent). Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2018, Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab, S. 181-193.

⁵² Die Deutschen nehmen nach Angaben eines Finanzierungsvermittlers aus Hamburg derzeit häufiger höhere Kredite auf, um den Bau oder Kauf von Immobilien zu finanzieren. Die durchschnittliche Kreditsumme bei Erstfinanzierungen stieg von rund 257.800 Euro im Jahr 2016 auf rund 272.500 Euro im Jahr 2017 (+ 5,7 Prozent). Die Daten für 2017 basieren auf etwa 90.000 Erstfinanzierungen. Die Kreditsummen waren 2017 in Hamburg wie bereits 2016 am höchsten (353.000 Euro; + 12.000 Euro; + 3,5 Prozent). Da die die Hypothekenzinsen weiterhin auf historisch niedrigem Niveau liegen, sind diese Summen für Normalverdiener und vor allem für junge Familien kaum mehr zu finanzieren. Im Ranking folgen die (westlichen) Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Berlin. Die niedrigsten Kredite wurden in den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt aufgenommen. In allen Bundesländern stiegen die Durchschnittssummen im Vergleich zum Vorjahr an. In Sachsen-Anhalt lag die durchschnittliche Kreditsumme mit knapp 192.000 Euro dabei fast zehn Prozent höher als im Vorjahr, aber deutlich unter dem Durchschnitt. Zudem zeigt sich: Immobilienkäufer sind jünger als vor zehn Jahren. Das Durchschnittsalter eines Immobilienkäufers lag 2007 bei rund 50 Jahren, 2017 bei nur noch 41 Jahren. Der Trend wird durch die anhaltende Niedrigzinsphase und dem dadurch ausgelösten Boom beim Immobilienkauf erklärt, an dem auch immer mehr jüngere Menschen teilhaben wollen. Vgl. Spiegel

Wohnungsnot bei auch bei Studierenden groß

Die so genannte Mietbelastungsquote bei Studierenden liegt oft bei rund 35 Prozent

Wohnheime des Deutschen Studentenwerks: „Andrang wie noch nie“

Mietniveau von „Studentenbuden“ ist deutlich gestiegen

Die Wohnungsnot findet in vielen Städten, besonders aber in begehrten Universitätsstädten, im Herbst ihren Höhepunkt. Ein Grund: Auch die Zahl der Studierenden in Deutschland ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Studierten in Deutschland im Wintersemester 2010 / 2011 2,22 Millionen Menschen, waren es im letzten Wintersemester 2017 / 2018 bereits 2,84 Millionen (+ 28 Prozent). Studierende in Deutschland leben im Durchschnitt von 918 Euro im Monat, davon entfallen rund 320 Euro für die Miete. Ihre Mietbelastungsquote beträgt somit rund 35 Prozent.⁵³

Die Wohnheime des Deutschen Studentenwerks (DSW) berichten in diesem Jahr von einem Andrang, wie es ihn zum Teil noch nie gab. Allein in zwölf Hochschulstädten stehen nach Angaben des DSW noch 30.000 Studenten auf den Wartelisten für Wohnheimplätze. Am dramatischsten ist die Situation in München. Mehr als 11.200 Studenten warteten hier Anfang Oktober auf ein Zimmer im Wohnheim – Tendenz weiter steigend. So ist das Mietniveau von „Studentenbuden“ in deutschen Universitätsstädten nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) deutlich gestiegen.⁵⁴ Vermieter bitten die Studierenden in Einzelfällen um eine „Einzugsprämie“ – ohne Quittung. Zudem reicht oft – und dies hat langfristig negative und nachhaltige Auswirkungen –

Online, 30.08.2018, Auswertung zu Immobilienkrediten, Haus- und Wohnungskäufer müssen sich immer mehr Geld leihen. Die genannten Informationen liegen Spiegel-Online „exklusiv“ vor.

⁵³ Die Einnahmen von Studierenden setzen sich nach Angaben der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2017 ganz unterschiedlich zusammen: 86 Prozent erhalten eine finanzielle Unterstützung von den Eltern. Sie zahlen ihren Kindern durchschnittlich 541 Euro im Monat. Sechs von zehn Studierenden (61 Prozent) arbeiten allerdings auch. Mit ihren Nebenjobs nehmen sie durchschnittlich 385 Euro im Monat ein – etwa 85 Euro mehr als noch vier Jahre zuvor (+ 28 Prozent). Zudem erhält fast jeder fünfte Student auch von anderen Verwandten einen Zuschuss für Universität oder Hochschule. Etwa jeder fünfte Studierende (18 Prozent) finanziert sich außerdem mit Erspartem, mit Stipendien, Krediten, durch den Partner oder erhalten Waisenrente. „Der weitaus größte Teil der Studierenden [...] erhält finanzielle Unterstützung von den Eltern (2016: 86 Prozent, 2012: 88 Prozent). Danach leisten die Eltern durchschnittlich 541 Euro im Monat (2012: 481 €) in Form barer (2016: 407 €, 2012: 358 €) und/oder unbarer Zuwendungen (2016: 309 €, 2012: 251 €), also entweder als finanziellen Zuschuss, den sie ihren studierenden Kindern als direkte Geldleistung zukommen lassen, oder aber als indirekte Leistung, die sie anstelle des Kindes bezahlen (z. B. Mietzahlungen an den/die Vermieter(in)).“ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Juni 2017), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016, 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

⁵⁴ Auf der Berechnungsgrundlage einer Musterwohnung haben sich die entsprechenden Mietpreise zwischen 2010 und dem 1. Halbjahr 2018 besonders stark in Berlin (von 256 auf 385 Euro; + 50 Prozent), in München (von 444 auf 634 Euro; + 43 Prozent) und in Göttingen (von 297 auf 389 Euro; + 32 Prozent) erhöht. Danach folgen Bamberg (von 270 auf 351 Euro; + 30 Prozent), Frankfurt am Main (von 393 auf 499 Euro) und Hamburg (von 337 auf 427 Euro; beide + 27 Prozent). Vgl. IW-Studentenwohnpreisindex 2018, Mietpreisunterschiede zwischen Hochschulstandorten weiten sich, 08.10.2018.

das BAföG der Studierenden nicht aus, um ein passendes Studienzimmer oder eine kleine Wohnung zu finden.

Von 2,8 Millionen Studenten in Deutschland erhalten laut dem Statistischen Bundesamt rund 557.000 BAföG, durchschnittlich rund 500 Euro im Monat. Die so genannte BAföG-Pauschale für die Miete liegt mit derzeit 250 Euro so niedrig, dass Studierende kaum auskommen. In den oft nochmals teureren „Studierendenhochburgen“, also in München oder Berlin, Köln oder Hamburg liegen die Wohnkosten nochmals deutlich höher. Die Folge: Die Finanzierung des Studiums ist dadurch für viele Studierende noch einmal erheblich schwieriger, sie müssen zusätzlich arbeiten gehen, mit der langfristigen Folge, dass das Studium oft länger dauert als geplant. Die dadurch entstehenden Mehrkosten und Schulden begleiten die Studierenden auch nach Ende des Studiums und erschweren Berufsstart oder eine mögliche Selbständigkeit. Allerdings sind viele Wohnungen für Studierende nur schwer erschwinglich, nicht, weil die Mieten so hoch sind, sondern weil das zur Verfügung stehende Einkommen der Studierenden so gering ist.

Eine Analyse der Kostenentwicklung für Wohnhäuser und Wohnungen in Deutschland für den Gesamtzeitraum März 2007 bis Juni 2018 zeigt drei unterschiedlich dynamische Zeiträume, wie eine idealtypische Zusammenstellung des Immobilienindex des Internetportals Immobilienscout 24 ergibt. So hat sich das Preisniveau des Gesamtwohnungsmarktes zwischen März 2007 und Juni 2010 nur leicht um rund drei Punkte erhöht. In der zweiten Phase (Juni 2010 bis Juni 2014) beschleunigte sich die Preisentwicklung, das Preisniveau stieg um weitere 20 Punkte. Zwischen Juni 2014 und Juni 2018 verdoppelte sich die Entwicklung der Preise für Wohnhäuser und Wohnungen in Deutschland nochmals um rund 42 Indexpunkte.

Alles in allem kann man von einem deutlichen bis drastischen Anstieg der Wohnkosten für große Teile der Verbraucher in Deutschland ausgehen, die zu einer immer stärkeren Belastung des zur Verfügung stehenden

557.000 Studierende erhalten BAföG

Mietbelastung führt oft zu verlängertem Studium, Mehrkosten und Schulden

Kostenentwicklung von Wohnhäusern und Wohnungen in Deutschland

Deutlicher bis drastischer Anstieg der Wohnkosten für große Teile der Verbraucher in Deutschland

**Aktuell: „starker
Preisanstieg in Klein-
und Mittelstädten“**

Haushaltseinkommens der Verbraucher geworden ist. Binnen zehn Jahren stiegen die Preise für Wohnhäuser um rund 43 Indexpunkte, für Neubauwohnungen um 86 Punkte, für Bestandswohnungen um 93 Punkte und die Preise für Mietwohnungen um immerhin noch 38 Punkte (s. folgende Tabelle). Zudem stellte eine aktuelle Studie des Immobilienverband IVD vom Oktober 2018 fest, dass die Mietpreise in den letzten Monaten „auf dem Niveau des Vorjahres“ angestiegen sind. Demnach steige die „Preisdynamik für mittlere Wohnwerte, für gute Wohnwerte fällt sie“. Allerdings finde sich nun ein „starker Preisanstieg in Klein- und Mittelstädten“. Hier seien offensichtlich „deutliche Nachholeffekte zu beobachten“.⁵⁵

Tab. 8.: Die Entwicklung des Preisniveaus von Wohnhäusern und Wohnungen in Deutschland 2007 bis 2018

■	Zeitraum	Wohnhäuser*	Wohnungen**			Mittelwert
			Neubau	Bestand	Miete	
Phase 1: 2007 bis 2010	März 2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100
	Juni 2010	96,8	108,8	99,8	106,4	103,0
	Abw.	- 3,2	+ 8,8	- 0,2	+ 6,4	+ 3,0
Phase 2: 2010 bis 2014	Juni 2010	96,8	108,8	99,8	106,4	103,0
	Juni 2014	110,8	139,0	123,7	119,9	123,4
	Abw.	+ 14,0	+ 30,2	+ 23,9	+ 13,5	+ 20,4
Phase 3: 2014 bis 2018	Juni 2014	110,8	139,0	123,7	119,9	123,4
	Juni 2018	142,8	185,9	193,1	138,0	165,0
	Abw.	+ 32,0	+ 46,9	+ 69,4	+ 18,1	+ 41,6
Gesamt	Abw.	+ 42,8	+ 85,9	+ 93,1	+ 38,0	+ 65,0

* Der Immobilienindex für Doppel-, Reihen- und Einfamilienhäuser, unterschieden in Neubau (Fertigstellung maximal ein Jahr vor Indexerstellung) und Bestand.

** Der Immobilienindex für Eigentumswohnungen, unterschieden in Neubau (Fertigstellung maximal ein Jahr vor Indexerstellung) und Bestand sowie Mietwohnungen.

Quelle: ImmobilienScout 24, IMX - Der Immobilienindex von ImmobilienScout; vgl. IMX, Juni 2018, Die positive Immobilienkonjunktur setzt sich auch in 2018 fort.

**Wohnen als
Überschuldungs-
und Armutsrisiko**

Die genannten Entwicklungen zeigen: Wohnen ist zumindest in deutschen Großstädten zum Armutsrisiko, in jedem Fall zum Überschuldungsrisiko geworden. Der Grund: Die Mietbelastungsquote liegt bei vielen Mietern bei über 50 Prozent, d.h. sie geben mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aus. Die Mietbelastungsquote liegt nach Meinung von Experten

⁵⁵ Vgl. Immobilienverband IVD, 10/2018, Bundesweiter Mietpreisanstieg auf dem Niveau des Vorjahres, nachlassende Preisdynamik im gehobenen Segment.

in jedem Fall im „kritischen Bereich“ oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Es bleibt dann nur noch relativ wenig Geld zur sonstigen Lebensführung zur Verfügung, insbesondere bei Menschen mit kleinerem Einkommen. Bereits im Herbst letzten Jahres zeigte eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung auf, dass rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben müssen, um die Bruttokaltmiete bezahlen zu können. Das entsprach rund 5,6 Millionen Haushalten, in denen etwa 8,6 Millionen Menschen leben. Für etwa 1,3 Millionen Haushalte in deutschen Großstädten liegt demnach das Resteinkommen nach Abzug der Miete sogar unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze.⁵⁶

Problematisch ist eine Mietbelastungsquote oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens

Auffälligerweise liegen Mietschulden im Ranking der häufigsten Schuldenarten weiterhin nur auf Rang neun der Überschuldungstatistik des Statistischen Bundesamtes. Und dies, obwohl bei überschuldeten Personen die Kosten für die Wohnung einschließlich Energie- und Nebenkosten mit durchschnittlich 482 Euro 38 Prozent ausmachen (2017). Unter Berücksichtigung des ausschließlich eigenen Einkommens des Schuldners von durchschnittlich 1.053 Euro, machten die Wohnkosten sogar 46 Prozent aus. 2015 hatten die Wohnkosten im Vergleich zum Haushaltseinkommen für die Gesamtbevölkerung lediglich rund 27 Prozent betragen. Der Grund für die hohe Priorität der Begleichung von Mietschulden: Die Nichtzahlung von Mietkosten hat für den Mieter meist harte Folgen. Mietkosten werden selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen.⁵⁷

Mietschulden haben bei überschuldeten Personen „höchste Priorität“

⁵⁶ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2017, S. 31 sowie Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, September 2017, Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten, Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“. Zudem: Sozialverband Deutschland e. V. (2018), Wohnverhältnisse in Deutschland, Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut, Kurzgutachten: „Nicht nur kleine Haushalte sind von steigender Miete und mangelndem bezahlbarem Wohnraum betroffen, sondern auch große Haushalte, wenn nicht eine Mietbelastungsquote von 30 Prozent, sondern die Mindestwohnfläche nach Meyer-Ehler als Indikator gewählt wird. Demnach fehlen erschwingliche Wohnungen auch für größere Haushalte.“

⁵⁷ Allerdings stellte eine (englischsprachige) Analyse von Wissenschaftlern des University College in London sowie der Humboldt-Universität in Berlin fest, dass die aktuellen Mietpreisanstiege wohl vor allem Menschen niedrigerer Einkommenschichten treffen, denn diese dürften sich im Schnitt auch häufiger in Immobilien mit geringerem oder mittlerem Wohnwert eingemietet haben. Bei der Langzeitanalyse (1993 bis 2013) stieg der Anteil der Wohnausgaben am Haushaltseinkommen bei den 20 Prozent der Bevölkerung, die über die geringsten Einkommen verfügen („unterstes Einkommensquintil“) von 27 Prozent im Jahr 1993 auf 39 Prozent im Jahr 2013. Gleichzeitig fiel dieser Anteil jedoch für die Personengruppe mit den höchsten Einkommen („oberstes Einkommensquintil“), also für die obersten 20 Prozent in Deutschland, von 16 Prozent auf 14 Prozent. Vgl. Centre of Research & Analysis of Migration, Oktober 2018, Housing Expenditures and Income Inequality, Discussion Paper Series.

**Hans-Böckler-Stiftung:
1,9 Millionen bezahlbare
Wohnungen fehlen**

**Versorgungslücke wächst
trotz stärkerer Bautätigkeit**

**Mangel an bezahlbarem
Wohnraum: Berlin vor Ham-
burg, Köln und München**

Eine neuere Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom April 2018 zeigt auf, dass in 77 deutschen Großstädten gut 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen fehlen, darunter etwa 1,4 Millionen günstige Apartments, die mit unter 45 Quadratmetern Größe für Einpersonenhaushalte geeignet sind. Die Studie untersuchte dabei die „soziale Versorgungslücke“ zwischen Einkommen und Wohnungsgröße. Die Forscher gehen davon aus, dass die Versorgungslücke trotz stärkerer Bautätigkeit derzeit weiterwachsen werde. Der Grund: Die Angebotsmieten sind bei Neuvermietung in fast allen Großstädten höher als die Bestandsmieten. Dies biete „keinen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Wohnungsversorgung in den Großstädten“.⁵⁸

Ein besonders großer Mangel besteht demnach, gemessen an den finanziellen Möglichkeiten der lokalen Bevölkerung an bezahlbarem Wohnraum, einerseits in einwohnerstarken Städten mit vielen Niedrigverdienern (etwa Berlin, Leipzig, Dresden), andererseits in Großstädten mit hohem Mietniveau (z.B. München, Stuttgart, Düsseldorf). So fehlen in Berlin mit rund 310.000 bundesweit die meisten bezahlbaren Wohnungen: „Es folgen Hamburg mit einer Lücke von 150.000, Köln mit 86.000 und München mit 78.000 Wohnungen. Doch selbst in Städten mit relativ kleinen Versorgungslücken wie Moers, Wolfsburg, Koblenz oder Ulm überschreitet der Bedarf an günstigen Wohnungen das Angebot jeweils um mehrere Tausend. Nach Bundesländern ist das Defizit im bevölkerungsstärksten Land Nordrhein-Westfalen mit 550.000 Wohnungen am größten, gefolgt von Berlin, Bayern (jeweils rund 192.000), Baden-Württemberg (rund 156.000), Niedersachsen (110.000) und Sachsen (105.000).“⁵⁹

⁵⁸ 1979 hatte das Land Nordrhein-Westfalen noch 1,6 Millionen Sozialwohnungen. Bis 2017 war die Zahl mit rund 461.000 Sozialwohnungen auf weniger als ein Drittel des damaligen Höchststandes geschrumpft. Beim jüngsten „Wohn-Gipfel“ von Politik und Wirtschaft versprach Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den Ländern bis 2021 mindestens fünf Milliarden Euro für über 100.000 neue Sozialwohnungen. Das Bauministerium in NRW rechnet mit mindestens 20 Prozent davon für NRW. Laut einer Modellrechnung der NRW.Bank von 2016 braucht alleine das bevölkerungsreichste Bundesland jährlich rund 80.000 neue Wohnungen.

⁵⁹ Die neue Studie befasst sich mit dem „harten Kern“ der aktuellen Wohnungsnot. Dazu untersuchten sie die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot, die sich im vorhandenen Wohnungsbestand auch theoretisch nicht schließen ließe, indem man etwa alle Haushalte in einer Stadt zu einem Stichtag in die in puncto Größe und Miethöhe für sie am ehesten passende Wohnung umziehen ließe. Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (04-2018), Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße, April 2018 (Working Paper Forschungsförderung, Nr. 063).

Zudem zeigt eine ebenfalls von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützte Untersuchung vom September 2018, dass die drei vom Staat meist genutzten Instrumente, Wohngeld, finanzielle Förderung von Sozialwohnungen und die Mietpreisbremse, mit denen versucht wird, Wohnen auch für Menschen mit geringerem Einkommen bezahlbar zu machen, nur begrenzt ihre Ziele erreichen.⁶⁰ Zudem schätzt auch die Deutsche Bundesbank, dass in einigen deutschen Großstädten die Preise um bis zu 35 Prozent zu hoch liegen. Aber: Es gebe keine Anzeichen einer Überschuldung, denn Immobilienkäufer in Deutschland stecken nach wie vor zehn bis zwanzig Prozent Eigenkapital in die Finanzierung – vereinzelt sei aber davon auszugehen, dass Käufer ihre Immobilie voll finanzieren.⁶¹ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung relativiert ebenfalls. Aber für die großen Städte in Deutschland habe das DIW „ein Muster gefunden, das darauf hindeutet, dass dort Spekulation stattfindet“. Bundesweit sei die Lage jedoch entspannter: „Gegen eine landesweite spekulative Übertreibung spricht vor allem, dass die Verschuldung der Haushalte in Deutschland noch relativ gering ist“.⁶²

Auch andere Immobilienexperten schränken ein, dass die Nachfrage zwar hoch sei, aber eben nicht nur „auf

Wohngeld, finanzielle Förderung von Sozialwohnungen und Mietpreisbremse erreichen nur begrenzt ihre Ziele

Deutsche Bundesbank: In einigen deutschen Großstädten liegen die Preise um bis zu 35 Prozent zu hoch

DIW: Verschuldung der Haushalte in Deutschland ist „noch relativ gering“...

⁶⁰ So ist die Förderung von Sozialwohnungen grundsätzlich wirksam, um eine bezahlbare Wohnraumversorgung zu erreichen, schließlich erhöht dieses Instrument direkt das Wohnraumangebot. Als problematisch sehen die Forscher die Befristungen der Förderprogramme an, weil sie dem Aufbau eines dauerhaft leistbaren Wohnungsbestandes entgegenstehen. Zudem ist das aktuelle Fördervolumen nach gut zwei Jahrzehnten Flaute im öffentlichen Wohnungsbau viel zu niedrig. In den zehn größten deutschen Städten, in denen die Wohnungsnot besonders ausgeprägt ist, würde es beispielsweise beim aktuellen Förderumfang rund 185 Jahre dauern, um die aktuelle Lücke an günstigen Wohnungen zu schließen. Die Mietpreisbremse wiederum ist bislang durch zahlreiche Ausnahmen und praktische Defizite in ihrer Wirkung beschränkt. Würde sie konsequent angewandt und kontrolliert, müssten Vermieter im Durchschnitt der 44 Großstädte mit Mietpreisbremse ihre Aufschläge bei Neuvermietung um 17 Prozent reduzieren. Damit könnte sie immerhin für viele Mittelschichthaushalte eine spürbare Entlastung bringen. Am wenigsten soziale Wirkung attestieren die Wissenschaftler dem Wohngeld: Es erreicht nur relativ wenige Haushalte, die zudem oft trotzdem noch eine prekär hohe Mietbelastungsquote aufweisen. Zudem hat es keine direkte dämpfende Wirkung auf die Mietentwicklung. Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (09-2018), Wem nutzen wohnungspolitische Maßnahmen? Wie wirken Mietpreisbremse, Sozialer Wohnungsbau, Wohngeld?, Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 93, September 2018.

⁶¹ „Insgesamt übertraf die erhöhte Preisdynamik bei Wohnimmobilien wohl auch im vergangenen Jahr diejenige Rate, die durch demografische und wirtschaftliche Fundamentalfaktoren angezeigt wäre. Die Preisübertreibungen in den Städten insgesamt betragen gemäß aktuellen Schätzergebnissen im Jahr 2017 zwischen 15 Prozent und 30 Prozent. In Großstädten, in denen bereits zuvor beträchtliche Überbewertungen gemessen wurden, dürften die Preisabweichungen nochmals zugenommen haben und mittlerweile bei 35 Prozent liegen. Weitere Standardindikatoren zur Beurteilung der Preisentwicklung bei Wohnimmobilien legen ebenfalls nahe, dass sich insbesondere in den Städten die Preise relativ zu ihren fundamentalen Bestimmungsfaktoren weiter erhöht haben.“ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2018, 70. Jahrgang, Nr. 2, Konjunktur in Deutschland, hier: Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2017, S. 52ff.

⁶² Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 30-31/2018, Anzeichen für neue Immobilienpreisblase in einigen OECD-Ländern – Gefahr in Deutschland geringer, S. 657-668.

**... aber die Immobilienpreise
sind stärker gestiegen als
Löhne und Einkommen**

**Niedrigzinsphase erhöht
das Risiko, sich höher
zu verschulden**

**Langfristige und zeitverzö-
gerte Nachwirkungen
nach einer „Zinswende“**

**Nähert sich der
Immobilienboom dem Ende?**

**Die durch hohe Wohnkosten
induzierte Überschuldungs-
dynamik entfaltet sich zeit-
verzögert und mittelfristig**

Pump“ gebaut werde. Die Bonität der Kreditnehmer wird aber in der Gesamtheit als gut bewertet, so auch die Deutsche Bundesbank. Allerdings sehen Experten mit Sorge, dass die Immobilienpreise stärker gestiegen sind als Löhne und Einkommen. Auch die Entwicklung von Mieten und Kaufpreisen gehe auseinander. Die Kaufpreise seien seit dem Jahr 2010 um ein Fünftel stärker gestiegen als die Mieten. Zudem bergen die weiterhin sehr niedrigen Zinsen Risiken für die mittel- und langfristige Entwicklung. Da viele deutsche Verbraucher nicht wissen, wie sie ihr Geld anlegen sollen, investieren sie es lieber in Immobilien („Betongold“). Zudem ist die Gefahr hoch, dass die Käufer sich wegen der niedrigen Zinsen höher verschulden als sie das zu Zeiten mit höheren Zinsen getan hätten. Eine Zinswende auf ein höheres Niveau hätte dann fatale Folgen. Eine mögliche Umschuldung nach dem Auslaufen des ersten Kredits treibt die monatlichen Kreditkosten in die Höhe. Für viele Verbraucher erschwert sich so die Kreditrückzahlung möglicherweise deutlich. Da die meisten Käufer für ihre Kredite aber wegen der niedrigen Zinsen lange Laufzeiten gewählt haben, werden sich die Nachwirkungen einer Zinswende erst verzögert auswirken.

Dennoch zeichnete sich auch bis Mitte 2018 nach Angaben der Immobilienwirtschaft kein Ende der „positiven Immobilienkonjunktur“ ab. Mittlerweile wurden erste Anzeichen für eine langsame Trendabschwächung des „Superzyklus“ bemerkt⁶³, möglicherweise nähert sich der Immobilienboom seinem Ende.⁶⁴ Allerdings wird sich die skizzierte, durch hohe Wohnkosten induzierte Überschuldungsdynamik trotz Rückgang von Immobilien- und Mietpreisen erst zeitverzögert und mittelfristig entfalten. Verschlechtert sich zudem die konjunkturelle Lage, was angesichts der globalen Rahmenbedingungen und des konjunkturellen Zyklus zu erwarten ist, wird die Zahl der Überschuldungsfälle in näherer Zukunft merklich ansteigen.

⁶³ Vgl. IMX, Juni 2018, Die positive Immobilienkonjunktur setzt sich auch in 2018 fort (Immobilienindex von ImmobilienScout24).

⁶⁴ Viele Investoren auf dem internationalen Immobilienmarkt nehmen inzwischen lieber niedrigere Renditen als höhere Risiken in Kauf, wie die Manager von vier großen Gesellschaften zum Auftakt der Immobilienmesse Expo Real in München sagten. Vgl. manager magazin, 08.10.2018, Großinvestoren sehen Ende von Europas Immobilienboom.

■ 3 Sonderthema: Eine sozialräumliche Strukturanalyse überschuldungsaffiner Indikatoren

3.1 Ansatz und Zielsetzung

Das vorliegende Sonderthema⁶⁵ basiert auf einer noch unveröffentlichten Datenanalyse und vertieft die Standardauswertungen zur sozialräumlichen Verteilung der Überschuldungsdaten durch die Verknüpfung weiterer themennaher Indikatoren, um hierdurch die Überschuldungssituation besser beurteilen zu können. Die Daten zeigen vereinfachte Strukturprofile zur höchst unterschiedlichen Überschuldungslage der Verbraucher in den 16 Bundesländern in Deutschland, um damit auch die Unterschiedlichkeit der spezifischen „Lage vor Ort“ und ihres Überschuldungsniveaus besser einordnen zu können. Die Auswertung versteht sich als (rückblickende) Momentaufnahme der Überschuldungslage in Deutschland im vergangenen Jahr (2017). Die Analyse hat Pilotcharakter und kann noch keine umfassenden Ergebnisse vorweisen.

Hierbei ist zu beachten, dass bei dieser Untersuchungsanlage nicht von Kausalitäten ausgegangen werden kann, sondern von Beziehungsverhältnissen, wobei nur auf Grundlage von Plausibilitätserwägungen und anderer (qualitativer) Untersuchungen auf die Wirkungskette „Ursache – Folge“ geschlossen werden kann. So kann zum Beispiel aus der Korrelation „Überschuldung – Arbeitslosigkeit“ oder „Überschuldung – Bildungsstand / Wohnlage“ nicht zwischen Ursache und Wirkung bei den zu Grunde liegenden Personengruppen unterschieden werden. Überschuldung kann somit sowohl Ursache als auch Folge von Arbeitslosigkeit oder geringer Bildung oder schlechter Wohnverhältnisse sein.⁶⁶

Vertiefung der Standardauswertungen

Analyse mit „Pilotcharakter“

Korrelation und Beziehungsverhältnisse

⁶⁵ Das Thema Überschuldung wird seit 2009 aus verschiedenen Perspektiven interdisziplinär aufgegriffen und in Form eines Gastbeitrages durch Fachwissenschaftler oder in Form einer Sonderauswertung vertieft: 2009: Armut und Überschuldung; 2010: Überschuldung und defizitäre Gesundheit; 2011: Junge Überschuldung und Finanzkompetenz; 2012: Einkommenspolarisierung und Überschuldung in Deutschland; 2013: Das „Arbeitsinstrument“ SchuldnerAtlas und seine „Funktion als sozioökonomischer Indikator“; 2014: Generationsübergreifende Überschuldung, Ergebnisse einer Trendumfrage deutscher Sozialämter; 2015: Armutsüberschuldung im Alter; 2016: „Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“ (USA). Im letzten Jahr befasste sich der Gastbeitrag mit der „Überschuldung von Mittelschichtsfamilien“.

⁶⁶ Die vorliegende Sonderauswertung basiert auf einer verknüpften Datenanalyse, die exemplarisch unterschiedliche, aber überschuldungsaffine Daten auf der Raumebene der 299 Wahlbezirke in Deutschland, überwiegend für das Jahr 2017, zusammenführt resp. gegenüberstellt. Die Analyse weist dabei fünf Themenbereiche

3.2 Ausgewählte Ergebnisse

Wer in Deutschland überschuldet ist, lebt häufiger in Gebieten und Räumen (hier: Wahlkreise), die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen und eine geringere Kaufkraft aufweisen. Vereinfacht formuliert: Je höher der (soziale oder sozioökonomische) Status der Menschen, desto geringer die Überschuldung – und umgekehrt. Allerdings zeigt die vorliegende Untersuchung auch, dass offensichtlich eher geringe Schulbildungsabschlüsse mit überdurchschnittlicher Überschuldung und eher hohe Schulbildungsabschlüsse mit unterdurchschnittlicher Überschuldung korrelieren. Je höher die formale Schulbildung, desto geringer die Überschuldung. Diese Befunde können in jedem Fall als Aufgabe verstanden werden, zusätzliche Angebote zur finanziellen Bildung aufzulegen und zu unterstützen. Zudem sollten die Möglichkeiten vorhandener Schulangebote nicht unterschätzt werden, auch wenn oft Kritik an der durch Bildungsreformen erzeugten „Abiturientenschwemme“ geäußert wurde.

Geringe Schulbildung korreliert mit überdurchschnittlicher Überschuldung

Zusätzliche Angebote zur finanziellen Bildung auflegen

Tab. 9.: Überschuldung nach Grad bzw. Art des Schulabschlusses

■ Überschuldungsquote nach Grad bzw. Art des Schulabschlusses		Überschuldungsquote
<i>Gruppierte Schulbildung</i>	Geringe Schulbildung: Hoher Anteil	11,79%
	Hohe Schulbildung: Eher hoher Anteil	8,50%
<i>Schulbildung nach Art des Abschlusses</i>	Hauptschule	11,28%
	Realschule	9,86%
	Fachhochschulreife	8,27%
	Abitur	8,53%
	Ohne Abschluss oder mit anderem Abschluss	12,31%

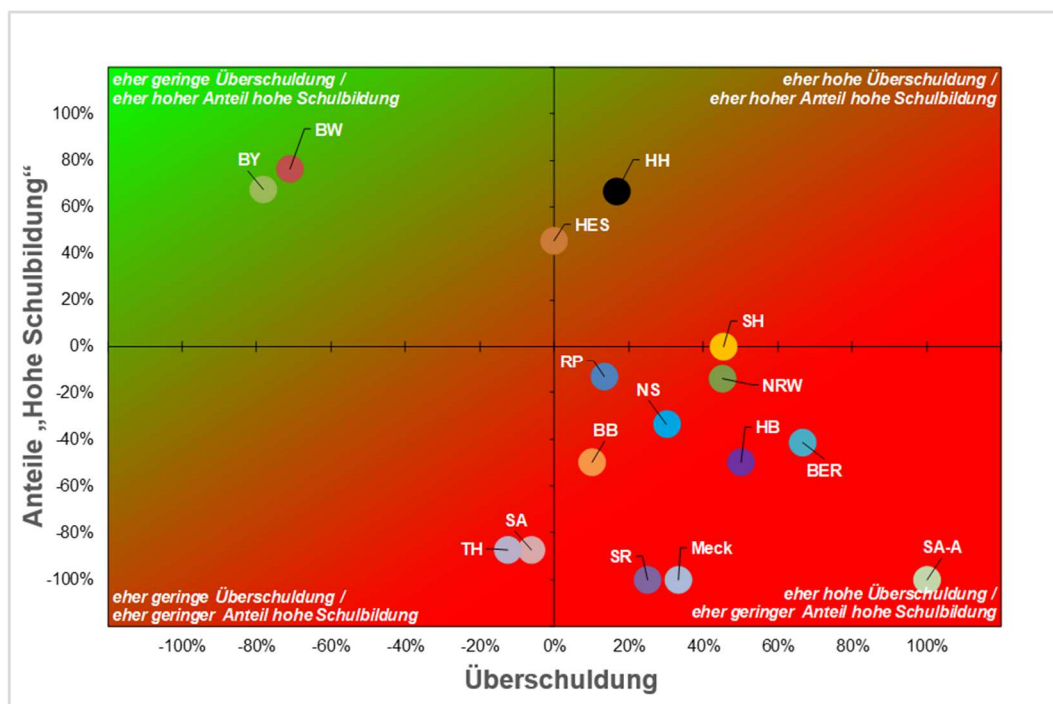
Basiswerte Schulbildung: Anteile von Haushalten (Wahrscheinlichkeitswerte). Zuordnung: „Eher geringe Schulbildung“: Hauptschulabschluss; Realschulabschluss; ohne / mit anderem Schulabschluss – „Eher hohe Schulbildung“: Fachhochschulreife; Abitur. Unter „andere Schulabschlüsse“ zusammengefasst: Schulabschluss im Ausland; Volkshochschule, Abschluss der polytechnischen Oberschule. Quelle: microm

resp. Dimensionen auf, die mit dem Kernthema Überschuldung verknüpft werden. Hierbei werden unterschiedlich vorliegende Datenquellen (z.B. Arbeitslosenquote oder die prozentuale Verteilung der Schulbildungsabschlüsse einerseits sowie andererseits Kaufkraft in Euro) indexiert, um Vergleichbarkeit herzustellen. Die Zusammenführung der Daten und Informationen muss daher zurzeit noch vereinfachend, fast holzschnittartig erfolgen, um der derzeit noch vorliegenden mangelnden Passgenauigkeit des vorliegenden Datenmaterials Rechnung zu tragen. Die meisten Ursprungsdaten werden daher in drei gleich große Gruppen geteilt, um sie gleichverteilt miteinander vergleichen zu können (z.B. Gering-, Normal- und Gutverdiener). Für einige Auswertungen (insbesondere für die vereinfachten Analyseportfolios) werden die Saldenwerte der gegenüberliegenden Wertepole verwendet. Ansatz ist, unterschiedliche Nutzertypen zu definieren (gemäß indexierten Werten aufgeteilt in Stark-, Mittel- und Wenig-Nutzer) und diese den Überschuldungskennziffern der Verbraucher gegenüberzustellen. Aus diesen Informationen können Tendenz- und Trendaussagen zu den Wirkungszusammenhängen und Wechselbeziehungen, beispielsweise zwischen der Konsumkreditnutzung einerseits und der Überschuldungslage der Verbraucher und ihrer räumlichen Verteilung resp. Schwerpunkten, andererseits dargestellt werden.

Das so genannte Analyseportfolio⁶⁷ zeigt, vereinfacht formuliert, dass in den meisten Bundesländern eher geringe Schulbildung mit höherer resp. hoher Überschuldung korreliert. Bayern und Baden-Württemberg zeigen in positiver Ausprägung eher hohe Schulabschlüsse und zugleich eher geringe Überschuldung. Auffällig: In Hamburg und in Hessen besteht ein Zusammenhang zwischen eher hohen Schulabschlüssen bei gleichzeitig hoher Überschuldung. Bis auf Sachsen und Thüringen zeigt sich aber das Beziehungsverhältnis in Form „eher geringer Bildung bei zugleich eher höherer Überschuldung“.

Geringe Schulbildung korreliert mit hoher Überschuldung – und umgekehrt

Abb. 10.: Analyseportfolio: Überschuldung und Schulbildung



Und auch die Wohnlage spiegelt die Überschuldungssituation der Bewohner: Je einfacher die Wohnlage in den Regionen (hier: 299 Wahlbezirke), desto höher ist der

⁶⁷ Die zur Ergebnisdarstellung verwendeten so genannten Aktionsportfolios haben zum Ziel, komplexe Wirkungsbeziehungen auf vergleichsweise einfache Art darzustellen. Die Ergebnisse werden in vier Quadranten (x-Achse: Überschuldung; y-Achse: Schulabschluss oder Wohnlage) abgebildet, so dass die Kernaussagen auf einen Blick erkannt werden können. Zudem zeigen die Analyseportfolios einerseits den aktuellen Status der Überschuldungslage der untersuchten Räume und Personengruppen. Andererseits können aus den Ergebnissen auch Rückschlüsse auf eine mögliche (zu- oder abnehmende) Überschuldungsgefährdung gezogen werden. Mit einer gewissen Vorsicht können somit auch eher überschuldungsgefährdete Personengruppen, Milieus oder Räume identifiziert werden. Die in den Analyseportfolios verwendeten Kürzel: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NS = Niedersachsen; HB = Bremen; NRW = Nordrhein-Westfalen; HES = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SR = Saarland; BER = Berlin; BB = Brandenburg; Meck = Mecklenburg-Vorpommern; SA = Sachsen; SA-A = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; DEU = Deutschland.

Überschuldung und Wohnlage korrelieren

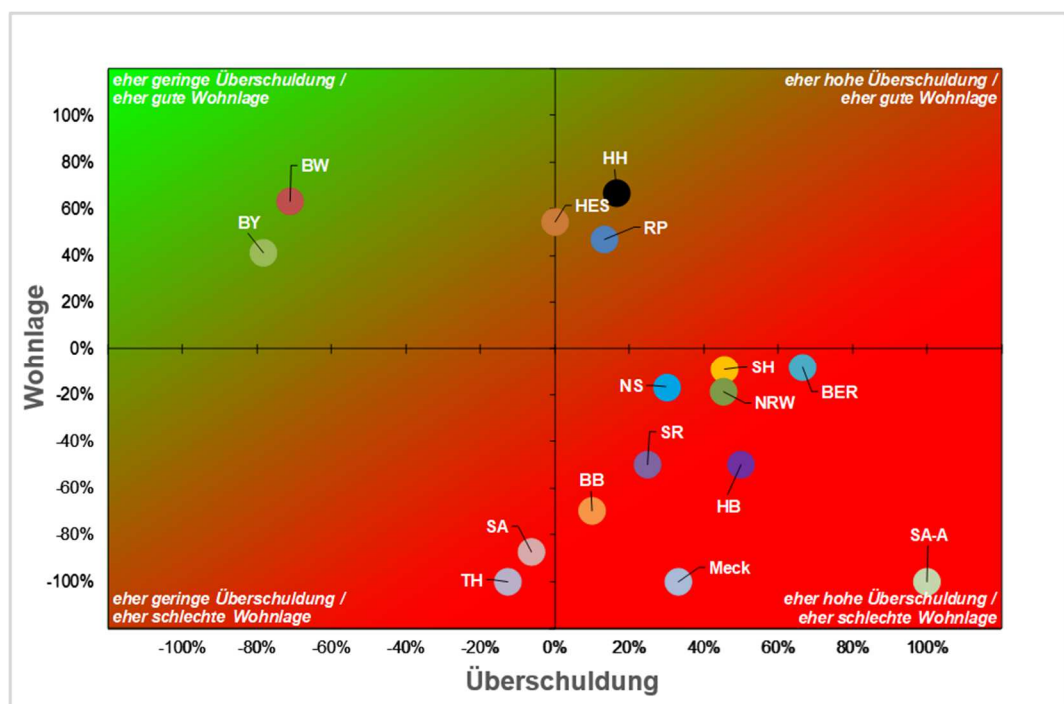
Anteil derjenigen Personen, die eine überdurchschnittliche Überschuldung aufweisen. Und so ist offensichtlich auch das Überschuldungsrisiko geringer, je besser die Wohnlage der Menschen beurteilt werden kann. Die „Wohnverhältnisse“ sind folglich auch Ausdruck der unterschiedlichen Überschuldungslagen der Verbraucher in Deutschland. Die räumliche Verteilung zeigt das entsprechende Analyseportfolio in einer ähnlichen Grundstruktur, wobei auch in Rheinland-Pfalz eher gute Wohnlagen mit höheren Überschuldungsquoten einhergehen.

Tab. 11.: Überschuldung und Wohnlage

■ Überschuldungsquote nach Wohnlage	Überschuldungsquote
Eher schlechte Wohnlage	11,57%
Eher mittlere Wohnlage	9,93%
Eher gute Wohnlage	8,61%

Basiswerte Wohnlage; Zuordnung nach microm Lageklassen (1 = einfache Wohnlage; 2 = durchschnittliche Wohnlage; 3 = gute Wohnlage; 4 = sehr gute Wohnlage). Gewichteter Index. Quelle: microm

Abb. 12.: Analyseportfolio: Überschuldung und Wohnlage



Zudem zeigt die vorliegende Analyse, dass die Struktur und Größe des sozialen Zusammenhangs, in dem eine Person in Deutschland lebt, mit der Überschuldungslage korreliert: Je stärker die soziale Kohäsion, also je

stärker die Einbindung der Person in einen größeren sozialen (oft familiären) Zusammenhang, desto geringer ist die Überschuldung. So weisen Räume mit geringer Ausprägung der sozialen Kohäsion („überwiegend Single-Haushalte“) höhere Überschuldungsquoten auf als Räume mit einer mittleren Ausprägung („gemischte Struktur“) oder mit einer höheren Ausprägung der sozialen Kohäsion („überwiegend Familien mit Kindern“).

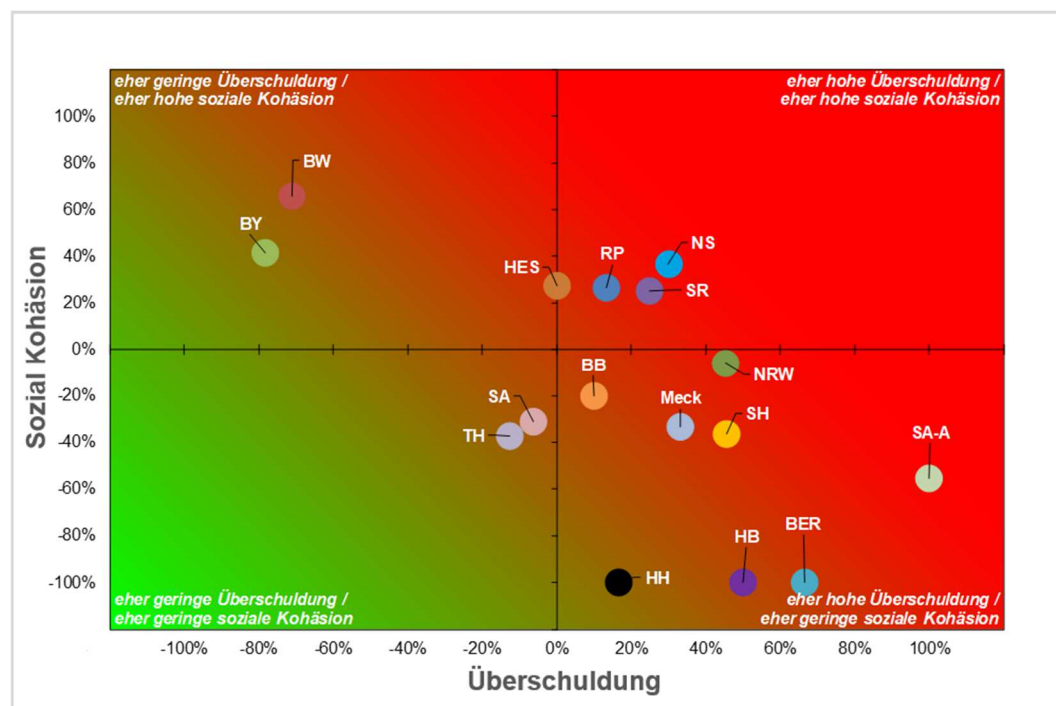
**„Soziale Einbindung“
verhindert Überschuldung**

Tab. 13.: Überschuldung und „soziale Kohäsion“

■ Überschuldungsquote nach „sozialer Kohäsion“	Überschuldungsquote
Überwiegend Single-Haushalte	12,01%
Gemischte Struktur	10,01%
Überwiegend Familien mit Kindern	8,47%

Basiswerte Soziale Struktur (Familie); Zuordnung auf 9er-Skala von „1 = überwiegend Alleinstehende/Singlehaushalte“ bis „9 = nahezu ausschließlich Familien mit Kindern“ (Anteile, Wahrscheinlichkeitswerte). Quelle: microm

Abb. 14.: Analyseportfolio: Überschuldung und soziale Kohäsion



In diesem Teilergebnis spiegeln sich offenbar auch die Auflösungstendenzen von Sozial- und Familienstrukturen, die sich auch in einem deutlichen Anstieg von Single-Haushalten und in einem Rückgang von Mehrpersonenhaushalten ausdrücken. Die Zunahme der Single-Haushalte hat zudem den Effekt, dass die Wohnraumversorgung von Mehrpersonenhaushalten durch Ange-

**Mehr Singles erschweren die
Wohnraumversorgung von
Mehrpersonenhaushalten**

Bestimmte Alters- und Einkommensgruppen wohnen „immer seltener Tür an Tür“

„Soziale Spaltung“: Besonders ausgeprägt in Ostdeutschland

Nutzung von Konsumkrediten und Überschuldung korrelieren

botsverkleinerung erschwert wird. Das damit einhergehende steigende Niveau der Mietpreise führt sukzessive zu einer Erhöhung des Überschuldungsrisikos, wie auch die Analyse der (rasant steigenden) Miet- und Immobilienpreise nahelegt (s. Kapitel 2). So zeigte auch eine Analyse des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung vom Mai 2018, dass bestimmte Altersgruppen „immer seltener Tür an Tür wohnen“. So konzentrieren sich junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren zunehmend in bestimmten Wohnvierteln, in anderen wiederum alte Menschen ab 65 Jahren. Dies sei auch Ausdruck einer zunehmenden „sozialen Spaltung“ („Segregation“), die dazu führe, dass einkommensschwache (arme) Menschen in deutschen Städten zunehmend konzentriert in bestimmten Wohnvierteln leben. Besonders ausgeprägt sei demnach die soziale Spaltung in Ostdeutschland, wo sich bereits „Armen-Ghettos“ gebildet haben. Nach Angaben des Forscherteams sei die Dynamik der Veränderung vor allem im Osten „historisch beispiellos“: „Dieses Niveau kennen wir bisher nur von amerikanischen Städten“.⁶⁸

Bei einer Analyse von ausgewählten Indikatoren zum Finanzverhalten der Verbraucher ergab sich, dass nachvollziehbar insbesondere die Nutzung von Konsumentenkrediten eine positive Korrelation zur Überschuldungslage zeigt. Je höher die Nutzung von Konsumentenkrediten, desto höher die Überschuldung. So weisen beispielsweise Räume resp. Wahlkreise mit hoher Konsumkreditnutzung höhere Überschuldungsquoten auf als Wahlkreise mit einer mittleren oder mit geringer Konsumkreditnutzung (s. folgende Tabelle).

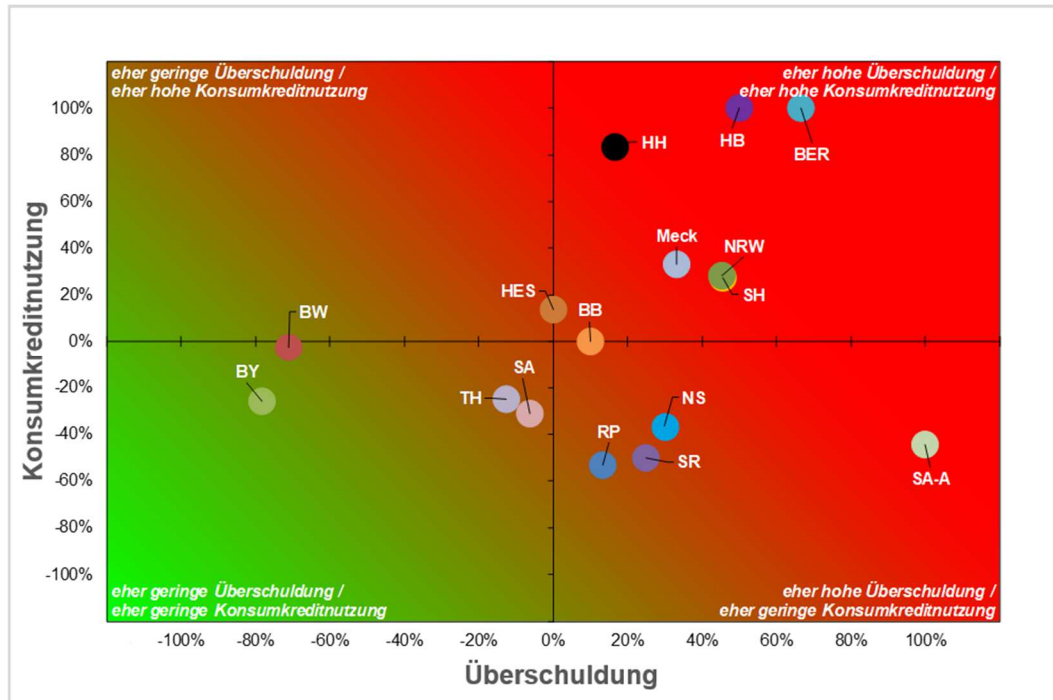
⁶⁸ Die Studie untersucht die „soziale Durchmischung“ in 74 deutschen Städten für die Jahre 2005 bis 2014. In rund 80 Prozent dieser Kommunen habe die räumliche Ballung von Menschen zugenommen, die von staatlichen Sozialleistungen wie Hartz IV lebten. In Ostdeutschland sei die Entwicklung mit 23 Prozent deutlich spürbarer als in westdeutschen Städten mit rund acht Prozent. Die höchsten Werte sozialer Ungleichheit beim Wohnen ermittelten die Forscher im Osten für Rostock, Schwerin, Potsdam, Erfurt, Halle und Weimar. Stark betroffen waren aber auch einige Städte in Westdeutschland, darunter Kiel, Saarbrücken und Köln: In 36 deutschen Städten gibt es nach der Analyse inzwischen Quartiere, in denen mehr als die Hälfte der Kinder von staatlichen Leistungen abhängig ist. Diese Entwicklung könne sich „negativ auf die Lebenschancen armer Kinder ausweiten“. Die Nachbarschaft beeinflusst den Bildungserfolg.“ Das habe auch gesellschaftliche Folgen: Wer die Probleme des Nachbarn mit wenig Geld nicht mehr hautnah erlebe, könne ein Stück Lebenswirklichkeit leichter ausblenden. Und wer im Armen-Ghetto lebt, könnte demnach weniger Aufstiegswillen entwickeln. Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin (Mai 2018), *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Bereits 2006 hatte der SchuldnerAtlas Deutschland auf die Gefahr der Bildung von „Schuldenghettos“ hingewiesen. Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2006, S. 23: „Überschuldung verdichtet sich räumlich und erzeugt mutmaßlich neue Überschuldungsstrukturen, die zu einer weiteren Überschuldungsverdichtung („Schuldenghetto“) beitragen können [...].“

Tab. 15.: Überschuldung nach Nutzung von Konsumkrediten

■ Überschuldungsquote nach Nutzung von Konsumkrediten	Überschuldungsquote
Eher geringe Nutzung	9,01%
Eher mittlere Nutzung	9,48%
Eher starke Nutzung	11,61%

Basiswerte Finanzverhalten: Index-Werte. Quelle: microm Finance

Abb. 16.: Analyseportfolio: Überschuldung und Konsumkreditnutzung



Das entsprechende Analyseportfolio zur Konsumkreditnutzung zeigt, dass die Verbraucher in den meisten Bundesländern eine eher unterdurchschnittliche Konsumkreditnutzung aufweisen, aber nur vier Bundesländer eine unterdurchschnittliche Überschuldung aufweisen (leicht: Thüringen und Sachsen; deutlich: Bayern und Baden-Württemberg). In Hamburg, Bremen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein sind sowohl Konsumkreditnutzung als auch Überschuldungsquoten überdurchschnittlich. In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, im Saarland und in Sachsen-Anhalt sind die Überschuldungsquoten überdurchschnittlich, auch wenn die Konsumkreditnutzung unterdurchschnittlich bleibt.

Zudem korreliert auch das politische Verhalten der Verbraucher mit ihrer Überschuldungslage, wie bereits im

**Wahlbeteiligung und
„soziale Problemlagen“**

letzten Jahr vor dem Hintergrund der Bundestagswahl-
wahlergebnisse 2017 in einer Kurzanalyse abgebildet
werden konnte.⁶⁹ Die aktuellen Daten zeigen diesen
Trend einer zunehmenden Polarisierung nochmals dif-
ferenzierter. Vereinfacht formuliert: Personen aus Wahl-
kreisen, die sich überdurchschnittlich an den Wahlen
2013 und 2017 beteiligt haben, weisen eher unterdurch-
schnittliche Überschuldungsquoten auf – und umge-
kehrt. Wer wählen geht, ist offensichtlich weniger stark
von Überschuldung oder, so ist zu ergänzen, von ande-
ren sozialen Problemlagen betroffen.

**Überschuldung und
„Partei-Neigung“
korrelieren ...**

Dieser Grundtrend spiegelt sich auch bei einer Analyse
der (umfragebasierten) Partei-Neigung, also der mittels
Umfragen abgefragten Nähe zu politischen Parteien.
Personen mit eher „traditioneller Partei-Neigung“ (ins-
besondere CDU und FDP) leben überdurchschnittlich
häufig in Wahlkreisen mit geringer Überschuldung, Per-
sonen mit eher alternativer oder extremer Partei-Nei-
gung leben überdurchschnittlich häufig in Wahlkreisen
mit mittlerer und hoher Überschuldung. Die höchste
Korrelation zur Überschuldung zeigen generell Perso-
nen, die zur SPD, zu den Piraten, den Linken und zur
AfD und anderen (kleineren) Parteien „neigen“. Auffäl-
lig: Diejenigen Personen, die die Linke und die AfD prä-
ferieren, stammen auch überdurchschnittlich häufig aus
Wahlkreisen, die nur eine mittlere Überschuldungs-
quote aufweisen. Dies zeigt, dass sich AfD-Wähler
(aber auch die Wähler der Partei „Die Linke“) auch aus
den mittleren sozioökonomischen Schichten rekrutie-
ren.

Tab. 17.: Überschuldung nach Ausprägung der „Partei-Neigung“ (2017)

■ Überschuldungsquoten nach umfragebasierter Partei-Neigung	Überschuldungsquoten nach Ausprägung der Partei-Neigung							
	CDU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD	Piraten	Andere
Geringe Neigung	11,82%	9,08%	8,68%	11,22%	10,95%	8,19%	8,61%	9,44%
Mittlere Neigung	10,06%	9,13%	9,98%	9,96%	9,84%	10,28%	9,74%	9,80%
Starke Neigung	8,23%	11,89%	11,46%	8,93%	9,31%	11,61%	11,78%	10,85%

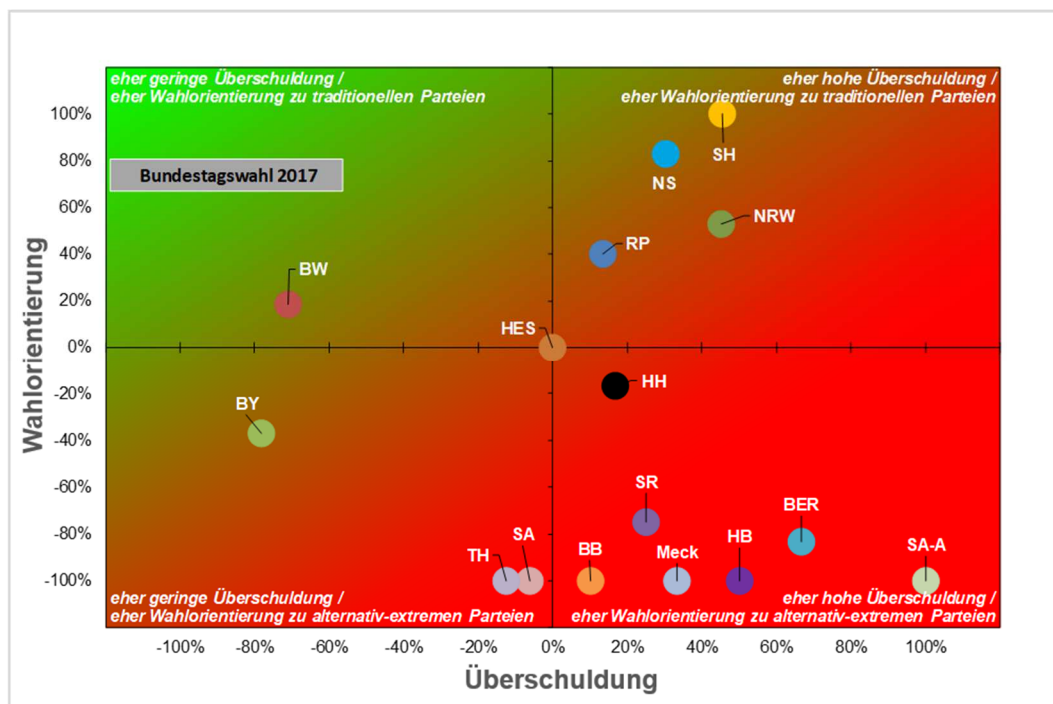
Basiswerte: Umfragebasiert; Quelle: microm, Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), 2017

⁶⁹ Hierzu wurden die Ergebnisse der letzten beiden Bundestagswahlen (Wahlergebnisse 2013 / 2017 nach Parteien, Wahlbeteiligung sowie Ergebnisse der Wahlforschung in Form der abgefragten Partei-Neigung), meist in aggregierter Form, ausgewertet. Vgl. insbesondere SchuldnerAtlas Deutschland 2017, Kapitel 2, Exkurs: Überschuldung in der Mittelschicht aus Sicht der Milieuforschung, S. 34ff. sowie SchuldnerAtlas Deutschland 2012, Sonderthema: Einkommenspolarisierung und Überschuldung in Deutschland.

Das entsprechende Analyseportfolio zur (aggregierten) Wahlorientierung nach Wahlkreisen zeigt, dass die Verbraucher in den meisten Bundesländern eine Wahlorientierung zu alternativen oder extremen Parteien aufwiesen. Hierin wird, vereinfacht formuliert, auch eine „Wechselbereitschaft“ des politischen Lagers deutlich, die im Oktober bei den Landtagswahlen in Bayern und in Hessen zu den starken Verlusten der traditionellen Volksparteien (CDU/CSU und SPD) beigetragen haben. Hierzu gehören alle ostdeutschen Bundesländer, tendenziell aber auch Hamburg und Bayern⁷⁰. In diesen Bundesländern war der Anteil derjenigen Wahlkreise mit eher alternativem oder extremem Wahlverhalten größer als das derjenigen Wahlkreise mit eher traditionellem Wahlverhalten. In Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen ist dabei die Korrelation zur Überschuldungslage der Verbraucher unterdurchschnittlich, in allen anderen ist die Wechselbeziehung überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Letzteres geht in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz weiterhin mit einer eher überdurchschnittlich traditionellen Wahlorientierung einher.

... zwischen traditionellem und alternativem bzw. extremem Wahlverhalten

Abb. 18.: Analyseportfolio: Überschuldung und Wahlorientierung



⁷⁰ Hinweis: In Bayern erklärt sich dieser Trend auch durch die hohe Wechselbereitschaft innerhalb des traditionellen Lagers hin zu alternativen (wie auch den Grünen und den Freien Wählern) oder extremen Parteien (wie der AfD).

3.3 Deutschland: „Land der zwei Geschwindigkeiten“

Ungleiche Verteilung von Ressourcen

Die aktuelle Auswertung zeigt auch, wie ungleich die Ressourcen, und damit auch die Wachstumschancen, in den Regionen und Bundesländern Deutschlands verteilt sind. Die ohnehin schon wirtschaftsstarke Länder schneiden besonders gut ab und die eher wirtschaftsschwachen Länder hinken hinterher.⁷¹ So liegen die östlichen Bundesländer auch in dieser Analyse (bis auf Sachsen und Thüringen) fast durchgehend im „rötlichen“ Bereich.

Demografische Veränderungen und Strukturprobleme in West und Ost

Neben demografischen Entwicklungen (Bevölkerungsrückgang, Überalterung und „Landflucht“) sind der Mangel an Produktivität und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit die Hauptgründe für das Ungleichgewicht zwischen den Regionen. Allerdings gibt es auch in den westdeutschen Bundesländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, nachhaltige Strukturprobleme, die die wirtschaftliche Dynamik einschränken und auch künftige Entwicklungschancen behindern. In beiden Bundesländern sind die Folgen des Strukturwandels einer altindustrialisierten Montanregion in vielen Teilregionen immer noch unbewältigt. Das Ruhrgebiet gilt nicht umsonst als „Hotspot“ sozialer Problemlagen und höchster Überschuldungsquoten. Stark mittelständisch geprägte Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg können hingegen deutlich stärker am konjunkturellen Aufschwung teilhaben und profitieren.

Entwicklungsprobleme der östlichen Bundesländer

Generell spiegeln sich in den Ergebnissen auch die Entwicklungsprobleme der östlichen Bundesländer, die in einer (generellen) wirtschaftlichen Wachstumsschwäche, nachfolgenden Einkommensunterschieden, Problemen im Bildungsbereich (mit hohen Schulabbrecherquoten) und in der universitären Spitzenforschung be-

⁷¹ So verzeichneten auch 2017 Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg das höchste reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aller Flächenländer. Diese (rein) westdeutschen Flächenländer lagen über dem deutschlandweiten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (+ 2,2 Prozent). In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zeigte sich das umgekehrte Bild – alle wuchsen allesamt langsamer als der Schnitt. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt, dessen BIP sich auch 2017 am geringsten erhöht hatte (+ 0,8 Prozent). Schon im Vorjahr war das BIP-Wachstum nicht über die Ein-Prozent-Marke hinausgekommen. Nachvollziehbar müsste das Wachstumstempo in den ostdeutschen Bundesländern höher sein, um den Abstand zu westlichen Bundesländern zu verringern.

gründet liegen. Zudem verschlechtert sich seit geraumer Zeit die Attraktivität östlicher Bundesländer für qualifizierte Zuwanderer. Letztere begründet sich auch im Erstarken rechtsextremer Parteien und Bürgerbewegungen in Teilen Ostdeutschlands, aber auch in Teilregionen westdeutscher Bundesländer, die offensichtlich auch in Räumen mit hoher Überschuldung einhergehen. Die östlichen Bundesländer sind zudem von demografischen Prozessen stärker betroffen, da sich ihr Überalterungsprozess durch „Landflucht“ jüngerer und weiblicher Bevölkerungsgruppen dynamischer entfaltet als in anderen Regionen. Gleichwohl sind unter dem Aspekt der Überschuldung auch die westlichen Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen (aber auch Schleswig-Holstein) von einer überdurchschnittlichen Zunahme älterer Menschen betroffen. Überschuldung wird derzeit „älter“, um es salopp zu formulieren.

Räumlich gesehen liegen dabei die beiden südlichen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern fast überall im „grünen Bereich“ – befördert durch eine überdurchschnittliche ökonomische Leistungskraft, offensichtlich effizienten Bildungssystemen, stabilisierenden Sozialstrukturen, die oft mit einer traditionellen Wertorientierung und einem rational-vorsichtigem Finanzverhalten der Bürger einhergehen.⁷² Davon profitieren vor allem Baden-Württemberg und Bayern, aber auch Sachsen und Thüringen. Die vorliegenden Daten zeigen letztlich aber auch, dass in Deutschland nicht nur eine Teilung oder Konkurrenz zwischen Süd und Nord oder zwischen West und Ost vorliegt, sondern zwischen schwachen und starken sowie zwischen schnellen und langsamen Regionen und Räumen. Deutschland ist offensichtlich ein „Land der zwei Geschwindigkeiten“. Diesen Trend zeigen auch die aktuellen Überschuldungsdaten. In einigen Räumen ist die Überschuldungsentwicklung deutlich positiv, in anderen hingegen deutlich negativ.

Überalterung und „Landflucht“

Keine Konkurrenz zwischen Ost und West, Süd oder Nord, sondern zwischen schnellen oder langsamen Regionen

Deutschland: Ein Land der zwei Geschwindigkeiten – auch bei der Überschuldungsentwicklung

⁷² Basiert wird diese positive Grundentwicklung durch die spezifische Wirtschaftsstruktur dieser Bundesländer. Unternehmen in Schlüsselbranchen, wie dem Fahrzeugbau, dem Maschinenbau oder der Elektroindustrie, sind überdurchschnittlich stark im Süden Deutschlands beheimatet. Sie werden nach langfristigen Prognosen auch künftig Wachstumsmotoren bleiben.

■ 4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt auf „rot“

Private Überschuldung in Deutschland nimmt auch 2018 weiter zu

„Harte“ Überschuldung nimmt ab, „weiche“ Überschuldung nimmt zu

Überschuldungsauslöser „unangemessenes Konsumverhalten“ nimmt merklich zu

2018: „Licht und Schatten“

Fast alle neuen Überschuldungsfälle sind weiblichen Geschlechts

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland hat sich zum fünften Mal in Folge verschlechtert, allerdings erreicht der aktuelle Anstieg der Überschuldungsfälle nicht das Niveau beider Vorjahre. Die Überschuldungsquote bleibt konstant, da die Bevölkerung in Deutschland nochmals leicht angewachsen ist. Erstmals seit 2006 zeigt sich ein gegenläufiger Trend: Die „harte“ Überschuldung nimmt ab, die „weiche“ Überschuldung nimmt zu. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität sind mit eher geringeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Offensichtlich haben Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht vieler Verbraucher angesichts der boomenden Konjunktur, steigender Löhne und hoher Arbeitsplatzsicherheit gelitten und den Anstieg der „weichen“ Überschuldungsfälle gefördert. Zugleich hat der Überschuldungsauslöser „unangemessenes Konsumverhalten“ wiederum merklich an Bedeutung gewonnen. Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korreliert zudem mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen.

Die Auswertung der aktuellen Überschuldungslage der deutschen Verbraucher zeigt auch in diesem Jahr „Licht und Schatten“, die sich im Vergleich zu anderen Ländern weiterhin vergleichsweise positiv darstellt: So gewinnt das Phänomen „Altersüberschuldung“ weiter und stärker als in den Vorjahren an Bedeutung. Die Zahl älterer überschuldeter Verbraucher (über 50 Jahre) hat deutlich zugenommen, während die Zahl jüngerer überschuldeter Verbraucher (unter 50 Jahre) fast ebenso deutlich abgenommen hat. Die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 39-jährigen Verbraucher zeigen trotz Rückgang weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten. Auch wenn Männer weiterhin deutlich häufiger überschuldet sind als Frauen, sind in diesem Jahr fast alle neuen Überschuldungsfälle weiblichen Geschlechts.

Zudem wird Wohnen in deutschen Großstädten in vielen Fällen offensichtlich zunehmend zum Überschuldungsrisiko. Das Preisniveau für Mietwohnungen und Eigenheime hat in den letzten Jahren vor allem in großen Städten und Ballungszentren, zuletzt auch in kleinen und mittelgroßen Städten, deutlich zugenommen. Die „Mietbelastungsquote“ ist für viele Verbraucher gestiegen. Dabei werden Mietkosten selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen, denn die Nichtzahlung von Mietkosten hat für den Mieter meist drastische Folgen. Daher wird sich die durch hohe Wohn- und Mietkosten induzierte Überschuldungsdynamik erst zeitverzögert und mittelfristig entfalten. Verschlechtert sich zudem die konjunkturelle Lage, was angesichts der globalen Rahmenbedingungen und des konjunkturellen Zyklus zu erwarten ist, wird die Zahl der Überschuldungsfälle in näherer Zukunft merklich ansteigen. Für viele Verbraucher in Deutschland bleibt die Überschuldungsampel auf „rot“.

Wohnen wird zunehmend zum Überschuldungsrisiko

Zeitversetzte und mittelfristige Folgen

Überschuldung sollte am besten von vorneherein vermieden werden (Prävention), Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) angeboten werden. Folgende Querschnittsaufgaben sollten weiterhin im Vordergrund stehen:

Maßnahmen / Handlungsanregungen

- ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung,
- der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung,
- höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung,
- Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien,
- stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen,
- die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie
- eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

■ 5 Ergebnisse kompakt

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist seit 2014 zum fünften Mal in Folge angestiegen. Die Überschuldungsquote bleibt nahezu konstant, da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration nochmals leicht zugenommen hat. Zum Stichtag 1. Oktober 2018 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 19.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 0,3 Prozent).

Die aktuellen Daten zur Überschuldungsintensität zeigen einen neuen Trend: Erstmals seit 2006 beruht der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität. Ihre Zahl nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 106.000 Fälle zu (+ 3,9 Prozent), während die Zahl der Fälle mit juristischen Sachverhalten um rund 87.000 Fälle abnahm (- 2,1 Prozent). Dieser Sachverhalt spiegelt sich sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland. Weiterhin verbleiben rund 4,13 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2018: + 735.000 Fälle; + 22 Prozent).

Die Überschuldungsquote liegt aktuell in den neuen Bundesländern (10,40 Prozent, - 0,02 Punkte, ohne Berlin) zum siebten Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (9,98 Prozent; + 0,01 Punkte). Insgesamt sind in diesem Jahr im Westen rund 5,82 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,11 Millionen Personen.

Der Grundtrend in Ost- und Westdeutschland hat sich umgekehrt: Die Zahl der Überschuldungsfälle geht im Osten zurück (- 8.000 Fälle), im Westen steigt sie weiter an (+ 27.000 Fälle). Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Sowohl

in Ost wie in West ist die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität zurückgegangen, die mit geringer Überschuldungsintensität ist angestiegen. Dabei ist der Rückgang der harten Überschuldung im Westen (- 1,9 Prozent) schwächer ausgeprägt als im Osten (- 2,9 Prozent). Und der Anstieg der weichen Überschuldung liegt im Westen (+ 4,1 Prozent) höher als im Osten (+ 2,9 Prozent).

Die weiterhin negative Entwicklung spiegelt sich auch im Vergleich der Überschuldungszahlen nach Bundesländern. So weisen zwar jeweils sechs Bundesländer einen Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote auf. Zugleich weisen sechs Bundesländer einen Rückgang der Quote, aber nur vier einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf. Drei Bundesländer zeigen keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Bayern (7,43 Prozent; - 0,04 Punkte) und Baden-Württemberg (8,31 Prozent; + 0,00 Punkte) führen weiterhin das Ranking der Bundesländer an. Thüringen (9,30 Prozent; + 0,05 Punkte) verbleibt seit 2013 auf Rang drei. Auf Rang vier steht Sachsen (9,92 Prozent; - 0,05 Punkte) und weist erstmals seit 2011 einen Rückgang der Überschuldungsfälle auf. Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (13,94 Prozent; - 0,03 Punkte), gefolgt von Sachsen-Anhalt (12,73 Prozent; + 0,01 Punkte) und Berlin (12,42 Prozent; - 0,20 Punkte).

In diesem Jahr können in Deutschland rund 7,65 Prozent der Frauen über 18 Jahre (2017: 7,61 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Bei Männern sind dies aktuell 12,55 Prozent (2017: 12,59 Prozent). Die Zahl der Überschuldungsfälle nahm bei den Frauen weiter merklich zu (2,7 Millionen; + 21.000 Fälle), bei den Männern nahm sie minimal ab (4,2 Millionen; - 2.000 Fälle).

Das Thema „Altersüberschuldung“ hat weiter deutlich an Bedeutung gewonnen. 2018 müssen rund 263.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 69.000 Fälle; + 35 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (2,04 Prozent; + 0,54 Punkte) liegt weiterhin deutlich unter den

Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Im Vergleich 2013 / 2018 ist der Anstieg mit 138 Prozent deutlich überdurchschnittlich, allerdings von vergleichsweise niedrigem Niveau aus. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr weiter zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 13,47 Prozent (- 0,59 Punkte). Weiterhin müssen rund 1,58 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 73.000 Fälle).

Für die „mittleren Schichten“ der Gesellschaft zeigt sich 2018 eine leicht positive Entwicklung. Die spezifische Überschuldungsquote in der „Mittelschicht“ hat zwar leicht zugenommen (11,02 Prozent; + 0,03 Punkte), die Zahl der Überschuldung hat sich allerdings erstmals seit 2015 wieder verringert (4,34 Millionen; - 40.000 Fälle). Die Zahl der Überschuldungsfälle in den „gehobenen Schichten“ (1,81 Millionen; + 45.000 Fälle) hat in diesem Jahr ebenso wie in den „unteren Schichten“ (Prekäre: 0,78 Millionen; + 14.000 Fälle) zugenommen.

Zudem werden die Wohn- und Mietkosten in deutschen Städten immer mehr zum Überschuldungsrisiko. Der Grund: Die so genannte Mietbelastungsquote liegt bei vielen Mietern angesichts „starker Preisanstiege“, auch in Klein- und Mittelstädten, bei deutlich über dem als „kritisch“ angesehenen Bereich von 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Es bleibt dann nur wenig Geld zur sonstigen Lebensführung zur Verfügung, insbesondere bei Menschen mit kleineren Einkommen. Für etwa 1,3 Millionen Haushalte in deutschen Großstädten lag das restlich verfügbare Einkommen nach Abzug der Miete bereits 2017 unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze.

Für die nahe Zukunft ist auch angesichts sich eintrübender konjunktureller Rahmenbedingungen nicht mit einer nachhaltigen Entspannung der privaten Überschuldungslage in Deutschland zu rechnen. Nicht nur für die nächsten Monate kann daher von einer weiteren Zunahme der Überschuldungszahlen in Deutschland ausgegangen werden.

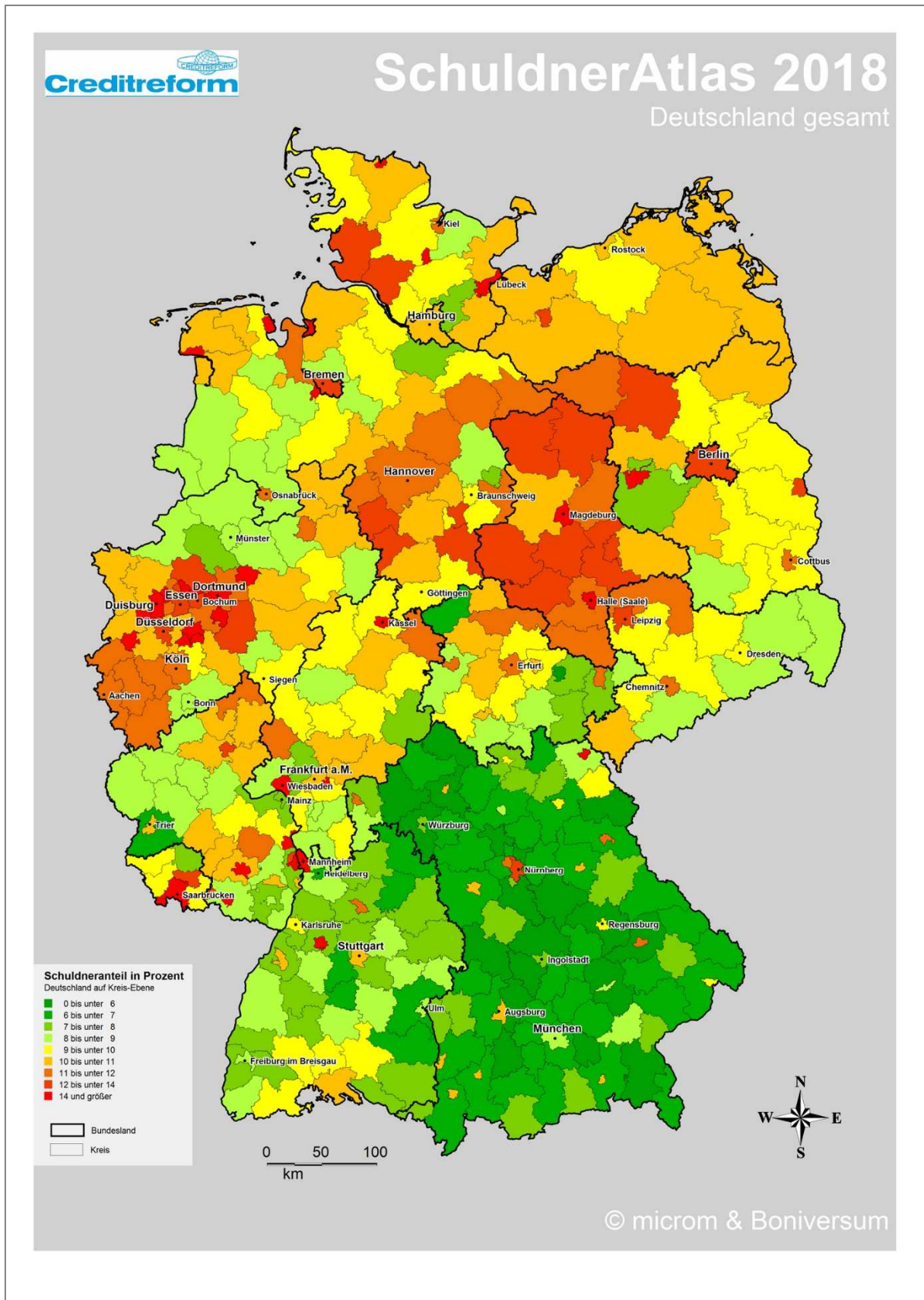
■ 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

6.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

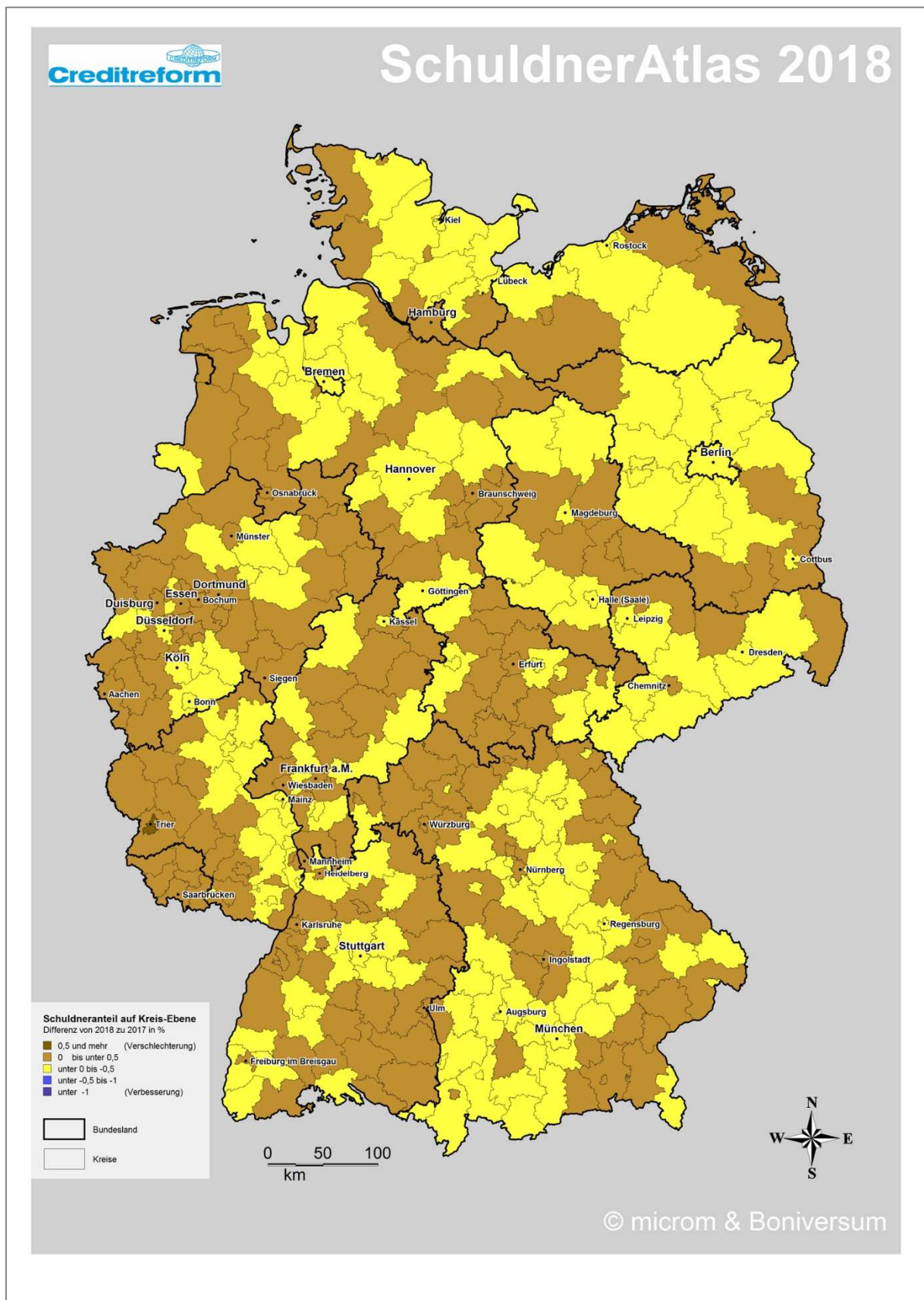
Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2015 bis 2018.....	5
Tab. 2.:	Überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2015 bis 2018.....	8
Tab. 3.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2015 bis 2018	10
Tab. 4.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2015 bis 2018 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten.....	13
Tab. 5.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2015 bis 2018	18
Tab. 6.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2015 bis 2018.....	24
Tab. 7.:	Ranking: Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2016 bis 2018.....	29
Tab. 8.:	Die Entwicklung des Preisniveaus von Wohnhäusern und Wohnungen in Deutschland 2007 bis 2018	44
Tab. 9.:	Überschuldung nach Grad bzw. Art des Schulabschlusses.....	50
Abb. 10.:	Analyseportfolio: Überschuldung und Schulbildung.....	51
Tab. 11.:	Überschuldung und Wohnlage	52
Abb. 12.:	Analyseportfolio: Überschuldung und Wohnlage	52
Tab. 13.:	Überschuldung und „soziale Kohäsion“	53
Abb. 14.:	Analyseportfolio: Überschuldung und soziale Kohäsion	53
Tab. 15.:	Überschuldung nach Nutzung von Konsumkrediten.....	55
Abb. 16.:	Analyseportfolio: Überschuldung und Konsumkreditnutzung.....	55
Tab. 17.:	Überschuldung nach Ausprägung der „Partei-Neigung“ (2017).....	56
Abb. 18.:	Analyseportfolio: Überschuldung und Wahlorientierung	57
Tab. 19.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2018.....	68
Tab. 20.:	Hauptüberschuldungsgründe 2011 bis 2018: The „big five“ nach Statistischem Bundesamt	69
Tab. 21.:	Bevölkerung, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2018	70
Tab. 22.:	Schuldenvolumen nach Geschlecht 2006 bis 2018 – Eine Hochrechnung.....	70
Tab. 23.:	Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018	71
Tab. 24.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018	72
Tab. 25.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018.....	73
Tab. 26.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2017	74
Tab. 27.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2018	74
Tab. 28.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 bis 2018.....	75
Tab. 29.:	Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2018	75
Tab. 30.:	Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2012 bis 2018.....	76
Tab. 31.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2011 bis 2018: Rang 1 bis 10.....	76
Tab. 32.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2011 bis 2018: Rang 401 bis 392	77
Tab. 33.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2018.....	77
Tab. 34.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2018.....	78
Tab. 35.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2011 bis 2018	78
Tab. 36.:	Die Entwicklung der Überschuldungsquoten 2004 bis 2018 nach Stadt-/Kreis-Typ	79
Dia. 37.:	Zwei Hauptüberschuldungsgründe 2008 bis 2018 im Vergleich: Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ nach Statistischem Bundesamt.....	79
Dia. 38.:	Hauptüberschuldungsauslöser „Arbeitslosigkeit“ 2008 bis 2018 nach Alter nach Statistischem Bundesamt	80
Dia. 39.:	Hauptüberschuldungsauslöser „Unwirtschaftliche Haushaltsführung“ 2008 bis 2018 nach Alter nach Statistischem Bundesamt	80

6.2 Karten

Karte 1: SchuldnerAtlas Deutschland 2018 nach kreisfreien Städten und Kreisen



Karte 2: SchuldnerAtlas Deutschland 2017: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2017 / 2018



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

6.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 19.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2018

■	Einwohner	> 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,10 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2018: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte 2015 bis 2017; Wert für 2018: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2017: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2016 und 2017.

Allgemeine Anmerkungen zu den Tabellen

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hatte sich bereits im letzten Jahr von 402 auf 401 im Vergleich zu 2016 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städte reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Auswertungssystematik nach Geschlecht und Alter

Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregation der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszählungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d. h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 20.: Hauptüberschuldungsgründe 2011 bis 2018: The „big five“ nach Statistischem Bundesamt

■ Überschuldungsfälle	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Die fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe (in Prozent)								
Arbeitslosigkeit	27,0%	25,6%	23,6%	19,1%	20,0%	21,1%	20,6%	20,0%
Trennung, Scheidung, Tod	14,0%	14,2%	13,6%	12,4%	12,5%	13,0%	13,3%	13,2%
Erkrankung, Sucht, Unfall	12,1%	12,7%	12,7%	12,1%	13,5%	14,7%	15,1%	15,8%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	11,3%	11,6%	11,2%	11,2%	9,4%	10,9%	12,3%	12,7%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,3%	8,3%	8,3%	8,1%	8,1%	8,4%	8,3%	8,3%
Anteile von „Big five“	72,7%	72,4%	69,4%	62,9%	63,5%	68,1%	69,6%	70,1%
Sonstige Auslöser	27,3%	27,6%	30,6%	37,1%	36,5%	31,9%	30,4%	29,9%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,73	1,69	1,55	1,27	1,34	1,42	1,38	1,34
Trennung, Scheidung, Tod	0,90	0,94	0,90	0,83	0,84	0,87	0,89	0,89
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,77	0,84	0,84	0,81	0,91	0,99	1,01	1,06
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,72	0,76	0,74	0,75	0,63	0,73	0,83	0,85
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,53	0,55	0,55	0,54	0,54	0,56	0,56	0,56
Anteile von „Big Five“	4,66	4,77	4,57	4,20	4,27	4,57	4,68	4,71
Sonstige Gründe	1,75	1,82	2,01	2,48	2,45	2,27	2,24	2,23
Gesamt	6,40	6,59	6,58	6,67	6,72	6,85	6,91	6,93
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)								
	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	2014 / 15	2015 / 16	2016 / 17	2017 / 18	2008 / 18
Arbeitslosigkeit	- 2%	- 8%	- 18%	+ 5%	+ 5%	- 2%	- 3%	- 31%
Trennung, Scheidung, Tod	+ 4%	- 4%	- 8%	+ 1%	+ 4%	+ 2%	± 0%	- 6%
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 8%	± 0%	- 3%	+ 12%	+ 9%	+ 3%	+ 5%	+ 44%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 6%	- 4%	+ 1%	- 16%	+ 16%	+ 13%	+ 3%	+ 32%
Gescheiterte Selbstständigkeit	+ 3%	± 0%	- 1%	+ 1%	+ 4%	- 1%	± 0%	- 13%
Anteile von „Big Five“	+ 3%	- 4%	- 8%	+ 2%	+ 7%	+ 2%	+ 1%	- 4%
Sonstige Gründe	+ 4%	+ 11%	+ 23%	- 1%	- 7%	- 2%	- 1%	+ 14%
Gesamt	+ 3%	± 0%	+ 1%	+ 1%	+ 2%	+ 1%	± 0%	+ 1%

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Diese veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2017, 27.06.2018, Wiesbaden. Die Werte für 2018 basieren auf einer Hochrechnung. Die Tabelle beinhaltet nur die prozentualen Anteile der fünf wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „big five“) bezeichnet hat. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser fünf wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2017 rund 70 Prozent (2016: 68 Prozent; „sonstige“: 32 Prozent). Die Werte für 2018 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2018 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2017). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Werte für 2017): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,7 Prozent; + 0,1 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (2,4 Prozent; -0,4 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,3 Prozent; + 0,3 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,2 Prozent; + 0,1 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,5%; ± 0,0 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,3 Prozent; ± 0,0 Punkte) sowie Sonstiges (20,0 Prozent; - 1,6 Punkte; darin seit 2015 auch die Überschuldungsursache „längerfristiges Niedrigeinkommen“: 2015: 3,4 Prozent; 2016: 5,6 Prozent; 2017: 7,2 Prozent).

Tab. 21.: Bevölkerung, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2018

■	Bevölkerung			Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	67,11	32,83	34,29	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	67,28	32,92	34,36	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	67,29	32,94	34,34	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	67,64	33,13	34,50	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	67,97	33,31	34,66	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	68,13	33,40	34,73	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	68,26	33,49	34,77	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	68,26	33,34	34,92	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	68,31	33,42	34,90	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	67,13	32,48	34,65	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	67,43	32,66	34,77	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	67,69	32,85	34,84	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	68,05	33,09	34,96	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	68,83	33,64	35,19	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	69,03	33,74	35,29	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%
Abw. 2017 / 2018	+ 0,20	+ 0,11	+ 0,10	+ 0,02	+ 0,00	+ 0,02	- 0,00	- 0,04	+ 0,04
Abw. 2004 / 2018	+ 1,92	+ 0,92	+ 1,00	+ 0,39	- 0,21	+ 0,61	+ 0,30	- 1,00	+ 1,55

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 22.: Schuldenvolumen nach Geschlecht 2006 bis 2018 – Eine Hochrechnung

■ Basiswerte	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt
2006	39.300 €	184,8 Mrd.	34.400 €	80,2 Mrd.	36.900 €	265,0 Mrd.
2007	40.800 €	189,2 Mrd.	32.200 €	78,4 Mrd.	36.500 €	267,6 Mrd.
2008	39.900 €	171,5 Mrd.	32.100 €	75,7 Mrd.	36.000 €	247,2 Mrd.
2009	37.800 €	145,6 Mrd.	31.600 €	69,4 Mrd.	34.700 €	215,0 Mrd.
2010	37.200 €	147,5 Mrd.	31.400 €	75,0 Mrd.	34.300 €	222,6 Mrd.
2011	39.000 €	154,3 Mrd.	30.600 €	68,8 Mrd.	34.800 €	223,1 Mrd.
2012	37.600 €	153,4 Mrd.	29.800 €	69,2 Mrd.	33.700 €	222,6 Mrd.
2013	37.200 €	147,4 Mrd.	28.600 €	69,8 Mrd.	33.000 €	217,3 Mrd.
2014	40.400 €	160,7 Mrd.	28.200 €	69,6 Mrd.	34.500 €	230,3 Mrd.
2015	39.500 €	159,0 Mrd.	28.700 €	71,8 Mrd.	34.400 €	230,9 Mrd.
2016	36.600 €	149,8 Mrd.	26.000 €	66,7 Mrd.	31.600 €	216,5 Mrd.
2017	35.100 €	144,8 Mrd.	25.400 €	66,3 Mrd.	30.500 €	211,1 Mrd.
2018	34.300 €	141,7 Mrd.	25.100 €	66,2 Mrd.	30.000 €	207,9 Mrd.
Abw. 2017 / 18	- 800 €	- 3,0 Mrd.	- 300 €	- 0,1 Mrd.	- 500 €	- 3,1 Mrd.
Abw. 2006 / 18	- 5.000 €	- 43,0 Mrd.	- 9.300 €	- 14,0 Mrd.	- 6.900 €	- 57,1 Mrd.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2017 (erschieden 2009: 31.01.2011; 2010: 06.09.2012; 2011: 17.01.2013; 2012: 25.06.2013; 2013: 30.06.2014; 2014: 29.06.2015; 2015: 01.07.2016; 2016: 29.06.2017; 2017: 27.06.2018). – Die Werte für 2018 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte ab 2017 (gerundete Werte). Rundungsdifferenzen möglich. Mittelwert = mittlere individuelle Schuldenhöhe.

Tab. 23.: Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018

■ Überschuldete Personen	Männer	Frauen	Gesamt
Gesamt			
2013	4.076.000	2.508.000	6.584.000
2014	4.117.000	2.556.000	6.674.000
2015	4.142.000	2.575.000	6.718.000
2016	4.210.000	2.638.000	6.848.000
2017	4.236.000	2.677.000	6.913.000
2018	4.234.000	2.698.000	6.932.000
Abw. 2013/14	+ 41.000	+ 48.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	+ 25.000	+ 19.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	+ 68.000	+ 63.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	+ 26.000	+ 39.000	+ 65.000
Abw. 2017/18	- 2.000	+ 21.000	+ 19.000
Abw. 2013/18	+ 158.000	+ 190.000	+ 348.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität			
2013	2.384.000	1.403.000	3.787.000
2014	2.449.000	1.444.000	3.892.000
2015	2.482.000	1.467.000	3.949.000
2016	2.611.000	1.558.000	4.169.000
2017	2.634.000	1.587.000	4.221.000
2018	2.576.000	1.558.000	4.135.000
Abw. 2013/14	+ 64.000	+ 41.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	+ 34.000	+ 23.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	+ 129.000	+ 91.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	+ 23.000	+ 29.000	+ 52.000
Abw. 2017/18	- 58.000	- 28.000	- 87.000
Abw. 2013/18	+ 192.000	+ 156.000	+ 348.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität			
2013	1.692.000	1.105.000	2.797.000
2014	1.669.000	1.113.000	2.781.000
2015	1.660.000	1.108.000	2.768.000
2016	1.599.000	1.080.000	2.679.000
2017	1.601.000	1.090.000	2.692.000
2018	1.658.000	1.140.000	2.797.000
Abw. 2013/14	- 24.000	+ 7.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 9.000	- 4.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 61.000	- 28.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 2.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2017/18	+ 57.000	+ 49.000	+ 106.000
Abw. 2013/18	- 34.000	+ 34.000	± 0

Tab. 24.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
Abw. 2013/14	- 0,33	+ 0,50	+ 0,19	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,09
Abw. 2014/15	- 0,51	+ 0,18	+ 0,29	+ 0,04	+ 0,29	+ 0,10	+ 0,03
Abw. 2015/16	- 0,36	+ 0,36	+ 0,49	+ 0,13	+ 0,27	+ 0,18	+ 0,14
Abw. 2016/17	- 0,45	- 0,24	+ 0,33	- 0,10	- 0,03	+ 0,16	- 0,02
Abw. 2017/18	- 0,59	- 0,36	+ 0,25	+ 0,04	+ 0,17	+ 0,54	± 0,00
Abw. 2013/18	- 2,23	+ 0,44	+ 1,55	+ 0,24	+ 0,96	+ 1,15	+ 0,23
Hohe Überschuldungsintensität							
2013	8,76%	10,63%	6,73%	5,03%	2,75%	0,45%	5,64%
2014	8,65%	11,12%	6,95%	5,20%	2,93%	0,52%	5,77%
2015	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	5,83%
2016	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	6,13%
2017	8,04%	12,11%	7,96%	5,52%	3,37%	0,75%	6,13%
2018	7,37%	11,97%	7,90%	5,30%	3,41%	1,01%	5,99%
Abw. 2013/14	- 0,11	+ 0,49	+ 0,22	+ 0,17	+ 0,18	+ 0,07	+ 0,13
Abw. 2014/15	- 0,21	+ 0,32	+ 0,23	+ 0,04	+ 0,12	+ 0,02	+ 0,06
Abw. 2015/16	- 0,07	+ 0,67	+ 0,56	+ 0,32	+ 0,32	+ 0,13	+ 0,29
Abw. 2016/17	- 0,33	± 0,00	+ 0,21	- 0,03	± 0,00	+ 0,08	+ 0,01
Abw. 2017/18	- 0,67	- 0,14	- 0,06	- 0,23	+ 0,04	+ 0,26	- 0,14
Abw. 2013/18	- 1,39	+ 1,35	+ 1,18	+ 0,27	+ 0,66	+ 0,56	+ 0,35
Geringe Überschuldungsintensität							
2013	6,94%	7,50%	4,86%	3,57%	1,93%	0,45%	4,17%
2014	6,72%	7,51%	4,82%	3,53%	2,03%	0,54%	4,12%
2015	6,43%	7,37%	4,88%	3,53%	2,20%	0,62%	4,09%
2016	6,14%	7,06%	4,81%	3,34%	2,14%	0,67%	3,94%
2017	6,01%	6,82%	4,92%	3,28%	2,11%	0,75%	3,91%
2018	6,10%	6,60%	5,23%	3,55%	2,23%	1,03%	4,05%
Abw. 2013/14	- 0,22	+ 0,01	- 0,04	- 0,04	+ 0,10	+ 0,09	- 0,04
Abw. 2014/15	- 0,29	- 0,14	+ 0,06	± 0,00	+ 0,17	+ 0,08	- 0,04
Abw. 2015/16	- 0,29	- 0,31	- 0,07	- 0,19	- 0,06	+ 0,05	- 0,15
Abw. 2016/17	- 0,12	- 0,24	+ 0,11	- 0,06	- 0,03	+ 0,09	- 0,03
Abw. 2017/18	+ 0,08	- 0,22	+ 0,31	+ 0,27	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,14
Abw. 2013/18	- 0,84	- 0,91	+ 0,37	- 0,03	+ 0,30	+ 0,58	- 0,11

Tab. 25.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2018

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.585.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
2018	1.583.000	1.908.000	1.456.000	1.168.000	556.000	263.000	6.932.000
Abw. 2013/14	- 45.000	+ 59.000	- 15.000	+ 44.000	+ 24.000	+ 23.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	- 60.000	+ 45.000	- 19.000	+ 35.000	+ 28.000	+ 16.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	- 28.000	+ 57.000	±0	+ 43.000	+ 33.000	+ 25.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	- 6.000	+ 31.000	- 11.000	+ 13.000	+ 18.000	+ 20.000	+ 65.000
Abw. 2017/18	- 73.000	- 7.000	- 28.000	+ 25.000	+ 33.000	+ 69.000	+ 19.000
Abw. 2013/18	- 212.000	+ 185.000	- 73.000	+ 159.000	+ 137.000	+ 153.000	+ 348.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität							
2013	1.001.000	1.010.000	888.000	590.000	246.000	55.000	3.788.000
2014	984.000	1.063.000	894.000	627.000	262.000	66.000	3.893.000
2015	958.000	1.111.000	890.000	649.000	274.000	70.000	3.950.000
2016	959.000	1.190.000	922.000	706.000	309.000	88.000	4.170.000
2017	947.000	1.225.000	917.000	717.000	321.000	97.000	4.222.000
2018	866.000	1.230.000	876.000	699.000	336.000	131.000	4.135.000
Abw. 2013/14	- 17.000	+ 53.000	+ 6.000	+ 37.000	+ 16.000	+ 11.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	- 26.000	+ 48.000	- 4.000	+ 23.000	+ 12.000	+ 4.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	± 0	+ 79.000	+ 32.000	+ 56.000	+ 35.000	+ 18.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	- 11.000	+ 35.000	- 5.000	+ 12.000	+ 13.000	+ 10.000	+ 52.000
Abw. 2017/18	- 81.000	+ 5.000	- 41.000	- 18.000	+ 14.000	+ 33.000	- 87.000
Abw. 2013/18	- 135.000	+ 220.000	- 12.000	+ 109.000	+ 90.000	+ 75.000	+ 348.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität							
2013	793.000	713.000	641.000	419.000	173.000	55.000	2.797.000
2014	765.000	718.000	620.000	426.000	181.000	68.000	2.781.000
2015	731.000	716.000	604.000	438.000	197.000	80.000	2.768.000
2016	703.000	694.000	573.000	424.000	196.000	87.000	2.678.000
2017	708.000	690.000	567.000	426.000	201.000	97.000	2.691.000
2018	716.000	678.000	580.000	468.000	220.000	133.000	2.797.000
Abw. 2013/14	- 28.000	+ 5.000	- 21.000	+ 7.000	+ 8.000	+ 13.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 34.000	- 3.000	- 15.000	+ 12.000	+ 16.000	+ 12.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 28.000	- 22.000	- 32.000	- 13.000	- 1.000	+ 7.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 5.000	- 4.000	- 6.000	+ 1.000	+ 5.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2017/18	+ 8.000	- 12.000	+ 13.000	+ 43.000	+ 19.000	+ 35.000	+ 106.000
Abw. 2013/18	- 77.000	- 35.000	- 61.000	+ 49.000	+ 47.000	+ 77.000	± 0

**Tab. 26.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland
2006 bis 2017**

■ Basiswerte (in Mio.)	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität
2006	7,19	3,40	3,79	5,90	2,79	3,12	1,28	0,61	0,67
2007	7,34	3,46	3,88	6,03	2,84	3,18	1,31	0,62	0,70
2008	6,87	3,44	3,43	5,70	2,84	2,86	1,17	0,61	0,57
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
2018	6,93	4,13	2,80	5,82	3,46	2,36	1,11	0,67	0,44
Abw. 2017 / 18	+ 0,02	- 0,09	+ 0,11	+ 0,03	- 0,07	+ 0,09	- 0,01	- 0,02	+ 0,01
Abw. 2006 / 18	- 0,26	+ 0,74	- 0,99	- 0,08	+ 0,68	- 0,76	- 0,17	+ 0,06	- 0,23

Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 27.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2018

■ Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2006 / 2007	+ 1,7%	+ 58.000	+ 2,4%	+ 92.000
2007 / 2008	- 0,4%	- 14.000	- 11,6%	- 451.000
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 52.000	+ 0,5%	+ 12.000
2017 / 2018	- 2,1%	- 87.000	+ 3,9%	+ 106.000
Abw. 2006 / 2018	+ 21,6%	+ 735.000	- 26,1%	- 990.000
<i>nachrichtlich: 2006 / 2017</i>	<i>+ 24,2%</i>	<i>+ 822.000</i>	<i>- 28,9%</i>	<i>- 1.096.000</i>

Tab. 28.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 bis 2018

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42

Alte Bundesländer einschließlich Berlin; Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 29.: Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2018

■ Überschuldungsquoten nach Postleitzonen	Nord-Osten (PLZ: 1+0)	Norden (PLZ: 2+3)	Westen (PLZ: 4+5)	Süd-Westen (PLZ: 6+7)	Süd-Osten (PLZ: 8+9)	Deutschland
2004	11,17%	10,45%	10,60%	8,66%	7,51%	9,74%
2005	11,86%	11,33%	11,38%	9,22%	7,98%	10,43%
2006	12,10%	11,67%	11,74%	9,45%	8,04%	10,68%
2007	12,22%	11,82%	12,00%	9,63%	8,12%	10,85%
2008	11,04%	11,02%	11,42%	9,07%	7,52%	10,11%
2009	9,72%	10,05%	10,18%	8,20%	6,87%	9,09%
2010	10,13%	10,47%	10,67%	8,58%	7,21%	9,50%
2011	9,91%	10,32%	10,60%	8,58%	7,04%	9,38%
2012	10,34%	10,58%	10,96%	8,77%	7,16%	9,65%
2013	10,63%	10,69%	11,10%	8,98%	7,20%	9,81%
2014	10,79%	10,75%	11,23%	9,08%	7,22%	9,90%
2015	10,88%	10,67%	11,26%	9,13%	7,31%	9,92%
2016	10,94%	10,72%	11,44%	9,31%	7,53%	10,06%
2017	10,91%	10,66%	11,39%	9,26%	7,65%	10,04%
2018	10,84%	10,67%	11,44%	9,28%	7,63%	10,04%
Abw. 2017/2018	- 0,07	+ 0,01	+ 0,05	+ 0,01	- 0,02	± 0,00
Abw. 2004/2018	- 0,34	+ 0,22	+ 0,84	+ 0,61	+ 0,12	+ 0,30

Rundungsdifferenzen möglich; Abweichungswerte in Prozentpunkten.

Tab. 30.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2012 bis 2018

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Abw.	
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	17/18	04/18
Mainz	8,29	8,16	8,05	7,96	7,93	7,90	7,87	- 0,03	- 1,81	+ 100	- 800
München	8,04	8,13	8,01	8,33	8,63	8,92	8,82	- 0,10	- 0,24	- 200	+ 14.200
Postdam	9,15	9,24	9,14	9,14	9,09	8,99	8,92	- 0,07	- 1,47	+ 100	+ 1.100
Dresden	8,59	8,91	8,95	9,25	9,43	9,39	9,27	- 0,12	- 0,48	- 500	+ 2.600
Stuttgart	10,32	10,72	10,92	10,67	11,12	10,50	10,14	- 0,35	+ 1,86	- 1.600	+ 12.600
Hamburg	10,50	10,92	10,81	10,57	10,61	10,61	10,62	+ 0,01	- 0,25	+ 1.600	+ 2.700
Erfurt	11,28	11,48	11,45	11,40	11,29	11,17	11,19	+ 0,03	- 3,51	+ 100	- 4.700
Kiel	11,92	12,04	12,03	12,17	12,23	12,16	11,96	- 0,19	- 0,45	- 300	+ 800
Düsseldorf	12,49	12,47	12,40	12,35	12,31	12,12	12,09	- 0,03	- 0,84	- 100	- 200
Berlin	12,56	13,12	13,02	12,99	12,74	12,63	12,42	- 0,20	- 1,60	- 1.900	- 26.400
Bremen	12,64	12,67	12,69	12,76	12,67	12,60	12,51	- 0,09	+ 0,11	+ 200	+ 3.200
Hannover	13,46	13,77	13,56	13,30	12,94	12,80	12,74	- 0,06	+ 0,65	- 300	+ 4.300
Schwerin	12,65	13,42	13,80	14,11	13,95	13,47	13,55	+ 0,08	- 0,51	- 100	- 700
Magdeburg	14,45	14,64	14,76	14,89	14,80	14,63	14,51	- 0,12	- 0,22	- 100	+ 1.000
Saarbrücken	16,51	16,28	16,18	16,15	16,09	16,48	16,55	+ 0,07	+ 1,34	+ 200	+ 2.000
Wiesbaden	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	+ 0,36	+ 4,26	+ 1.000	+ 10.000
Gesamt	11,41	11,73	11,66	11,64	11,63	11,56	11,45	- 0,11	- 0,58	- 1.800	+ 21.700

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städteregionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

Tab. 31.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2011 bis 2018: Rang 1 bis 10

■ Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	2004	2018
Eichstätt	3,81	3,80	3,71	3,67	3,74	3,79	3,77	3,85	+ 0,08	- 0,27	1	1
Erlangen-Höchst	4,58	4,64	4,63	4,76	4,81	4,93	4,99	4,99	± 0,00	- 0,31	7	2
Schweinfurt	4,76	4,86	4,81	4,92	5,03	5,06	5,06	5,12	+ 0,06	- 0,04	4	3
Neumarkt i.d.OPf.	4,94	4,99	5,00	5,20	5,23	5,39	5,42	5,36	- 0,06	+ 0,08	6	4
Straubing-Bogen	4,89	5,02	5,09	5,17	5,06	5,26	5,37	5,38	+ 0,01	+ 0,54	2	5
Neuburg-Schrobenhausen	5,10	5,08	4,95	5,04	5,08	5,22	5,41	5,42	+ 0,01	- 0,31	19	6
Würzburg	5,05	5,07	5,15	5,19	5,31	5,38	5,40	5,44	+ 0,03	+ 0,24	5	7
Roth	5,49	5,60	5,50	5,60	5,72	5,78	5,75	5,59	- 0,16	- 0,65	39	8
Landshut	5,51	5,61	5,52	5,46	5,49	5,64	5,65	5,59	- 0,06	- 0,48	28	9
Aichach-Friedberg	5,33	5,35	5,27	5,19	5,17	5,58	5,62	5,61	- 0,01	- 0,48	29	10

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Kreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise).

Tab. 32.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2011 bis 2018: Rang 401 bis 392

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	2004	2018
Bremerhaven	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	+ 0,42	+ 3,48	401	401
Wuppertal	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	+ 0,04	+ 3,39	392	400
Pirmasens	17,50	18,00	17,73	18,34	18,43	18,38	18,23	18,35	+ 0,12	+ 1,83	398	399
Neumünster	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	+ 0,28	+ 3,76	385	398
Herne	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	+ 0,21	+ 5,31	360	397
Gelsenkirchen	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	+ 0,11	+ 3,76	382	396
Offenbach a. Main	16,93	17,30	18,61	18,04	18,01	17,79	17,42	17,42	+ 0,01	+ 0,21	400	395
Duisburg	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	+ 0,11	+ 2,63	389	394
Wilhelmshaven	15,14	15,50	16,22	16,74	16,80	16,90	17,03	17,07	+ 0,04	+ 2,03	393	393
Wiesbaden	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	+ 0,36	+ 4,26	361	392

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 33.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2018

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	2004	2018
Herne, Stadt	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	+ 0,21	+ 5,31	360	397
Wiesbaden, Stadt	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	+ 0,36	+ 4,26	361	392
Pforzheim, Stadtkreis	12,20	12,62	13,19	13,60	13,64	14,66	14,66	14,80	+ 0,14	+ 3,93	300	377
Gelsenkirchen, Stadt	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	+ 0,11	+ 3,76	382	396
Neumünster, Stadt	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	+ 0,28	+ 3,76	385	398
Bremerhaven, Stadt	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	+ 0,42	+ 3,48	401	401
Wuppertal, Stadt	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	+ 0,04	+ 3,39	392	400
Hamm, Stadt	12,98	13,62	14,15	14,57	14,30	15,13	14,90	14,89	- 0,02	+ 2,96	341	379
Hagen, Stadt	14,36	14,93	14,92	15,03	15,58	16,06	15,86	16,34	+ 0,47	+ 2,87	373	389
Solingen, Klingenstein	12,42	12,96	13,53	14,18	14,27	14,48	14,57	14,85	+ 0,28	+ 2,64	346	378

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Ein Stadtkreis (Pforzheim) / neun Städte.

Tab. 34.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2018

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	2004	2018
Erfurt, Stadt	11,03	11,28	11,48	11,45	11,40	11,29	11,17	11,19	+ 0,03	- 3,51	390	305
Weimar, Stadt	10,12	10,51	10,79	10,49	10,58	10,63	10,75	10,74	- 0,01	- 3,46	383	284
Frankfurt (Oder), Stadt	12,24	12,65	12,77	12,72	12,70	12,75	12,64	12,61	- 0,03	- 2,66	396	357
Barnim	9,35	9,59	9,84	9,74	9,70	9,73	9,60	9,55	- 0,05	- 2,37	340	215
Landau i. d. Pfalz, Stadt	9,72	9,60	9,54	9,26	9,19	9,10	8,86	8,80	- 0,07	- 2,35	311	162
Weimarer Land	8,79	9,22	9,30	9,36	9,37	9,54	9,49	9,46	- 0,03	- 2,24	332	208
Oberhavel	9,72	10,10	10,12	10,15	10,08	10,04	9,67	9,49	- 0,19	- 2,07	376	331
Rostock, Stadt	10,89	11,34	11,46	11,34	11,11	11,00	10,79	10,64	- 0,15	- 1,89	329	217
Märkisch-Oderland	9,18	9,66	9,88	10,02	9,88	10,03	9,87	9,84	- 0,02	- 1,89	335	226
Gera, Stadt	10,64	11,16	11,62	11,90	11,88	11,84	11,77	11,85	+ 0,08	- 1,82	327	216

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: sechs Städte / drei Landkreise (Barnim; Weimarer Land; Oberhavel; Märkisch-Oderland)

Tab. 35.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2011 bis 2018

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw.		Rang	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	17/18	04/18	2004	2018
Duisburg	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	+ 0,11	+ 2,63	389	394
Dortmund	13,47	13,86	14,01	14,26	14,30	14,46	14,44	14,44	+ 0,01	+ 1,68	362	373
Essen	12,08	12,69	12,80	13,15	12,95	13,59	13,76	13,96	+ 0,20	+ 1,71	348	368
Leipzig	11,62	12,17	12,91	13,04	13,33	13,50	13,43	13,17	- 0,26	+ 0,53	359	365
Bremen	12,53	12,64	12,67	12,69	12,76	12,67	12,60	12,51	- 0,09	+ 0,11	352	353
Berlin	12,32	12,56	13,12	13,02	12,99	12,74	12,63	12,42	- 0,20	- 1,60	380	349
Düsseldorf	12,17	12,49	12,47	12,40	12,35	12,31	12,12	12,09	- 0,03	- 0,84	367	341
Nürnberg	9,81	10,09	10,42	10,52	10,80	11,58	11,93	12,01	+ 0,08	+ 1,66	267	340
Köln	11,59	11,84	11,80	11,75	11,85	11,84	11,78	11,67	- 0,12	- 0,69	350	324
Frankfurt am Main	10,38	10,67	11,04	10,90	10,90	10,75	10,58	10,74	+ 0,16	- 0,03	295	285

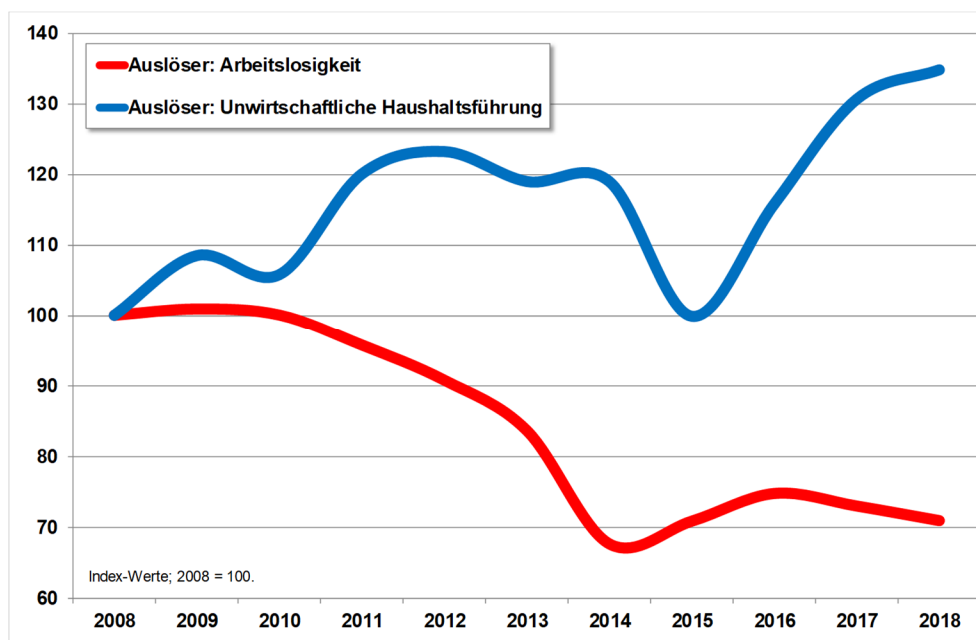
Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Zehn kreisfreie Städte.

Tab. 36.: Die Entwicklung der Überschuldungsquoten 2004 bis 2018 nach Stadt-/Kreis-Typ

Jahr	Kreisfreie Städte		Landkreise		Stadtkreise		Deutschland	
	Wert	Abw.	Wert	Abw.	Wert	Abw.	Wert	Abw.
2004	12,05	Abw.	8,69	Abw.	10,08	Abw.	9,74	Abw.
2005	12,95	+ 0,90	9,27	+ 0,58	10,92	+ 0,84	10,43	+ 0,68
2006	13,40	+ 0,45	9,43	+ 0,16	11,31	+ 0,38	10,68	+ 0,26
2007	13,68	+ 0,27	9,54	+ 0,11	11,55	+ 0,25	10,85	+ 0,17
2008	12,74	- 0,93	8,88	- 0,67	10,91	- 0,65	10,11	- 0,74
2009	11,29	- 1,46	8,06	- 0,82	9,80	- 1,10	9,09	- 1,02
2010	11,74	+ 0,45	8,44	+ 0,38	10,29	+ 0,49	9,50	+ 0,41
2011	11,55	- 0,19	8,33	- 0,11	10,43	+ 0,14	9,38	- 0,12
2012	11,84	+ 0,29	8,59	+ 0,26	10,70	+ 0,27	9,65	+ 0,27
2013	12,10	+ 0,26	8,69	+ 0,10	11,09	+ 0,38	9,81	+ 0,15
2014	12,11	+ 0,02	8,80	+ 0,11	11,12	+ 0,04	9,90	+ 0,09
2015	12,15	+ 0,04	8,82	+ 0,02	11,08	- 0,05	9,92	+ 0,03
2016	12,26	+ 0,11	8,97	+ 0,14	11,31	+ 0,24	10,06	+ 0,14
2017	12,25	- 0,01	8,95	- 0,02	11,17	- 0,14	10,04	- 0,02
2018	12,21	- 0,03	8,96	+ 0,01	11,16	- 0,01	10,04	+ 0,00
Abw. 2004 / 18	+ 0,17		+ 0,27		+ 1,08		+ 0,30	

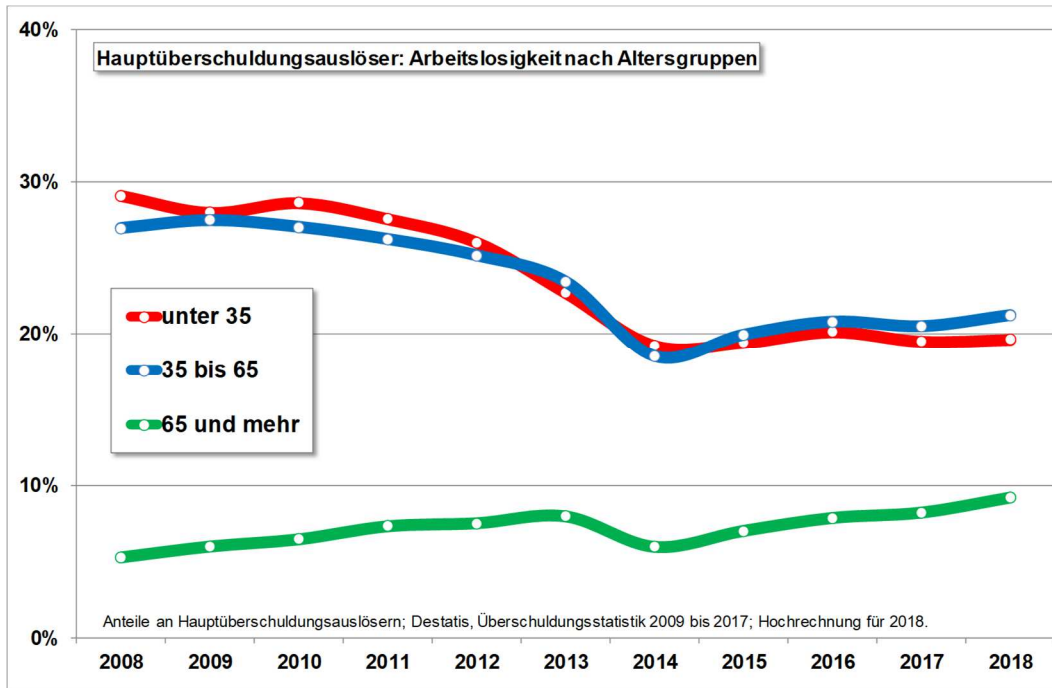
Landkreise, einschl. Kreise; Stadtkreise einschl. Region Hannover (Landkreis), Städteregion Aachen (Kreis) und Regionalverband Saarbrücken (Stadtverband). Basis 98 kreisfreie Städte (Anteil: 24,4 Prozent); 291 Landkreise & Kreise (72,6 Prozent) sowie 12 Stadtkreise (3,0 Prozent).

Dia. 37.: Zwei Hauptüberschuldungsgründe 2008 bis 2018 im Vergleich: Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und „unwirtschaftlicher Haushaltsführung“ nach Statistischem Bundesamt

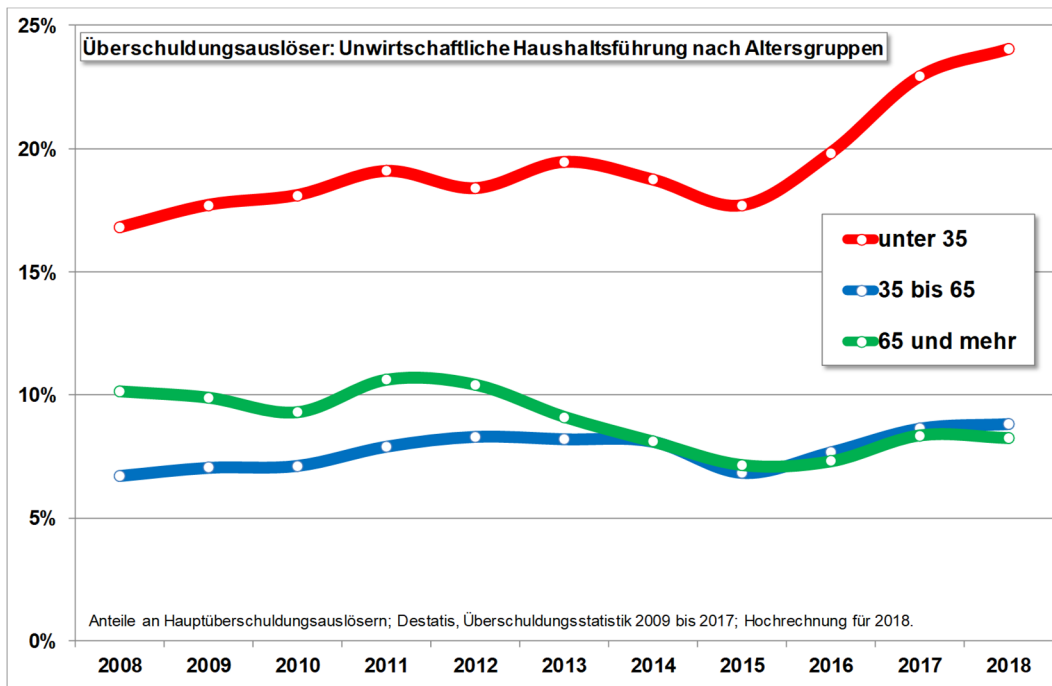


Anmerkung: Für das oben abgebildete Diagramm werden Index-Werte verwendet, um die Veränderungs- resp. Entwicklungsdynamik der beiden dargestellten Hauptüberschuldungsgründe im Zeitverlauf verdeutlichen zu können. Für die beiden folgenden Diagramme werden Prozentwerte verwendet, um die jeweiligen Veränderungsprozesse je Altersgruppe und Hauptüberschuldungsgrund verdeutlichen zu können.

Dia. 38.: Hauptüberschuldungsauslöser „Arbeitslosigkeit“ 2008 bis 2018 nach Alter nach Statistischem Bundesamt



Dia. 39.: Hauptüberschuldungsauslöser „Unwirtschaftliche Haushaltsführung“ 2008 bis 2018 nach Alter nach Statistischem Bundesamt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2008 bis 2017 (ersienen 2009: 31.01.2011; 2010: 06.09.2012; 2011: 17.01.2013; 2012: 25.06.2013; 2013: 30.06.2014; 2014: 29.06.2015; 2015: 01.07.2016; 2016: 29.06.2017; 2017: 27.06.2018). Die Werte für 2018 basieren auf einer Hochrechnung.

Quellen

Centre of Research & Analysis of Migration, Oktober 2018, Housing Expenditures and Income Inequality

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 37/2018, Rentennahe Jahrgänge haben große Lücke in der Sicherung des Lebensstandards, S. 809-818

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2018, Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab, S. 181-193

Hans-Böckler-Stiftung (April 2018), Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße

Hans-Böckler-Stiftung (August 2018), Einkommensarmut in Deutschland erreicht neuen Höchststand

Hans-Böckler-Stiftung (September 2018), Existiert ein verfestigtes „Prekariat“? Prekäre Beschäftigung, ihre Gestalt und Bedeutung im Lebenslauf und die Konsequenzen für die Strukturierung sozialer Ungleichheit

IAB-Kurzbericht (24/2018): Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente Soziale Motive überwiegen, aber auch Geld ist wichtig

Immobilienverband IVD (Oktober 2018), Bundesweiter Mietpreisanstieg auf dem Niveau des Vorjahres, nachlassende Preisdynamik im gehobenen Segment

Sozialverband Deutschland e. V. (2018), Wohnverhältnisse in Deutschland, Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut

Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2017, 27.06.2018, Wiesbaden

Wissenschaftszentrum Berlin (Mai 2018), Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städte

WSI Report 37-2017 (November 2017), Verteilungsbericht 2017, Wie lange reicht das Vermögen bei Einkommensausfall

Neuss, 13. November 2018

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2018, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

